

**Freie
Demokraten**

Landesverband
Berlin **FDP**

Regierungsprogramm

Wählen wir neu.

***Das Regierungsprogramm
der FDP Berlin für die
Abgeordnetenhauswahl 2023***

www.fdp-berlin.de

Inhalt

Ein Berlin, das durch weltbeste Bildung Chancen für alle bietet	5
Kita / Frühkindliche Bildung	5
Schulische Bildung	8
Ausbildung	13
Hochschule und Forschung	14
Weiterbildung und Qualifizierung	18
Bildung und Aufstieg	19
Ein Berlin, das durch eine starke Wirtschaft Freiräume schafft	20
Willkommenskultur für Wirtschaft	20
Chancenräume für die Berliner Wirtschaft	23
Metropolregion Berlin-Brandenburg	25
Gründermetropole	26
Zukunftscluster made an der Spree	28
Tourismus	30
Ein Berlin, das auf Mut baut	32
Bauen und Wohnen	32
Bauen	33
Randbebauung Tempelhofer Feld – baut auf diese Stadt!	36
Wohnen und Mieten	36
Mehr selbst genutztes Wohneigentum statt Volkseigentum	37
Mobilität	38
Ein Berlin, in dem die Politik rechnen kann	44
Haushalt und Finanzen	44
Privat vor Staat	46
Faire Steuern	48
Energie und Umwelt	49
Umwelt- und Klimapolitik	49
Energiepolitik	50
Ein Berlin, das weltoffen und tolerant ist	52
Einwanderung und Integration	52
Geflüchteten Menschen Schutz bieten	53
Bildung als Schlüssel für Integration	54
Integration in Beruf und Gesellschaft	55

Freiheit durch Emanzipation – Chancengleichheit für Frauen	56
Häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung	56
Buntes Berlin	57
Staat und Religion	58
Berlin als weltoffene und europäische Metropole.....	59
Ein Berlin, das Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ermöglicht.....	61
Sicherheit.....	61
Justiz	66
Bürgerrechte.....	68
Familie	70
Gesundheit	71
Gesellschaftliche Teilhabe.....	74
Demografischer Wandel und Potenziale des Alters	77
Medien.....	80
Sport	81
Ein Berlin, das unkompliziert und vernetzt ist.....	84
Bürokratieabbau.....	84
Verwaltungsmodernisierung.....	85
Klare Zuständigkeiten für Berlin	89
Digitale Infrastruktur.....	91

Berlin ist eine großartige Stadt. Aber es hat auch große Probleme, denn es wird seit drei Jahrzehnten schwach regiert. Wir wollen das ändern.

Wir wollen Berlin zur Chancenmetropole machen. Einer Metropole, die ihren Bewohnern und Bewohnerinnen etwas zutraut und neuen Ideen nicht Skepsis und Misstrauen entgegenbringt, sondern ihnen mit Offenheit und Neugier begegnet. Die Chancenmetropole endet weder am S-Bahn-Ring noch an der Stadtgrenze, sie ist online wie offline für die Menschen und Unternehmen unserer Stadt da. In der Chancenmetropole genießen Bildung und Forschung, Wirtschaft und Wohnungsbau, Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung Priorität. Damit unsere Kinder auf Schulen gehen, auf die wir selbst gerne wieder gehen würden. Damit wir Behördengänge schnell und einfach online erledigen können. Damit die Berliner Wirtschaft und die Chancen der Menschen in unserer Stadt wachsen.

Wir sehen tagtäglich, wie sich die Welt, unser Land und unsere Stadt wandeln und wie wenig die Politik unserer Stadt mithalten kann. Während an anderen Orten der Welt Menschen fast alle Verwaltungsdienstleistungen digital in Anspruch nehmen können, herrscht in den Berliner Verwaltungen Zettelwirtschaft. In anderen Städten wird Klimaschutz gemeinsam mit allen Verkehrsträgern vorangetrieben, neuer Wohnraum geschaffen, und neue Unternehmen sind willkommen. Hier werden Fahrradfahrer und Autofahrerinnen, Mieterinnen und Vermieter, Unternehmen und die Verwaltung gegeneinander ausgespielt. Wenn die Corona-Pandemie eines verdeutlicht hat, dann, was der Senat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten versäumt hat.

Wir spüren es vor allem dort, wo wir den Staat brauchen. Unseren Schulen fehlt es an modernen Gebäuden und digitalen Lehrmitteln. Die pandemiebedingten Einschränkungen im Bildungswesen haben schon jetzt katastrophale Folgen in Teilen der Gesellschaft und gefährden Aufstiegschancen. Nicht nur in Zeiten von Corona fehlt es Unternehmen und ihren Angestellten an einer verlässlichen Wirtschaftspolitik. Die Berliner Verwaltung gleicht eher einer großen Enttäuschung als einem verlässlichen Dienstleister. Für viele Menschen in unserer Stadt heißt das: gestohlene Lebenszeit und weniger Chancen.

Doch das muss nicht so bleiben. Wir sind der festen Überzeugung, dass Berlin mehr sein kann. Wir sehen, welche Chancen diese Stadt ihren Menschen bieten kann.

Wir Freien Demokraten begegnen den neuen und alten Herausforderungen und Möglichkeiten mit Gestaltungsoptimismus. Wir stehen für eine Politik, die den Menschen ermöglicht, mehr zu erreichen. Wir wollen Berlin zu dem Ort machen, an dem Menschen sich entfalten können. Jeder Mensch hat das Recht darauf, seinen Traum zu verwirklichen. Und das Recht auf eine Politik, die es den Menschen einfach macht, statt ihnen Steine in den Weg zu legen. Wir sind der festen Überzeugung: Unsere Stadt hat ihre besten Zeiten immer noch vor sich – wenn wir jetzt anfangen, Berlins Zukunft zu gestalten, wenn wir endlich aufhören, Ausreden dafür zu finden, warum etwas nicht klappt, und stattdessen gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Stadt wieder funktioniert.

Wir machen Berlin zur Hauptstadt der weltbesten Bildung.

Wir entwickeln die Berliner Wirtschaft zu einem Garanten für neue Freiräume.

Wir schaffen ein Berlin, das auf Mut baut.

Wir stehen für ein Berlin, das weltoffen und tolerant ist.

Wir bieten Berlin eine Politik, die rechnen kann.

Wir setzen auf ein Berlin, das unkompliziert und vernetzt ist.

Unser Ziel – die Chancenmetropole

Mit Ihrer Stimme für die Freien Demokraten am 26. September 2021 kommen wir ihm gemeinsam näher.

Ein Berlin, das durch weltbeste Bildung Chancen für alle bietet

Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Sie ermöglicht allen Menschen, ihr individuelles Potenzial zu entdecken, und ist damit der Schlüssel zu persönlicher Selbstentfaltung und sozialem Aufstieg, weil sie Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit gleichermaßen verwirklicht. Alle Menschen haben ein Recht auf Bildung. Unsere Bildungspolitik wird die Voraussetzungen dafür schaffen, den infolge der Pandemie verursachten Unterrichtsausfall bestmöglich nachzuholen. Das Bildungsangebot darf sich nur anhand der individuellen Fähigkeiten und der eigenen Leistungsbereitschaft differenzieren, nicht nach Einkommen oder familiärem Hintergrund. Wir wollen ein Bildungssystem, das nicht mit der Ausbildung oder dem Abschluss eines Studiums endet. Lebenslanges Lernen ist aufgrund täglich wachsenden Wissens eine Notwendigkeit des 21. Jahrhunderts und muss bis ins hohe Alter zur Selbstverständlichkeit werden. Deshalb wollen wir Bildungsangebote für alle und für jede Lebenslage – von flexiblen Öffnungszeiten von Bibliotheken über die Vereinbarkeit von Studium und Beruf bis hin zu flächendeckender digitaler Bildung. Wir wollen die weltbeste Bildung für alle Berlinerinnen und Berliner!

Kita / Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung ist das Fundament für Chancengerechtigkeit. Ihr kommt somit in unserem Bildungssystem eine besondere Bedeutung zu. Der Grundstein dafür, dass jedes Kind seinen Lebensweg mit echten Chancen beginnt, wird noch vor der Grundschule gelegt. Nur intensive und individuelle Betreuung, Diagnose und Entwicklung können sicherstellen, dass die Marie Curies und Elon Musks von morgen nicht schon heute unter ihren Möglichkeiten bleiben. Wir setzen uns deshalb für starke Kindertageseinrichtungen (Kitas) und eine starke Kindertagespflege ein, die genug Zeit und Ressourcen haben, um die individuellen Potenziale ihrer Kinder zu erkennen und zu fördern. Die Qualität der Kitas lebt von der Qualität ihrer pädagogischen Fachkräfte. Deshalb sind eine angemessene Bezahlung dieser Fachkräfte sowie eine verantwortungsgerechte und nachhaltige Finanzierung der Kitas für uns unerlässlich.

- Die Kitalandschaft ist seit Jahren von Mangel geprägt. Es fehlt an ausreichend qualifiziertem Personal und freien Kitaplätzen. Wir wollen für alle Kinder den bestmöglichen Platz zur Förderung ihrer kognitiven, motorischen, sozialen, sprachlichen, musischen und mathematischen Fähigkeiten bereitstellen. Deshalb wollen wir für alle Berliner Kitaträger die bestehenden verwaltungsorganisatorischen Hindernisse, denen sie derzeit bei ihrem Kitaplatzausbau ausgesetzt sind, beseitigen. Wir wollen eine bezirksübergreifende, vergleichbare Verwaltungsorganisationsstruktur, ein „Fast-Track-System“ auf Landesebene, in dem nur noch ein Genehmigungsantrag gestellt werden muss, der mit einer kurzzeitigen

Bearbeitungsgarantie versehen ist. Mit diesem Kitabauprogramm stellen wir gemeinsam mit den freien Trägern eine gute Kitavielfalt sicher und stärken dadurch die Wahlfreiheit der Eltern.

- Wer Kitavielfalt will, muss sie auch auskömmlich finanzieren. Die freien Träger stellen knapp 80 Prozent der Kitaplätze in Berlin und müssen daher auch in der Finanzierung den landeseigenen Kitas gleichgestellt werden.
- Gleichzeitig wollen wir es Kitas in freier Trägerschaft ermöglichen, für zusätzliche pädagogische Leistungen, die nicht über den Kitagutschein gedeckt sind, Beiträge zu erheben. Überbordende Bürokratie durch enge Verwendungskriterien und aufwendige Belegpflichten muss hierbei vermieden werden. Stattdessen sollen die jeweiligen Träger über die Verwendung der Zusatzbeiträge frei entscheiden können, sofern sie dabei nicht gegen Gemeinnützigkeitskriterien verstoßen. Die Kitas wissen selbst am besten, in welche Bereiche die Beiträge zum Wohle der Kinder investiert werden sollten – etwa in Sportangebote, Sprachförderung oder schlicht in zusätzliches Personal. So können weiterhin pädagogische Zusatzangebote zur Stärkung der motorischen, kognitiven, musischen, mathematischen und sprachlichen Fähigkeiten sowie der sozialen Kompetenzen angeboten werden. Die Leistungen bleiben freiwillig, und die Zuzahlungen dürfen nicht zum Aufnahmekriterium gemacht werden. Kitas dürfen keine Orte der sozialen Segregation werden.
- Wir entwickeln den Berliner Ansatz der Kitafinanzierung weiter. In der bisherigen Mischkalkulation mit subjekt- und objektbasierten Anteilen über ein Gutscheinsystem sollen die pädagogischen Personalkosten um eine nichtpädagogische Personalkostenpauschale ergänzt werden. So wird auch die Finanzierung für dringend erforderliche kaufmännische Verwaltungskräfte zur Entlastung pädagogischer Fachkräfte sichergestellt. Dies setzt zudem wertvolle Stunden für die pädagogische Arbeit frei und trägt dazu bei, den Betreuungsschlüssel zu verbessern oder weitere Bildungsangebote zu schaffen.
- Die aufwendige und zeitraubende Beantragung der Kitagutscheine seitens der Eltern soll entfallen. Stattdessen soll automatisch mit dem Ausstellen der Geburtsurkunde auch der Kitagutschein ausgestellt werden.
- Wir wollen die Schulpflicht durch ein qualifizierendes Schulvorbereitungsjahr (Vorschule) im Jahr vor der Einschulung ausweiten. Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder ein Grundniveau an Fähigkeiten erlangen, die für den Schulbesuch notwendig sind. Neben motorischen Fähigkeiten, wie z. B. dem Halten eines Stiftes, der Benutzung einer Schere und dem Binden einer Schleife, umfasst dies die Stärkung der außerfachlichen Kompetenzen (Soft Skills), der Frustrationstoleranz, der Sprachkompetenz und des sozialen Miteinanders. Diese müssen sich im letzten Kitajahr an eindeutig definierten Lernzielen der Vorschularbeit orientieren. Für eine

wirksame Bildungsarbeit mit dem einzelnen Kind ist die Anpassung der jeweiligen Fördermethode an den individuellen Entwicklungsstand unabdingbar. Wir wollen erreichen, dass die mittelbare Arbeit (u. a. Diagnostik, Beobachtungen, Elterngespräche) der pädagogischen Fachkräfte auch vollständig anerkannt wird und vollumfänglich in die Personalschlüssel einfließt.

- Wir setzen uns dafür ein, dass in jeder Kita ab dem ersten Tag eine Sprachförderung stattfindet. Die Finanzierung der Sprachförderung muss unabhängig von einer normierten Quote sein.
- Wir fordern die besondere Stärkung der Schuleingangsphase mittels einer Untermauerung der Entwicklungsdiagnostik für Sprachfähigkeit, Rechenfähigkeit und Selbstregulation. Dafür bedarf es verbindlicher Sprachstandardtests für alle Kinder im Alter von drei bis vier Jahren. Die Teilnahme an diesen Erhebungen ist verpflichtend, da Jahr für Jahr Hunderte Kinder durch das Raster fallen, weil die Teilnahme an den Tests nicht nachgehalten wird. Dies werden wir abstellen.
- Die Qualität der frühkindlichen Bildung lebt vom pädagogischen Personal. Deswegen wollen wir den Fachkräftemangel im Erziehungssektor bekämpfen und den Betreuungsschlüssel in Berliner Kitas deutlich verbessern. Wir wollen von Beginn an gut ausgebildete Fachkräfte in den Berliner Kitas. Infolgedessen wollen wir, dass das Berliner Bildungsprogramm in allen Ausbildungsformen in den entsprechenden Rahmenlehrplänen dauerhaft mit allen Lernbereichen verknüpft und überprüfbar wird. Für alle bestehenden Fachkräfte in den Berliner Kitas braucht es hochwertige Lern- und Entwicklungsbedingungen. Daher wollen wir, dass alle Kitaleitungen eine Zusatzqualifikation zur internen Evaluation durchlaufen und alle Fachkräfte auf bedarfsorientierte, verbindliche Fortbildungen zugreifen können.
- Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den Erzieherberuf müssen mit einem verpflichtenden Vorbereitungskurs das notwendige pädagogische Fachwissen erwerben, um die Qualität der Betreuung zu sichern. Perspektivisch wollen wir für Erzieherinnen und Erzieher, die dies wünschen, mehr Aufstiegsmöglichkeiten schaffen, das Berufsbild auffächern und weiterentwickeln.
- Sonderqualifikationen von pädagogischem Fachpersonal in Kitas wie beispielsweise sprachpädagogische Zusatzausbildungen sollen zusätzlich vergütet werden.
- Qualifikationen aus anderen Bundesländern müssen sofort und ohne Nachqualifizierung und solche aus dem Ausland schneller und einfacher anerkannt werden.
- Für den Zugang zur Erzieherausbildung soll für Kandidaten und Kandidatinnen mit mittlerem Schulabschluss (MSA) die Notwendigkeit einer beruflichen Vorbildung künftig entfallen, da diese keinen inhaltlichen Bezug zur pädagogischen Tätigkeit haben muss. Stattdessen soll analog zum Zugang mit dem Abitur eine für die

Ausbildung förderliche Tätigkeit von mindestens acht Wochen Dauer als Voraussetzung gelten.

- Wir wollen den „Kita-Navigator“ schnellstmöglich durch funktionierende und erfolgreich erprobte Alternativen ersetzen, um den Zugang zu und das Finden von Kitaplätzen zu erleichtern.
- Wir wollen eine unabhängige Ombudsstelle für den Bereich der Kindertagesbetreuung. Sie soll eine Anlaufstelle für Eltern bei Problemen und Beschwerden im Zusammenhang mit Kitas, Kindertagespflegestellen und der vorschulischen Förderung, mit der Ganztagsbetreuung in Grundschulen, mit Jugendämtern und Kitagutscheinstellen sein.

Schulische Bildung

Bildung schafft Lebenschancen. Darum brauchen wir ein durchlässiges Bildungssystem, das zur Leistungsbereitschaft befähigt und ermutigt und einen sozialen Aufstieg unabhängig von der Herkunft ermöglicht. Wir wollen die besten Schulen Deutschlands – moderne Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler zu verantwortungsvollen und freien Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und sie auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten. Kinder lernen für das Leben, nicht für die Schule. Deshalb wollen wir ein Lernen fördern, das sich auf den Erwerb von Kompetenzen konzentriert. Lehrerinnen und Lehrer kennen die versteckten Talente ihrer Schülerinnen und Schüler besser als der Senat und die Bezirksämter. Daher wollen wir den Schulen mehr Eigenverantwortung übertragen, um individuell schulinterne Herausforderungen zu meistern. Schulen sollen eine attraktive Atmosphäre für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte bieten, die sie zu geschätzten Lehr- und Lernorten macht. Das Berliner Schulsystem als Ganzes steht gleichzeitig vor drei Herausforderungen: dem Neubau- und Sanierungsthema, der Digitalisierung der Lehre und Verwaltung sowie seinem Status als langjährigem Schlusslicht hinsichtlich der Qualität und bundesweit anerkannter Bildungsstandards. Wir wollen die digitale Transformation der Wissensvermittlung im Berliner Schulwesen einleiten, um in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Lehren und Lernen unabhängig von Ort und Zeit zu ermöglichen. Digitale Ressourcen erlauben den direkten Wissenstransfer neuester Erkenntnisse und Technologien in den Schulalltag. Das „Wie“ des Lehrens und Lernens rückt damit stärker in den Mittelpunkt und muss Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereiten.

- Wir setzen uns für eine neue Schulbauoffensive ein. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH außerstande ist, einen professionellen und transparenten Ausbau der Berliner Schulen zu gewährleisten. Wir wollen daher nach dem Hamburger Vorbild eine neue landeseigene Infrastrukturgesellschaft schaffen, die zentral alle Schulen saniert und ausbaut. Auch

freie Träger sollen sich um Mittel für den Neubau und die Sanierung bewerben können.

- Wir wollen, dass sich Berliner Schulen frei entfalten können. Dazu brauchen sie mehr Eigenverantwortung bei der Umsetzung von Rahmen- und Haushaltsplänen sowie die Möglichkeit, ihr Personal selbst auszuwählen. Jede Schule soll neben der Schulleitung eine Verwaltungsleitung bekommen. Diese „Schulmanager“ und „Schulmanagerinnen“ sollen die Lehrkräfte und die pädagogische Schulleitung von Verwaltungsaufgaben entlasten. Durch diese Trennung erreichen wir eine klare Fokussierung auf die jeweiligen Aufgaben und eine höhere Gesamtqualität in beiden Bereichen. Im Rahmen ihrer Personalautonomie wollen wir es Schulen außerdem ermöglichen, schulspezifisch multiprofessionelle Teams aus pädagogischem Personal, Verwaltungspersonal, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Psychologinnen und Psychologen zu bilden. Mehr Entscheidungsfreiheit geht aber stets mit Verantwortung einher. Das heißt insbesondere, dass sich Schulleitungen an der Entwicklung der jeweiligen Schule werden messen lassen müssen.
- Auf die bezirkliche Schulaufsicht kann zukünftig verzichtet werden, wenn die Schulen eigenverantwortlich arbeiten. Die von Freien Demokraten geforderte Aufgabentrennung zwischen Land und Bezirk findet statt, denn die Zielvorgaben erfolgen seitens der Senatsverwaltung, die Ausführungen in den Schulen selbst.
- Wir setzen uns für eine freie Wahl der Schule ein. Deshalb soll für alle Bildungseinrichtungen das Prinzip „Geld folgt Schülerinnen und Schülern“ gelten: Bildungseinrichtungen sollen für jeden Schüler und jede Schülerin auf dem Weg zum Bildungsabschluss einen Betrag in einer Höhe erhalten, die den zu erwartenden Kosten gerecht wird. Dieses Prinzip muss für Schulen in staatlicher und in freier Trägerschaft gleichermaßen gelten.
- Wir wollen, dass Vertreterinnen und Vertreter von Schulen in freier Trägerschaft in schulgesetzlich verankerten Bezirks- und Landesgremien das volle Stimmrecht eingeräumt wird.
- Wir wollen Schulen ohne Unterrichtsausfall mit einer möglichst fachgerechten Vertretung. Dafür muss die Personalausstattung in allen Positionen der Zumessungsrichtlinie für pädagogisches Personal auf 110 Prozent angehoben werden, um den möglichst fachgerechten Vertretungsbedarf der Schulen zu decken. Damit können wir gleichzeitig gewährleisten, dass der pandemiebedingt hohe Nachholbedarf nicht zusätzlich durch Unterrichtsausfall vergrößert wird.
- Zugang zu guter Bildung muss Standard und keine Ausnahme sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Best-Practice-Beispiele von Leuchtturmschulen als Vorbild zu nutzen, um die Schullandschaft erfolgreicher aufzustellen.

- Wir wollen eine Exzellenzinitiative für Schulen. Unser Anspruch ist, dass 10 Prozent der Schulen zu Leuchtturmschulen werden, die neue Modelle und Best-Practice-Konzepte erproben, als Lehrschulen der didaktischen Ausbildung dienen und sich im berlinweiten Wettbewerb um zusätzlich bereitgestellte Mittel bewerben. Leuchtturmschulen wird es so in allen Berliner Bezirken geben; Leuchtturmgrundschulen sollen in allen Ortsteilen etabliert werden.
- Um die Berliner Schulen zu den besten Schulen Deutschlands zu machen, wollen wir den Sanierungsstau auflösen sowie die Infrastruktur modernisieren und digitalisieren. Dazu wollen wir sofort eine geeignete, leistungsfähige technische Infrastruktur (z. B. WLAN und Breitbandanschlüsse, perspektivisch 5G) in allen Schulen einrichten und Endgeräte für Lehrkräfte und alle Schülerinnen und Schüler. Dabei soll den Schulen überlassen werden, welchen Standard sie für sich festlegen – z. B. ob Tablet oder Laptop – und ob sie eine „Bring your own device“-Regelung einführen möchten. Schülerinnen und Schülern mit finanziellem Förderungsbedarf müssen die Geräte von der Schule zur Verfügung gestellt werden. Lehrkräfte sollen fachspezifische Endgeräte gestellt bekommen.
- Wir fordern, dass die technischen Kapazitäten des Lernraums Berlin für alle Schülerinnen und Schüler ausgeweitet werden, sodass durchgehend ein stabiler digitaler Unterricht für alle gewährleistet ist. Ggf. müssen andere schulspezifische Angebote für Lehrende und Lernende geschaffen werden. Es soll eine Liste von Lernplattformanbietern erstellt werden, aus der sich die Schulen je nach Schulprogramm und Praktikabilität einen Anbieter frei aussuchen können.
- Wir fordern die Bereitstellung von rahmenlehrplankonformen, qualitätsgesicherten Tutorials, die über jeden Webbrowser abrufbar sind, zur Unterstützung der digitalen Transition. Lehrende im Berliner Schulsystem sollen für die Bereitstellung angemessen zusätzlich vergütet werden.
- Wir setzen uns für neue Lern- und Erfahrungsräume ein, die digitales Arbeiten an und von jedem Ort als selbstverständlichen Teil des Schul- und Bildungsalltags verstehen. Maßgeschneiderte Förderung und individualisiertes Lernen sind für uns die Leitbilder der digitalen Transformation.
- Wir wollen Lehrkräfte entlasten, indem wir jeder Schule eine festangestellte IT-Fachkraft für den Digitalisierungsschub der Berliner Schulen zur Seite stellen. Denkbar sind auch Modelle, bei denen sich eine IT-Fachkraft um einen Schulverbund kümmert.
- Freie Schulen sollen die gleichen Kostensätze pro Kind bekommen wie staatliche Spezialschulen, und Inklusionskosten müssen dabei nach Förderschwerpunkten angemessen berücksichtigt und angerechnet werden.
- Wir fordern im Anschluss an die frühkindliche Bildung die besondere Stärkung der Schulanfangsphase durch der Entwicklungsdiagnostik für Sprach- und Rechenfähigkeit

an den Grundschulen. Heute ist Berlin in vielen Bereichen das Schlusslicht. Das Ziel ist das Erreichen des bundesweiten Mindeststandards für Lesen, Schreiben und Rechnen für 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler und damit mindestens des oberen Mittelfelds in der Bundesrepublik.

- Die besten Lehrkräfte brauchen beste Arbeitsbedingungen. Moderne, komfortable Arbeitsplätze für didaktisch wertvollen Medieneinsatz und digitalisierte Verwaltungsaufgaben, Leistungsanreize sowie insgesamt mehr digitalisierte Prozesse und weniger Bürokratie sind wichtige Schritte, um Berlin für Lehrerinnen und Lehrer attraktiv zu machen.
- Wir wollen die unterschiedlichen Entgeltstrukturen langfristig harmonisieren – dazu gehört insbesondere die Ermöglichung von Bewährungsaufstiegen über die bisherigen Entgeltgruppen hinaus.
- Weiterbildung und Fortbildung tragen maßgeblich zur Sicherung der pädagogischen Qualität für das Leitbild des qualitätsgesteuerten Unterrichts bei. Daher setzen wir uns für verpflichtende, bedarfsgerechte Fortbildungsveranstaltungen für sämtliche Lehrkräfte ein, von denen sie ein bestimmtes Kontingent im Jahr erfüllen müssen, und werden ihre Erfüllung regelmäßig überprüfen.
- Wir wollen die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen erhöhen, die nach Abschluss des Referendariats im Land Berlin bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir finanzielle Anreizmechanismen entwickeln – z. B. finanzielle Unterstützung gegen die Verpflichtung, in den ersten 3 Jahren nach Abschluss des Referendariats im Land Berlin zu unterrichten.
- Eine besondere Herausforderung sehen wir im hohen Anteil an Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern unter den Lehrkräften, insbesondere an einigen Schulen in sozialen Brennpunkten. An „Brennpunktschulen“ müssen daher gezielt Anreize z. B. in Form von Aufstiegsmöglichkeiten gegen Einsatzzeiten gesetzt werden, um Laufbahnbewerberinnen und -bewerber zu gewinnen und so eine ausgewogene Verteilung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern unter den Berliner Schulen zu ermöglichen.
- Wir wollen mehr Lehramtsstudienplätze an den Berliner Hochschulen schaffen, damit Berlin den eigenen Bedarf an ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen besser decken kann. Dabei sollen explizit auch Fachhochschulen einbezogen werden, um Kapazitäten zu erweitern. Wir fordern darüber hinaus mehr Praxisnähe des Lehramtsstudiengangs.
- Digitale Pädagogik muss als Teil der Lehrerbildung an Hochschulen vermittelt und die Nutzung von digitalen Arbeitsmethoden zum festen Bestandteil des Studiums werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berliner Hochschulen die Lehrerbildungsstandards der Kultusministerkonferenz von 2019 sofort in Lehrinhalte

umsetzen und künftige Anpassungen ebenfalls innerhalb eines Jahres in die Praxis implementieren, um Bildungsforschung und Bildungslehre in Berlin zu stärken.

- Zur weiteren Erforschung digitaler Pädagogik wollen wir pro Schule einen Pilotraum zum Erproben neuer digitaler Lernkonzepte finanzieren. Die fachliche Zuordnung soll dem Schulprogramm entsprechen. Auf Basis dieses Pilotraums können die Ausstattung mit Technik und die Anwendung digitaler Pädagogik an der Schule schneller und effektiver erfolgen.
- Wir wollen nicht, dass Schulzeugnisse aussehen wie Arbeitszeugnisse und nur von verklausulierten Phrasen bestimmt sind, sondern setzen uns für klar nachvollziehbare Leistungsbewertungen ein. Daher ist für uns eine numerische Leistungsbewertung unverzichtbar. Diese sollte jedoch durch eine schriftliche Bewertung ergänzt werden.
- Wir wollen ein Bildungssystem, das nicht nur Abschlüsse bietet, sondern auch Perspektiven schafft. Daher setzen wir uns für mehr regelmäßige Beratungsangebote, insbesondere Berufsberatung, in der Schule ein.
- Digitalkompetenz, ein Verständnis für grundlegende Zusammenhänge des Staatswesens sowie unserer Demokratie, eine grundlegende Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge, finanzielle Bildung und Rechtskunde sind unerlässlich, um heutzutage selbstbestimmt den eigenen Lebensweg zu bestreiten. Deshalb wollen wir Datenkunde und Wirtschaft in die Rahmenlehrpläne über alle Schulstufen hinweg aufnehmen.
- An allgemeinbildenden Schulen und besonders den berufsbildenden Oberstufenzentren soll Entrepreneurship Education stattfinden, um jungen Menschen die Entwicklung eigener Ideen und die Kompetenzen, diese umzusetzen, näherzubringen. Im Rahmen dessen sollen Werte, Haltungen und persönliche Qualifikationen vermittelt werden, die sowohl zur Gründung eines Unternehmens führen können als auch für unselbstständige Arbeit im Angestelltenverhältnis wesentlich sind. Modellprojekte wie Schülerfirmen müssen zukünftig eine Selbstverständlichkeit an Berliner Schulen werden.
- Um die langfristige Qualität des Berliner Bildungssystems zu gewährleisten, setzen wir uns sowohl für eine Fortsetzung der bundeseinheitlichen Leistungsüberprüfungen als auch für eine Intensivierung und Neuaufstellung der Schulinspektion ein. Die Inspektionen müssen ihre Aufgaben entsprechend den wissenschaftlich begründeten Empfehlungen der Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin (Köller-Bericht) verändern. Dabei kommt der fachspezifischen Evaluation der Lehre eine besondere Rolle zu. Ebenso müssen sie in kürzeren Intervallen stattfinden und konkrete Zielvereinbarungen und Unterstützungsmaßnahmen sowie Sanktionsmöglichkeiten für die Schulen zur Konsequenz haben. Dabei wollen wir auch die Erfahrungen der Schülerinnen, Schüler und Eltern einbeziehen.

- Wir fordern die Nutzung der Expertise und der Leistungsdaten des wissenschaftlich anerkannten Instituts für Schulqualität (ISQ) an der Humboldt-Universität zum aktiven Fördern und Fordern der Schulentwicklung durch Verknüpfung des bereits eingesetzten Indikatorenmodells mit den Schulverträgen. Die Aufgabenstellung der bisherigen bezirklichen Schulaufsichten muss verändert werden, und zwar hin zu einer Controlling- und Servicefunktion für die Schulen. Diese Veränderung muss unverzüglich angegangen werden.
- Wir setzen uns für eine pluralistische Inklusion ein. Indem wir Förderschulen erhalten und bedarfsgerechte Inklusionsklassen stärken, kann den Interessen und Bedürfnissen aller Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen werden. Hierbei plädieren wir insbesondere für ein echtes Elternwahlrecht zu jedem Zeitpunkt der Schulausbildung des Kindes. Um dies zu erreichen, muss immer auch ein angemessener Personalschlüssel für die Inklusion bereitgestellt werden, wobei Multiprofessionelle mitgedacht werden müssen.
- Wir setzen uns dafür ein, das Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) Berlin-Brandenburg finanziell und personell so auszustatten, dass ein qualitativ hochwertiges Angebot für Schulen in Berlin und Brandenburg bereitgestellt wird.
- Wir fordern eine Landeszentrale für digitale Bildung, die vergleichbar zum Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung ein umfassendes Angebot zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung zur Verfügung stellt und ebenso das schulische Angebot mit Materialien unterstützt.

Ausbildung

Wir wollen nicht nur von Wertschätzung der dualen Ausbildung sprechen, sondern deren Rahmenbedingungen aktiv verbessern. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Ausbildung ein im Vergleich zum Studium gleichberechtigter und gleichwertiger Ausbildungsweg von hoher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sich diese Pluralität der Ausbildungswege auch in deren Anerkennung und Förderung niederschlägt.

- Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche schon früh einen Einblick in die verschiedenen Ausbildungswege und das duale Ausbildungssystem erhalten. Deshalb setzen wir uns neben einer verbesserten Vermittlung der Primärkompetenzen für einen flächendeckenden Werkunterricht an Grundschulen und eine insgesamt verbesserte Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ein. Letzteres wollen wir beispielsweise durch sogenannte Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter erreichen.
- Wir wollen die Digitalisierung der Oberstufenzentren vorantreiben. Das bedeutet sowohl die längst überfällige Ausstattung mit grundlegender Infrastruktur wie

Breitbandinternet und flächendeckendem WLAN als auch die Vermittlung von ausbildungsspezifischen Digitalkompetenzen.

- Wir wollen mehr junge Menschen zur Ausbildungsreife begleiten. Deshalb setzen wir uns für ein Berliner Bündnis für die Ausbildung ein, damit möglichst viele junge Menschen die Voraussetzungen erfüllen, eine Ausbildung beginnen und abschließen und selbstbestimmt in ihren eigenen Lebensweg starten können.
- Von der Pluralität der Ausbildungswege zu sprechen, reicht allein jedoch nicht. Deshalb wollen wir die Durchlässigkeit zwischen Ausbildung und Studium verbessern, die Förderung beider harmonisieren und die Weiterbildung unterstützen.
- Selbstständigkeit im Handwerk soll eine attraktive Karriereoption sein. Deshalb werden wir die Gebühren und Entgelte für Meisterprüfungen und vorbereitende Lehrgänge durch das Land Berlin finanzieren. Akademische und nichtakademische Abschlüsse werden wir gleichstellen.
- Das ERASMUS-Programm für Azubis wollen wir stärken, um den europäischen Austausch auch in beruflichen Aus- und Weiterbildungsgängen zu fördern.
- Mit einem neuen Europa-Oberstufenzentrum (OSZ) wollen wir die Attraktivität der beruflichen Bildung fördern. Durch die europäische und internationale Ausrichtung, durch Angebote wie ERASMUS und Mehrsprachigkeit in der Fachlichkeit werden Ausbildungsgänge attraktiver.
- Stipendien- und Förderprogramme müssen ausgebaut werden, z. B. durch die Öffnung der Begabtenförderung für Auszubildende.
- Wir möchten mehr Ausbildungswohnheime in Berlin bereitstellen, damit Auszubildende günstigen Wohnraum finden. Langfristig wollen wir die Studierendenwerke und Auszubildendenförderung zusammenlegen bzw. die Studierendenwerke für Auszubildende öffnen.
- Wir wollen die Semestertickets und Azubi-Tickets preislich harmonisieren und das Azubi-Ticket auf den Tarifbereich ABC ausweiten.

Hochschule und Forschung

Die erfolgreiche Suche nach einem Impfstoff gegen das Corona-Virus und Fortschritte bei Behandlungsmethoden gegen COVID-19 haben uns allen den Wert von Wissenschaft und Forschung erneut vor Augen geführt. Die Offenheit für Forschung und neue Technologien ist für uns Erfolgsfaktoren einer modernen Wissenschaftspolitik. Die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in der Metropolregion Berlin lebt von ihrer Vielfalt – der Vielfalt der Fächer und Hochschulen. Die Qualität der Forschung und der Lehre muss dabei im Vordergrund stehen. Damit Hochschulen ein Ort der Freiheit und des Diskurses bleiben, wollen wir ihre Eigen- und Selbstständigkeit stärken und ausbauen.

- Hochschulen brauchen eine solide Finanzierung. Wir wollen die Grundfinanzierung der Berliner Hochschulen bedarfsgerecht ausgestalten.
- Auch an Berliner Hochschulen soll das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ gelten. Wir wollen, dass die Hochschule für jeden Studenten und jede Studentin, der bzw. die sich für sie entscheidet, eine Zahlung aus einem Fonds erhält, der sich aus Beiträgen aller Länder nach dem Königsteiner Schlüssel finanziert. Wir setzen uns dafür ein, dieses Prinzip bundesweit zu verankern.
- Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, flexibel und angemessen auf internationale Bedingungen und Entwicklungen zu reagieren. Sie sollen Berufungen von Professorinnen und Professoren eigenständiger durchführen und über die Höhe von Leistungszulagen selbstständig entscheiden können.
- Leistungsträgerinnen und Leistungsträger an Berliner Hochschulen brauchen verlässliche Strukturen. Wir wollen Tenure-Tracks zum Standard machen, Alternativen zur Professur ausbauen und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz kritisch überprüfen.
- Diversität der handelnden Personen ist auch bei der Lehre, der Forschung und dem Transfer eine Bereicherung. Das Stellenprofil der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen muss daher zu modernen Gleichstellungsbeauftragten weiterentwickelt werden. Diese sollen etwa bei Berufungs- und Einstellungsverfahren nicht nur die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter befördern, sondern auch weitere Dimensionen von Diversität in den Fokus nehmen. Dem dienen keine starren Quoten, sondern flexible und leistungsgerechte Förderinstrumente.
- Die Erprobungsklausel im Berliner Hochschulgesetz und das bewährte Instrument der Hochschulverträge haben den Berliner Hochschulen Freiräume ermöglicht, die sie genutzt haben, um immer exzellenter zu werden. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben und in einem Berliner Hochschulfreiheitsgesetz verstetigen.
- Wir denken die Metropolregion Berlin-Brandenburg ganzheitlich und wollen Kooperationen nach Vorbild der Berlin University Alliance fördern, um Synergien zwischen den Ländern optimal zu nutzen.
- Um weltweit mit den besten Hochschulen in Konkurrenz treten zu können, müssen wir den bestehenden Instandhaltungsrückstau beseitigen, die Hochschulinfrastruktur modernisieren und die Hochschulen zu modernen Orten für Lehre und Forschung machen. Dazu gehört auch, dass alle Berliner Hochschulen weitestgehend in Liegenschaften im Hochschul- oder Landeseigentum untergebracht sein sollten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich das Betreuungsverhältnis an den Hochschulen verbessert und Studiengänge für Studierende flexibler gestaltet werden.
- Wir wollen den durch die Corona-Pandemie bedingten Innovationsmoment nutzen, um die Möglichkeiten des E-Learnings und die Digitalisierung der Lehre auch langfristig in Lehrstrategie und -formate zu integrieren. Die Maßgabe soll dabei stets

die höchstmögliche Qualität der Lehre und der Zugang zu dieser sein. Mittels digitaler Angebote werden die Vereinbarkeit von Familie und Studium oder auch Studium und Beruf sowie der Zugang zu Hochschulen für Menschen mit Beeinträchtigungen verbessert.

- Die finanzielle Situation der Einzelnen darf keinen Einfluss auf die Studienentscheidung und den Studienerfolg haben. Wir setzen uns auf Bundesebene für ein elternunabhängiges BAföG ein, das sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Studierenden orientiert und nach dem Verlassen der Hochschule unter Berücksichtigung sozialer Kriterien zurückgezahlt werden muss.
- Bildung und Lernen müssen rund um die Uhr zugänglich sein. Wir wollen mindestens eine 24/7-Bibliothek pro Universität mit dem jeweiligen Bedarf an angemessenen Arbeitsplätzen und Lernräumen etablieren.
- Die Digitalisierung an der Hochschule braucht eine entsprechende technische Infrastruktur. Dazu gehören in der Lehre z. B. ausreichend Steckdosen, WLAN (auch in Außenbereichen), perspektivisch 5G und die Zusammenführung der verschiedenen digitalen Portale.
- Wir setzen uns im Land und im Bund dafür ein, dass der schriftliche Teil der juristischen Staatsexamensprüfungen an digitalen Endgeräten abgelegt werden kann.
- Die Wissenschaft ist Pionierin neuer Ideen. Deswegen wollen wir das Gründungssabbatical allen Forscherinnen und Forschern zugänglich machen.
- Wir sind stolz, dass Berlin Gründungshochburg ist. Deswegen wollen wir Gründungsstipendien an den Berliner Hochschulen ausbauen, um die besten Ideen zu fördern.
- Die Berliner Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass den Berliner Fachhochschulen ein Anreiz geboten wird, Studiengänge für das Grundschullehramt und das Berufsschullehramt in einem Modellversuch anzubieten. Den Fachhochschulen soll für ein solches Studienangebot die Möglichkeit einer Kooperation mit den Universitäten geboten werden, um nicht alle Studieninhalte selbst anbieten zu müssen.
- Um verstärkt Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt nach Berlin zu holen, ist Englisch als weitere Verkehrssprache in der Hochschulverwaltung überall an denjenigen Stellen anzubieten, an denen die Verwaltung direkt in Kontakt mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden tritt.
- Wir wollen eine einfachere und rechtssichere Anerkennungspraxis für im Ausland erbrachte Studienleistungen durch eine Umkehr der Argumentationslast: Grundsätzlich soll die Hochschule die im Ausland erbrachten Leistungen anerkennen, Fälle der Nichtanerkennung muss sie explizit begründen.

- Wir unterstützen die Charité dabei, ihre Vision 2030 zu verwirklichen und Deutschlands wichtigstes Universitätsklinikum auf den Weg zur europäischen und weltweiten Spitze zu führen. Dazu gehört der Bau eines weiteren Bettenhauses, um die Umnutzung der historischen Klinikgebäude zu Verwaltungs- und Forschungszwecken zu ermöglichen. Die Standorte Mitte, Benjamin Franklin und Virchow werden mit unterschiedlichen Schwerpunkten weiter profiliert. Der Standort Buch wird ausgebaut.
- Die konsequente Entwicklung Berlins zu einem Forschungs- und Technologiestandort an der Weltspitze muss ein strategisches Ziel der Politik sein. Kooperationen der Berliner Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen werden wir weiter fördern; so tragen die Universitäten noch stärker zum Wachstum des Forschungsökosystems bei und eröffnen ihren Studierenden zusätzliche Chancen.
- Die Freiheit von Meinung und Forschung ist zentraler Bestandteil der akademischen Ausbildung. Allein der Kraft des Arguments sollte Bedeutung beigemessen werden, nicht der Person oder dem Äußerungskontext.
- Wir setzen uns für den Schutz einer offenen und demokratischen Diskussionskultur an Berliner Hochschulen ein.
- Wir unterstützen die Restaurierung und Erweiterung des Naturkundemuseums.
- Wir fördern ein vielfältiges Ökosystem aus Life-Science-Start-ups, Klinikstrukturen und einem klaren, innovationsoffenen Rechtsrahmen. Dies trägt dazu bei, Patientinnen und Patienten auf höchstem Niveau zu versorgen.
- Das Promotionsrecht soll weiterhin ausschließlich an Universitäten angesiedelt sein und nicht an Fachhochschulen vergeben werden. Diese leisten durch ihren höheren Praxisbezug einen wichtigen Beitrag zur akademischen Lehre, sind aber für eine Promotionsbegleitung unter gleichwertigen wissenschaftlichen Standards wie an Universitäten nicht ausgelegt. Ein Promotionsrecht würde sowohl die Fachhochschulen in ihren praxisbezogenen Kernkompetenzen als auch die wissenschaftlich ausgerichteten Universitäten schwächen.
- Wir unterstützen die Ansiedlung von zwei neuen Fraunhofer-Instituten, für öffentliche Sicherheit und Translationsmedizin/Pharmakologie, in Berlin und sichern deren anteilige Finanzierung.
- Die Freien Demokraten setzen sich für die Konzentration des Helmholtz-Zentrums Berlin (HZB) am Standort Adlershof bis 2030 ein und unterstützen ausdrücklich seinen Schwerpunkt auf Katalyseforschung, die für die Wasserstoffhauptstadt Berlin von entscheidender Bedeutung ist.
- Wir unterstützen den Komplettumzug der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin nach Oberschöneweide und setzen uns für räumliche Erweiterungen bei

der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) und der Alice Salomon Hochschule (ASH) ein.

Weiterbildung und Qualifizierung

Wir wollen die Berlinerinnen und Berliner dabei unterstützen, ihr berufliches Leben souverän zu gestalten. Wir setzen auf lebenslanges Lernen, um den Wandel der Arbeitswelt und sich wandelnde berufliche Interessen zu meistern. Die Digitalisierung ändert unser Leben und Arbeiten. Berufe und Berufsbilder, Anforderungen und Möglichkeiten entwickeln sich. Wir wollen die Menschen in diesem Wandel durch gute Rahmenbedingungen und Weiterbildung begleiten. Die Arbeitsstätten selbst sind zentrale Orte für die Weiterbildung. Diese verbessert Aufstiegschancen und mindert das Risiko von Arbeitslosigkeit. Wir sehen Weiterbildung als zentrales Element der Arbeitsmarktpolitik.

- Wir wollen eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik gestalten und setzen auf Bildungsgutscheine zur Förderung der Eigeninitiative, die Entwicklung von Fort- und Weiterbildungskonzepten bei Weiterbildungsdienstleistern für Zukunftsbranchen und eine Aktivierung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials.
- Ein persönliches Freiraumkonto soll die Finanzierung von Weiterbildung und damit verbundener Bildungszeiten ermöglichen. Eigenes Einkommen (inklusive Boni, Überstunden oder ungenutzter Urlaubstage) und Zahlungen der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers können steuer- und abgabenfrei darauf eingezahlt werden (Entgeltumwandlung). Einkommensabhängig soll zudem ein Midlife-BAfög für lebenslanges Lernen zur Verfügung stehen. So schaffen wir ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben.
- Wir wollen das Weiterbildungsangebot an Berliner Hochschulen ausbauen und die Weiterbildung in Arbeitsstätten fördern.
- Mit einem Weiterbildungsgesetz wollen wir einen einheitlichen Rahmen für Weiterbildung in Berlin schaffen. Insbesondere für viele Frauen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, wollen wir mit mehr Angeboten im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung einen Weg bieten, sich für eine andere und besser bezahlte Tätigkeit zu qualifizieren.
- Wir wollen ein Bündnis von Senat, Arbeitsagentur/Jobcenter und Zeitarbeitsunternehmen initiieren, damit Zeitarbeit für Menschen mit geringer Qualifikation und langer Arbeitslosigkeit zur Brücke in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt wird. Dazu ist es notwendig, Angebote zu schaffen, die eine hohe, selbstbestimmte Beteiligung der Hilfsempfängerinnen und Hilfsempfänger an der Jobvermittlung ermöglichen und Langzeitarbeitslose individuell fördern.

Bildung und Aufstieg

Leider entscheidet immer noch der familiäre Hintergrund vielfach über den weiteren Lebensweg. Wir möchten das Potenzial der sozialen Marktwirtschaft entfalten und Chancen auf den sozialen Aufstieg stärken.

- Wir möchten für die jungen Menschen Hürden abbauen, damit sie unabhängig von ihrem familiären Hintergrund ihren eigenen Weg einschlagen können.
- Wir möchten die vielen unterschiedlichen Berufsorientierungsprogramme an den allgemeinbildenden Schulen daraufhin evaluieren lassen, inwieweit sie zielführend sind, und sie dort ausbauen, wo sie sinnvoll sind. Zudem möchten wir den Austausch mit Unternehmen zu der Frage suchen, inwieweit und in welcher Phase Praktika für junge Menschen nützlich sind. Die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen möchten wir deshalb durch „Role Models“ (Vorbilder) oder Patinnen und Paten stärken.
- Wir unterstützen Netzwerke wie „Arbeiterkind“ dabei, die Schulen zu besuchen und Schülerinnen und Schülern aus Nichtakademikerfamilien Mut zu machen, ihren eigenen Weg zu gehen.

Ein Berlin, das durch eine starke Wirtschaft Freiräume schafft

Wir haben Vertrauen in Berlin und sind überzeugt: Diese Stadt kann zum prosperierenden Wirtschaftsherz Europas werden. Wer weltweite Wirtschaftszentren wie New York, London, Tokio und Hongkong aufzählt, darf künftig an Berlin nicht mehr vorbeikommen. Deshalb stehen wir für eine wachstumsorientierte und nachhaltige Wirtschaftspolitik – für Chancen, Lebensqualität und Wohlstand für alle in einer wirtschaftlich wachsenden Aufstiegsstadt. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die Chancen bietet, wirtschaftliche Dynamik entfaltet sowie Leistung und Kreativität wertschätzt. Wir machen Politik für Menschen, die ihr Leben selbst gestalten wollen.

Unternehmerinnen, Unternehmer und unternehmerisch denkende Beschäftigte müssen sich in Berlin willkommen fühlen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen und alle Selbstständigen so freiheitlich wie möglich gestalten, die besten Voraussetzungen für Gründergeist und Start-ups bieten und durch eine intelligente Politik die Potenziale der Cluster entfalten. Wirtschaftliche Freiheit zu vergrößern, sehen wir zuallererst als Chance. Wir wollen die schöpferischen und produktiven Potenziale in Berlin entfesseln und von bürokratischen Hemmnissen befreien. Mit einer strategischen Wirtschaftspolitik und einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung machen wir die Metropolregion Berlin-Brandenburg zum schlagenden europäischen Wirtschaftsherz, eröffnen individuelle Lebensperspektiven, schaffen Arbeitsplätze und erzeugen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Willkommenskultur für Wirtschaft

Berlin muss zu einem Paradies für alle werden, die durch eigene Leistung vorankommen möchten:

Vom Handwerksmeister über die Auszubildende bis zur Venture-Capital-Investorin, vom Pfleger zur Mittelständlerin, von der Forscherin zum Designer, vom Gründer bis zur Nachfolgerin im Familienbetrieb – alle sollen hier ihre Erfüllung finden. Wer einen neuen Unternehmensstandort sucht, denkt in unserer Vision zuerst an Berlin. Mit einer dergestalt gelebten Willkommenskultur halten wir die Folgen der Corona-Pandemie für die Berliner Beschäftigten und Unternehmen möglichst gering. Tesla in Brandenburg ist nur ein kleiner Vorgeschmack darauf, was möglich ist, wenn unternehmerischer Mut auf wirtschaftsfreundliche Politik und Verwaltung trifft. Das muss zum Standard werden.

- Berlin braucht Fachkräfte und muss deshalb ein attraktiver Standort werden. Die Herkunft von Fachkräften spielt für uns keine Rolle, sondern nur ihr Talent und ihre Fähigkeiten.

- Wir werden den Berliner Business Immigration Service kundenorientiert ausbauen und die Leistungserbringung beschleunigen, damit ausländische Fachkräfte gut in Berlin ankommen.
- Die unternehmerischen Berichtspflichten wollen wir reduzieren und digitalisieren sowie Daten und Informationen umfassend auf allen Ebenen digital austauschen.
- Wir sind der Partner der Wirtschaft, um die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen, und setzen uns für Technologieoffenheit, Wettbewerb und ein Minimum an Bürokratie ein.
- Berlin muss als attraktiver Standort unter Fachkräften bekannt werden, und deshalb braucht es hier individuelles und personenbezogenes Marketing. Denkbar ist auch die Einführung einer „Bring a friend“-Initiative, bei der Personen mit einer Prämie entlohnt werden, wenn sie zur Vermittlung einer dringend nachgefragten Fachkraft beitragen.
- Wir wollen Fachkräften ein schnelles Ankommen in Berlin ermöglichen. Dazu gehört die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, die das „One-Stop-Shop-Konzept“ umsetzt.
- Mit seiner Basis aus vielfältigen Initiativen, Unternehmen und Start-ups kann Berlin zu einer der führenden europäischen Smart Cities werden. Mit Open Data und vernetzten Sensoren im öffentlichen Raum wollen wir die Lebensqualität steigern, den Service verbessern und neue Geschäftsmodelle ermöglichen.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für datengetriebene Geschäftsmodelle verbessern, indem wir ein datenschutzkonformes Data Warehouse einsetzen. Dank des kostenfreien Zugangs zu stadtbezogenen Daten können Unternehmen in Berlin noch weitaus mehr innovative Ideen und Lösungen entwickeln. Um die wirksame Durchsetzung der Regulierung zu erreichen, wollen wir eine länderübergreifende Aufsicht etablieren und organisatorisch stärken.
- Der Einzelhandel ist eine wichtige Stütze für lebendige Kieze und für eine lebenswerte Stadt. Wir werden daher dafür sorgen, dass der Einzelhandel in unserer Stadt eine Zukunftsperspektive hat. Es ist folglich dringend geboten, dass aktivistische Stadtplanung wie in der Friedrichstraße ad acta gelegt wird und einer tragfähigen Planung für lebendige Kieze und Nahversorgung weicht. Wir werden daher den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern alle Freiheiten geben und ihnen wieder verantwortungsbewusstes Handeln ermöglichen, damit sie ihre Zukunft wieder selbst in die Hand nehmen können.
- Wir wollen, dass Sondernutzungsflächen für den Einzelhandel, Schankbetriebe und kulturelle Projekte unbürokratisch ausgewiesen werden und dass befestigte Aufenthaltsräume wie Schankvorgärten auf den Gehwegunterstreifen den Betrieb

von Gastronomie und Einzelhandel ermöglichen. Die Barrierefreiheit ist hierbei zu berücksichtigen.

- Damit der Konkurrenz zwischen Gewerbeflächen und Wohnungen begegnet werden kann, werden wir Lösungen mit Eigentümern und Eigentümerinnen sowie Projektentwicklerinnen und Projektentwicklern finden, um reine Einkaufszentren durch Umbau, Neubau und Ausbau in eine Mischnutzung aus Wohnen, Gewerbe, sozialer Infrastruktur und Kultur zu überführen. So können Kiezstrukturen verbessert werden, und die Nahversorgung kann stärker gelebt werden. Außerdem ist die Ansiedlung von vielfältigen Projekten und Mischnutzungen auf immer knapper werdenden Flächen eine Möglichkeit, lebenswerte Kieze zu erhalten und neu zu kreieren. Dazu ist es jedoch von größter Wichtigkeit, dass Baugenehmigungen erteilt und nicht wie beim Pankower Tor oder am Hermannplatz erschwert werden. Diese beiden Leuchtturmprojekte des modernen Handels werden wir außerdem zügig voranbringen, um ein Signal an die Branche zu senden, dass die Stadt bereit ist, sich weiterzuentwickeln, und innovativen Themen ein Zuhause bietet.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass stark vom Einzelhandel geprägte Viertel echte bauliche Umgestaltungen erfahren, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, da zu ihrer Attraktivität eine angenehme Atmosphäre gehört, die mittels Sauberkeit und Sicherheit gewährleistet wird. Zur Neugestaltung moderner Einzelhandelsstandorte ist es außerdem notwendig, die Quadratmetergrenzen in der Baunutzungsverordnung für großflächigen Einzelhandel auf Bundesebene deutlich anzuheben.
- Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Sonntagsöffnung komplett zu erlauben. In einem ersten Schritt sollen die Bezirke weitere verkaufsoffene Sonntage pro Jahr zusätzlich genehmigen und eigenständig terminieren dürfen. Zudem werden wir es den Spätis unabhängig von ihrem Warenangebot generell ermöglichen, sonntags zu öffnen.
- Wir wollen der Berliner Gastronomie nach der Pandemie wieder auf die Beine helfen, indem wir die Nutzung von Heizpilzen und anderen Heizmöglichkeiten bis auf Weiteres erlauben und von der Genehmigungspflicht für Außenbereiche der Gastronomie zu einer Meldepflicht übergehen.
- Wir wollen, dass das Gastgewerbe von überbordender Bürokratie verschont wird. Einfache Anträge wie beispielsweise auf die Erlaubnis zur Nutzung von Außenflächen oder auf kleinere bauliche Veränderungen müssen digital gestellt werden können.
- Unser erklärtes Ziel ist es, die von der Außengastronomie genutzte Fläche unter Berücksichtigung der jeweiligen Verkehrssituation und der Lärmschutzbestimmungen zu verdoppeln.

- Hotellerie und Gastronomie sollen in unserer Stadt mehr als bisher als starker und systemrelevanter Wirtschaftszweig wahrgenommen und entsprechend unterstützt werden.
- Die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer Berlin können wichtige Rollen bei der Vertretung der Interessen von Berliner Unternehmen einnehmen. Dabei müssen sie jedoch die unterschiedlichen Interessen und Erwartungen all ihrer Mitglieder angemessen berücksichtigen. Zudem sollen sich die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer Berlin auf ihre gesetzlich übertragenen Kernaufgaben beschränken und nicht in wirtschaftlichen Wettbewerb mit eigenen Mitgliedern treten. Gründerinnen und Gründer sind in den ersten fünf Jahren nach Gründung vom Kammerbeitrag zu entlasten.
- Die finanziellen Beteiligungen der Kammern an Unternehmen des Landes wie bei Berlin Partner oder der Messe Berlin lehnen wir ab; sie sollen rasch beendet werden.
- Öffentliche Auftragsvergaben sind zu komplex geworden. Das verringert die Anzahl der Angebote und verhindert Wettbewerb um öffentliche Aufträge. Wir werden das Berliner Landesvergabegesetz abschaffen und künftig nur noch das Vergaberecht des Bundes anwenden. Hierbei bevorzugen wir die elektronische Vergabe als Mittel zur Effizienzsteigerung. Wir setzen uns für Innovationspartnerschaften ein, um neuartige Technologien bei der Vergabe berücksichtigen zu können.
- Wir werden den Gewerbesteuerhebesatz nicht erhöhen, sondern Spielräume für eine Absenkung nutzen.

Chanceneräume für die Berliner Wirtschaft

Wirtschaft braucht Räume zur Entfaltung! Die Gewerbemieten in Berlin sind zu hoch, insbesondere in exklusiven und sogenannten 1-a-Lagen in Zentren. Eine Deckelung der Gewerbemieten löst das Problem des mangelnden Angebots allerdings nicht. Deshalb müssen hier alle Bemühungen darauf fokussiert werden, den Neubau in nachgefragten Lagen zu ermöglichen. Mehr Platz entsteht auch durch Nachverdichtung sowie Nutzungsänderungen. Zudem besteht weiterhin ein Mangel an Flächen für industrielle Nutzungen. Die Ansiedlung und Erweiterung produzierender Unternehmen wird so erschwert. Wir wollen die „Berliner Mischung“ mit Leben füllen, neue Flächen für Gewerbe und Industrie erschließen sowie nachhaltige und zukunftsfähige Infrastrukturen aufbauen, insbesondere den Glasfaserausbau mit Hochdruck vorantreiben.

- Wir wollen die „Berliner Mischung“ aus Gewerbe, Wohnen und Kultur erhalten. Die Ausweisung von Mischgebieten und die Nutzung der neu geschaffenen Möglichkeit zur Ausweisung „urbaner Gebiete“ müssen deutlich ausgeweitet werden. Das Modell der Wohnungsmietergenossenschaften soll auf Gewerbetreibende übertragen

werden. Die Investitionsbank Berlin (IBB) soll die Finanzierung mit 10 Prozent des Kaufpreises über Darlehen unterstützen.

- Wir werden das Handwerk stärken, ihm wieder Anerkennung statt Gängelung entgegenbringen und schließlich dafür sorgen, dass es weiterhin ein wichtiger Faktor innerhalb der Berliner Wirtschaft bleibt. Denn das Handwerk hat in der Berliner Geschichte immer wieder seine Innovationskraft bewiesen. Nicht nur bei der Erfindung neuer Verfahren und Techniken hat es dabei für Fortschritte gesorgt. Auch die Etablierung neuer Technologien war nur durch das Handwerk möglich. Daher werden wir das Handwerk dabei unterstützen, sein Innovationspotenzial und damit seine Möglichkeiten wieder voll auszuschöpfen.
- Gewerbemieten für Industrie und Handwerk müssen erschwinglich bleiben. Dafür werden wir „Meistermeilen“ und genossenschaftliche Gewerbehöfe in den Gewerbemieten niedrig halten.
- Neben dem Planungs- muss vor allem der Genehmigungsturbo für zahlreiche Bauprojekte eingeschaltet werden. Durch eine Attraktivitätssteigerung wirken wir dem Mangel an Bauingenieurinnen und Bauingenieuren in den Bauämtern entgegen. Wir wollen darüber hinaus verfügbare Gewerbeflächen in einem Gewerbeflächenkataster erfassen und die Daten öffentlich bereitstellen.
- Ausgewiesene Industrieflächen sind dauerhaft für industrielle Nutzungen zu sichern und verfügbar zu halten. Umwidmungen oder Nutzungen, die dies einschränken, wollen wir unterbinden. Berlin braucht eine Flächenreserve für Industrieansiedlungen. Wir sorgen dafür, dass diese nicht den infrastrukturellen Anschluss verlieren. Insbesondere in den Außenbezirken werden wir das enorme Potenzial heben, neue Flächen zu entwickeln und damit Fachkräfte zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen.
- Die Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung sowie die Marketingaktivitäten Berlins sollen in einer einzigen Organisation gebündelt und eng mit dem Liegenschaftsmanagement und der Stadt- und Regionalentwicklung koordiniert werden. Wir werden Berlin Partner neu aufstellen, um erfolgreicher und effektiver zu werden. Perspektivisch streben wir eine aktive Vermarktung Berlins und des Umlands aus einer Hand an. Sie muss die Stärken der Region endlich professionell international durch aktive Ansprache von potenziellen Investorinnen, Investoren, Gründerinnen, Gründern und Fachkräften vermarkten.
- Wir wollen die bezirkliche Wirtschaftsförderung personell und qualitativ verbessern.
- Zu viele Unternehmen haben keinen oder keinen ausreichenden Breitbandanschluss. Dabei steigen die Anforderungen an den schnellen Datenaustausch. Mangelhafte digitale Infrastruktur wird zum Wettbewerbsnachteil. Damit Unternehmen in ganz Berlin gute Zukunftsaussichten haben, ist eine flächendeckende Breitbandversorgung

unabdingbar. Wir werden zusammen mit der Wirtschaft den Glasfaserausbau in Berlin beschleunigen und für eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in allen Teilen der Stadt sorgen. Auch hierfür muss die Bearbeitung der Anträge für Bauvorhaben massiv beschleunigt werden, und ebenso müssen neue Technologien für den Ausbau entsprechende Berücksichtigung finden.

- Die Bauwirtschaft steht für viele Arbeitsplätze und gute Perspektiven. Wir wollen die Bauwirtschaft in Berlin durch Branchendialoge, die Vernetzung mit Wissenschaft und Start-ups sowie durch die öffentliche Beschaffung im Rahmen von Experimentierklauseln fördern und voranbringen. Wir unterstützen digitale und technische Innovationen im gesamten Spektrum des Bauens, der Pflege und des Unterhalts vorhandener Infrastrukturen wie beispielsweise den Einsatz von Drohnen für ihre Wartung, serielles Bauen, 3-D-Druck, additives Bauen, digitalen Brandschutz oder neue Baustoffe.
- In Abstimmung mit Akteurinnen und Akteuren aus der Wirtschaft, Stadtplanerinnen und Stadtplanern, privaten und landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sowie mit der Beuth Hochschule für Technik Berlin und weiteren Akteuren und Akteurinnen werden wir die aktuellen Pläne für die Nachnutzung des Flughafengeländes in Tegel technologieoffen und nachhaltig, aber auch wirtschaftsfreundlich weiterentwickeln.

Metropolregion Berlin-Brandenburg

- Der Berliner Wirtschaftsraum geht für uns hinter den Grenzen der Außenbezirke weiter. Das gemeinsame Interesse am Erfolg der Metropolregion insgesamt ist größer als die unterschiedlichen Interessen in Einzelfragen. Wir sehen keine Konkurrenz zwischen Berlin und den angrenzenden Gemeinden und Landkreisen. Im Gegenteil: Wir setzen uns für eine integrierte Metropolregion Berlin-Brandenburg ein, die sich in ihrer Anziehungskraft, Lebensqualität und wirtschaftlichen Stärke mit anderen prosperierenden und attraktiven Metropolregionen in Europa und der Welt erfolgreich messen kann. Pläne und Visionen von der künftigen Entwicklung Berlins oder Brandenburgs dürfen deshalb nicht an der Landesgrenze enden, sondern müssen immer die ganze Metropolregion einbeziehen: Wir wollen gemeinsam mit Brandenburg einen Masterplan für die Metropolregion mit dem Ziel einer abgestimmten Clusterpolitik, integrierter Planung und Infrastrukturentwicklung entwerfen und fortentwickeln.
- Wir wollen regelmäßige gemeinsame Sitzungen von Ausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Landtags von Brandenburg durchführen. Durch eine engere Zusammenarbeit, die gemeinsame Institutionen umfassen kann, können Projekte endlich für die gesamte Metropolregion konzipiert und umgesetzt werden.

- Wir stärken den Flughafen BER als Jobmotor für die Metropolregion. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit den Airlines und der Flughafengesellschaft attraktive internationale Direktverbindungen zu schaffen. Wir wollen eine schnelle Erreichbarkeit des Flughafens innerhalb der Metropolregion.

Gründermetropole

Berlin genießt weltweit noch einen guten Ruf als Zentrum für erfolgreiche Start-ups. Gründerinnen und Gründer prägen mehr denn je die Berliner Entwicklung, indem sie Beschäftigung generieren und durch Innovationen den Strukturwandel der Wirtschaft vorantreiben. Sie sichern die wirtschaftliche Prosperität Berlins für die Zukunft, weil sie neue Geschäftsmodelle etablieren und neue Märkte schaffen und erschließen. Deshalb nehmen wir mit Besorgnis wahr, dass Berlin in internationalen Rankings der letzten Jahre von Topstandorten für Start-ups zurückfällt, und werden alle Maßnahmen ergreifen, um diesen Trend umzukehren. Berlin soll sich zu einem nachhaltigen, technologiebasierten und sozialen Wirtschaftsstandort entwickeln, der als moderner Standpunkt attraktiv für Firmen aus Deutschland und aller Welt ist. Wir wollen Innovationspolitik betreiben, strukturelle Veränderungen ermöglichen und einen Aktionsplan für eine „Sustainable Economy“ bereitstellen. Eine der vordringlichsten Aufgaben gründerfreundlicher Politik ist es, Start-ups die Möglichkeit zu geben, sich in bestmöglicher Teamzusammensetzung auf das Wesentliche zu konzentrieren. Mehr noch als etablierte Unternehmen werden Start-ups durch Bürokratie behindert.

- Wir wollen die Start-up-Szene in Berlin gezielt unterstützen und fördern, damit Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Innovationen entstehen. Die Zusammenarbeit mit oder die Ansiedlung von Großunternehmen sehen wir als Chance und Gewinn für den Standort.
- Experimentierklauseln ermöglichen die vorbildhafte Erprobung neuer Technologien, z. B. selbstfahrender Autos oder Transportdrohnen, und neuer Geschäftsmodelle in Berlin; dafür wollen wir zeit- und gebietsweise bestehende Regelungen (Gesetze, Verordnungen) aussetzen und Experimentierklauseln breitflächig umsetzen.
- Wir werden das „Berliner Startup Stipendium“ weiterentwickeln, um regelmäßig zwölf Monate lang bis zu 1.000 Gründerinnen und Gründer mit 1.000 Euro pro Monat zu unterstützen, auch und insbesondere solche mit einem Berufsfachschulabschluss und ohne Abschluss. Wir nehmen uns das in NRW – mit liberaler Regierungsverantwortung – erfolgreiche und erprobte Modell zum Vorbild. Zudem wollen wir die Instrumente für die finanzielle und beratende Unterstützung von Start-ups überprüfen und optimieren.
- Hochschulangehörigen soll es erleichtert werden, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in marktgängige Innovationen umzuwandeln und dafür Unternehmen zu

gründen. Hierfür sollen sie die Infrastruktur der Hochschulen auch in der Entwicklungsphase von Innovationen gegen eine angemessene Kostenbeteiligung nutzen dürfen.

- Für Gründerinnen und Gründer aus dem wissenschaftlichen bzw. Hochschulbereich sowie dem Landesdienst wollen wir die Möglichkeit von Sabbaticals (Freistellungen auf Zeit) für die Gründung von Unternehmen eröffnen.
- Wir werden Gründerzentren und Maker Spaces einrichten und fördern. Damit wollen wir Start-ups auch den Zugang zu Werkstätten und Laboren ermöglichen, um Ideen auszuprobieren und zu testen, ohne selbst teure Hardware oder Labor- und Medizingeräte anschaffen zu müssen. So beschleunigen wir die Übersetzung einer Idee in die Praxis.
- Wir wollen Menschen aus bislang unterrepräsentierten Gruppen wie Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund ermutigen, Start-ups zu gründen. Wir setzen dabei auf gezielte Förder- und Vernetzungsprogramme, Vorbilder, motivierende Rollenbilder für Mädchen in Kita, Schule und Berufsausbildung sowie stereotypenfreie Medien, Lernmaterialien und Lehrangebote.
- Wir wollen Gründungen aus der Arbeitssuche heraus und nebenberufliche Gründungen sowie Gründungen aus der Elternschaft besonders fördern. Dazu wollen wir den Gründungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit nutzen.
- Wir unterstützen die Vernetzung von Wissenschaft und Forschung mit Start-ups über die Clusterpolitik hinaus, damit wissenschaftliche Inventionen schneller zu wirtschaftlichen Innovationen werden.
- Wir werden die IBB Venture Fonds erhöhen und auf weitere Branchen ausweiten, um auch Start-ups in der Wachstumsphase fördern zu können.
- Berlin soll sich mit den führenden Gründerzentren weltweit vernetzen, das internationale Start-up-Städtenetzwerk ausbauen und die Zusammenarbeit von Start-ups im Städtenetzwerk fördern. Wir streben die Internationalisierung des Berliner Smart-City-Netzwerks unter Einbindung der Städtepartnerschaften an.
- Gerade für innovative Start-ups bedeutet die derzeitige steuerliche Behandlung von Mitarbeiterbeteiligungen einen Standortnachteil im globalen Wettbewerb um Talente. Daher machen wir uns dafür stark, dass Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich günstiger behandelt werden, und setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Steuerfreibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligung stufenweise auf ein europäisch wettbewerbsfähiges Niveau anzuheben.
- Wir werden ein modernes, benutzerfreundliches Beratungsangebot, stärkere Unterstützung bei der Abrufung von Fördermitteln und ein „bürokratieloses“ erstes Jahr schaffen, in dem Anmeldungstage, Genehmigungs- und

Dokumentationspflichten behutsam abgemildert sind. Alle Aufgaben und Leistungen sollen per One-Stop-Shop online abgewickelt werden können.

- In einem Modellprojekt werden wir Gründerpatinnen und -paten einrichten, die durchgängig als Ansprechpersonen für einzelne Start-ups bereitstehen, um diese bei allen bürokratischen Vorgängen und Antragsverfahren zu beraten.
- Soziale Entrepreneurinnen und Entrepreneure setzen sich für die Lösung gesellschaftlicher Probleme und die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben ein. Sie denken und handeln nach unternehmerischen Prinzipien. Soziale Entrepreneurinnen und Entrepreneure sind ein zunehmend bedeutsamer Motor für Innovationen im sozialen Sektor. Wir fördern Social Entrepreneurship und wollen die Beteiligten bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen durch verbesserte Rahmenbedingungen unterstützen. Deshalb schreiten wir mutig voran und gehen bestimmte Probleme der Berliner Sozialpolitik in Wettbewerben gemeinsam mit Social Start-ups an.

Zukunftscluster made an der Spree

Im internationalen Standortwettbewerb muss sich die Metropolregion Berlin-Brandenburg fokussieren und gezielt um unternehmerische Investitionen werben, die Synergien mit bestehenden Branchenschwerpunkten ermöglichen. Durch einen noch systematischeren Verbund einzelner Branchen bündeln wir die unternehmerischen Stärken der Metropolregion – ein Ansatz mit großen Chancen auf Alleinstellung, Wachstum, Innovation und hochwertige Arbeitsplätze. Gezielt setzen wir auf die bereits herausragenden Branchencluster (i) der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-, Medien- und Kreativwirtschaft, (ii) des Gesundheits- und (iii) des Mobilitätssektors. Ansiedlungsaktivitäten und Fördermittel wollen wir auf diese Branchencluster konzentrieren. Hier sehen wir eine wesentliche Aufgabe für eine kohärente Berliner Wirtschaftspolitik einschließlich der infrastrukturellen Entwicklung, der Forschungspolitik, der Aus- und Weiterbildung, des Standortmarketings, des Messeangebots in der Metropolregion und einer wohlwollenden Aufnahme von Brancheninitiativen durch Politik und Verwaltung.

- Wir wollen ein professionelles Clustermanagement etablieren, das bestehende Unternehmen aller Größen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kapitalgeberinnen und Kapitalgeber sowie die Verwaltung vernetzt und gemeinsame Kooperationsprojekte identifiziert und organisiert.
- Wir werden Berlin als führenden Standort für IKT und Deep Tech (Big Data, Industrie 4.0, Telematik, Internet der Dinge und Dienste) etablieren und fordern die Aufnahme eines Handlungsfeldes „Künstliche Intelligenz“ in die regionale Innovationsstrategie InnoBB, um Berlin als KI-Standort sichtbar zu machen.
- Wir fördern die Entwicklung Berlins zum internationalen Dreh- und Angelpunkt der Kreativszene und erweitern dafür gut laufende Förderprogramme wie

Coachingberatungen sowie Netzwerk- und Wissenskapazitäten. Wir wollen die Kultur- und Kreativwirtschaft als „Innovationskatalysator“ nutzen und als eigenes Wirtschaftsfeld weiter ausbauen. Um die Entwicklungen in diesem wichtigen Sektor nachverfolgen und evidente politische Schlussfolgerungen ziehen zu können, werden wir den Kreativwirtschaftsbericht wieder einführen.

- Wir streben die Gründung eines fest verorteten Gaming- und E-Sports-Hubs an, der Entwickler und Entwicklerinnen als Innovationstreiber und -treiberinnen unterstützt und vernetzt.
- Clubs sowie Künstlerinnen und Künstler haben ihren Anteil daran, dass Berlin weltweit einen Ruf als weltoffene und tolerante Stadt genießt. Den Musikspielstätten, Probe- und Arbeitsräumen wollen wir bei der Stadtplanung einen hohen Stellenwert sichern und sie in der Baunutzungsverordnung von Vergnügungsstätten (Wettbüros, Spielhallen) trennen.
- Wir werden für die Gesundheitswirtschaft in Berlin Bedingungen gewährleisten, die starke Grundlagenwissenschaften und die Vernetzung in der Biologie (Gentechnik/ Biotechnik), Digitalisierung (inklusive KI-Forschung und Anwendung), Pharmazie und dem Ingenieurwesen ermöglichen, indem wir die Forschungsfreiheit in Berlin weitestmöglich ausbauen, entsprechende Fachkräfte anwerben und attraktive medizinische Entwicklungsstandorte schaffen.
- Wir fördern ein vielfältiges Ökosystem aus Life-Science-Start-ups, Klinikstrukturen und einem klaren, innovationsoffenen Rechtsrahmen.
- Berlin hat große Chancen, Produkte und Dienstleistungen für innovative, ressourcenschonende und umweltfreundliche Mobilität zu entwickeln, die vorbildhaft für Städte weltweit sein können. Wir werden das Berliner Cluster „Verkehr, Mobilität und Logistik“ zu einem innovativen und unternehmensgesteuerten „Smart-Mobility-Cluster“ entwickeln.
- Der Metropolregion Berlin-Brandenburg bietet sich mit den jüngsten Neuansiedlungen die Chance, Deutschlands führende Mobilitätsregion zu werden. Wir wollen den Innovationssprung in neue Technologien. Dafür bauen wir die Kooperation zwischen der Wissenschaft und den Unternehmen weiter aus.
- Die bewährten Förderprogramme der IBB gilt es auf die konkreten Anforderungen von Clustern zu spezifizieren und auszuweiten. Daneben werden wir einen strukturierten Austausch mit der in der Region ansässigen Spitzenforschung institutionalisieren.
- Die mobilitätsbezogene Datenerfassung in der Stadt wollen wir vorantreiben, auch durch eigene Investitionen des Landes Berlin. Die gewonnenen anonymisierten Daten wollen wir für die Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen, eine optimierte Verkehrssteuerung und Projekte zum autonomen Fahren kostenlos zur Verfügung stellen.

- Wir setzen uns dafür ein, Berlin als Kongressstandort weiterzuentwickeln und auszubauen. Dazu müssen in erster Linie zusätzliche Kapazitäten für neue Messe- und Kongressstandorte geschaffen werden. Wir werden Messen und Kongresse für das Standortmarketing nutzen und unterstützen die Messe dabei, neue Messen innerhalb der Cluster für Berlin zu erschließen. Um mit großen Weltmetropolen konkurrieren zu können, braucht es mehr als ein großes Kongresszentrum. Daher wollen wir den Bau eines weiteren Kongresszentrums prüfen.
- Mit einem Interessenbekundungsverfahren wollen wir eine langfristige einen langfristigen Investor für das Internationale Congress Centrum (ICC) finden und dabei große Spielräume lassen. Wir setzen auf eine Nutzung im internationalen Kongressgeschäft und werden den notwendigen Denkmalschutz mit neuen Erfordernissen im ICC abgleichen.

Tourismus

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Wegen dieser Freiheit und wegen der Menschen dieser Stadt kommen jedes Jahr Millionen Besucherinnen und Besucher nach Berlin. Wir heißen sie willkommen und sind stolz auf die Anziehungskraft unserer Stadt. Unsere Gäste tragen den freiheitlichen Geist Berlins in alle Welt. Auch vor dem Hintergrund zunehmender autokratischer Tendenzen in vielen Teilen der Erde ist diese Botschaft, für die Berlin aufgrund seiner Geschichte in besonderer Weise steht, aktueller denn je. Damit das Zusammenspiel einer lebenswerten Stadt für alle Berlinerinnen und Berliner und unsere Gäste bei zunehmendem Tourismus funktioniert, müssen politisch die richtigen Weichen gestellt werden.

- Wir wollen die Tourismuswirtschaft stärken und das Image Berlins national wie international profilieren. Das Tourismuskonzept des Senats aus dem Jahr 2018 ist aufgrund der Corona-Pandemie überholt. Wir werden ein neues Tourismuskonzept entwickeln und auf die Vermarktung der Destination Berlin ausrichten. Wir werden dabei den Qualitätstourismus ausbauen. Zudem wollen wir immer stärker nachgefragte erlebnisbasierte Elemente im Berliner Tourismus implementieren und die Vermarktung der Außenbereiche stärker in den Fokus nehmen.
- Wir wollen Denkmäler und Gedenktafeln, die lediglich in deutscher Sprache gehalten sind, und Straßennamen durch kleine Tafeln mit QR-Codes u. Ä. ergänzen. So sollen alle Interessierten mithilfe eines Smartphones Übersetzungen der jeweiligen Texte in mehrere Fremdsprachen und in Leichte Sprache erhalten können. Für Menschen mit Sehbehinderungen sollen diese Texte außerdem im Audioformat vorhanden sein.
- Wir unterstützen Innovationen wie virtuelle touristische Erlebnisse oder Gamification in der Wissensvermittlung.

- Wir wollen die Polizei und Ordnungsämter befähigen, an touristischen Hotspots stärker präsent zu sein.
- Wir wollen die Anstrengungen bei der Marktforschung und der statistischen Erfassung deutlich erhöhen, z. B. durch Erhebungen über Privatübernachtungen (Sharing Economy), die Gästezufriedenheit, Herkunft der Besucherinnen und Besucher etc.
- Initiativen wie beispielsweise Visitor Insight von visitBerlin wollen wir ausbauen und auf weitere Bereiche ausdehnen. Das Thema der von Touristinnen und Touristen subjektiv wahrgenommenen Sicherheit muss hier bedacht werden.
- Initiativen wie „Service in the City“, die darauf setzen, dass Berlin-Besucher und -Besucherinnen zu Multiplikatoren und Multiplikatorinnen werden, die für Berlin werben, wollen wir stärken. Sowohl um den Ruf Berlins als attraktives Reiseziel zu fördern als auch um von den Erfahrungen und Hinweisen der Berlin-Besucher und -Besucherinnen zu profitieren, sind Maßnahmen zu verstetigen, die für mehr Partizipation sorgen.

Ein Berlin, das auf Mut baut

Berlin ist Sehnsuchtsort, Hauptstadt und Heimat von über drei Millionen Menschen. Die Faszination unserer Stadt ist nach wie vor ungebrochen. So kommt auch Berlin an seine Grenzen: Steigende Mieten, hohe Kaufpreise und lange Schlangen bei Immobilienbesichtigungen sind zur Regel geworden. Diesen Trend wollen wir durchbrechen, damit Berlin als pulsierende Metropole zukünftig allen Menschen, die zu uns kommen, aber auch allen, die einfach eine andere, passendere Wohnung suchen, ein Zuhause bieten kann. Der Berliner Sonderweg des „Mietendeckels“ ist ein Irrweg. Er schafft keinen zusätzlichen Wohnraum, sondern verknappt diesen und bremst Investitionen. Neue Quartiere und Wohnungen mit günstigeren Mieten werden in Berlin nur Wirklichkeit, wenn mit voller Energie gebaut wird. Dazu braucht es ein gleichberechtigtes Miteinander von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und privaten Wohnungsbaunternehmen. Nur wenn alle gemeinsam die Ärmel hochkrepeln und anpacken und die Verwaltung mutigen neuen Projekten schnell und bürokratiearm den Weg freimacht, können die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt gelöst werden. Begrünte Außenfassaden und als Gärten oder zur Energieerzeugung genutzte Dächer können dabei zugleich einen großen Beitrag zur Klimaanpassung leisten.

Nicht zuletzt muss es auch einfacher werden, sich in Berlin fortzubewegen. Wir wollen unsere Verkehrsinfrastruktur grundlegend modernisieren und Mobilität neu denken. Wir stehen hierbei für pragmatische, unideologische Lösungen, die die Daseinsberechtigung jedes Verkehrsmittels anerkennen und die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt rücken. Denn die meisten Berlinerinnen und Berliner sind nicht ausschließlich Fahrradfahrer, ÖPNV-Nutzerinnen oder Autofahrerinnen und Autofahrer, sondern entscheiden je nach Strecke, Situation, Wetter oder Laune, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Diese Wahl soll ihnen so einfach wie möglich gemacht werden. Für all das muss sich das Land Berlin auf seine Kernaufgaben konzentrieren und diese bestmöglich umsetzen.

Bauen und Wohnen

Der Wohnungsmarkt ist der Schlüsselmarkt für die Zukunft Berlins. Berlin kann nur dann eine weltoffene Stadt bleiben, wenn Gäste sowie Neuberliner und Neuberlinerinnen hier auch eine Wohnung finden können und es ausreichend Wohnungsangebote für ein passendes Zuhause für alle Berlinerinnen und Berliner gibt. Berlin kann nur dann wachsen, wenn Familien nicht in den Speckgürtel verdrängt werden, weil Wohnen in der Stadt unerschwinglich wird. Unternehmen werden nur dann qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte finden, wenn diese auch eine Möglichkeit haben, in Berlin angemessenen Wohnraum zu finden. Mit Sorge nehmen wir wahr, dass in der politischen Debatte immer

schrillere dirigistische Eingriffe in den Wohnungsmarkt gefordert werden, mitunter jenseits unserer Verfassung. Mehr Angebot an Wohnraum wird so nicht geschaffen. Das Schaffen von neuem Wohnraum steht im Mittelpunkt unserer Stadtentwicklungspolitik. Wir wollen uns daran messen lassen, bis 2030 zusätzliche 200.000 Wohnungen ermöglicht zu haben.

Bauen

Der weitaus größte Teil der Wohnungen in Berlin wird von privaten Projektentwicklern und -entwicklerinnen sowie Investorinnen und Investoren errichtet. Das muss auch in Zukunft so bleiben, denn ausreichender zusätzlicher Wohnraum kann nicht von staatlicher Seite allein zur Verfügung gestellt werden. Nur wenn die Politik diesen grundsätzlichen Wirkmechanismus versteht, den Wohnungsbau aktiv unterstützt und ihn nicht als Bedrohung sieht, kann der notwendige Wohnraum in allen Stadtteilen, Lagen und Preissegmenten geschaffen werden. Die Herausforderung wird darin bestehen, alle Stellschrauben zur Erhöhung der Neubauaktivität zu nutzen.

- Wir werden die Landesbauordnung deutlich entschlacken und vereinheitlichen. Mittels unserer Komplettüberarbeitung der Bauordnung werden bürokratische Hürden gesenkt, Verfahren gestrafft, und die Vereinfachung baulicher Regelungen wird zur Beschleunigung beitragen. Das Bauen wird hierdurch einfacher und schneller, günstiger und flächensparender.
- Mit der Einführung einer Typenbaugenehmigung wird eine Verwaltungsvereinfachung für bauliche Anlagen geschaffen, die in derselben Ausführung an mehreren Stellen errichtet werden können. Hierdurch wird das Bauen schneller, weil der Bauherr oder die Bauherrin nur noch eine Genehmigung für typengleiche Bauten benötigt.
- Um das Zuständigkeitspingpong zu beenden und gegenseitige Blockaden zu lösen, wollen wir das Bauplanungsrecht von den Bezirken auf die Senatsverwaltung übertragen. Aus diesem Grund wollen wir die personelle Ausstattung der Stadtplanungs- und Städtebauabteilungen sowie Projekte in der Senatsverwaltung erhöhen und ausbauen.
- Wir wollen schnellstens ein Baulückenkataster einführen, um eine systematische Erfassung von Baulücken in Berlin zu gewährleisten, die dann der Stadtplanung zugeführt werden kann.
- Entwicklungsgebiete, die bereits jetzt zur Verfügung stehen und für die es fertige Bebauungspläne gibt, etwa die Elisabeth-Aue und der Blankenburger Süden, werden wir fertigstellen.
- Wir wollen Grundstücke, die mittel- oder unmittelbar in Landeseigentum sind und nicht für künftige Aufgaben benötigt werden, veräußern, um Wohnraum zu schaffen. Genossenschaften wollen wir bei der Grundstücksvergabe stärker berücksichtigen.

- Es hat für uns Priorität, stadtweit neue Flächenpotenziale zu erkennen und diese vorrangig für den Wohnungsbau und die gewerbliche Nutzung zur Verfügung zu stellen. Dabei müssen auch unkonventionelle Wege gegangen werden. Wir wollen daher die Aufstockung von Einzelhandels- und anderen geeigneten Flächen mit Wohngeschossen sowie die Einhausung oder Überdeckelung von Verkehrsflächen, insbesondere die Überdeckelung der Stadtautobahn rund um das Dreieck Funkturm. Außerdem wollen wir einen Entwicklungsplan für die Nutzung von Ufer- und Wasserflächen erstellen, ohne bislang öffentlich zugängliche Uferflächen zu privatisieren.
- Wir wollen die notwendigen Verwaltungsprozesse deutlich beschleunigen. Für Planungen und Genehmigungen benötigt Berlin daher schnellere, vorhersagbare und einklagbare Verwaltungsentscheidungen und ein besseres Investitionsklima. Wir wollen eine Digitalisierung des Planungs- und Genehmigungsprozesses erreichen.
- Städtebauliche Verträge als „ausgehandeltes Bauordnungsrecht durch die Hintertür“ wollen wir abschaffen. Verbindliche Bauleitplanungen und das Bauordnungsrecht schaffen die notwendige Verlässlichkeit für Investorinnen und Investoren.
- Bis zum Jahr 2031 wollen wir eine aktualisierte, verbindliche Bauleitplanung für die gesamte Stadt – jedenfalls aber für die Flächen innerhalb des S-Bahn-Rings. Dabei wollen wir verstärkt von „urbanen Gebieten“ (§ 6a BauNVO) Gebrauch machen, um eine höhere Verdichtung und ein besseres großstädtisches Miteinander zu ermöglichen.
- Wir wollen eine schlanke und inklusive Bauleitplanung. Dafür sind die Ausführungsvorschriften dergestalt anzupassen, dass alle unmittelbar von der Planung Betroffenen (insbesondere die Öffentlichkeit) von Beginn der Planung an zwingend zu beteiligen sind (beispielsweise über meinberlin.de). Schon bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes muss vonseiten der Verwaltung deutlicher begründet werden, welche Vor- und Nachteile sich für den Bezirk aus der Planung ergeben, um nachgelagerten Verfahren und Verzögerungen vorzubeugen.
- Den an vielen Stellen schon überholten Baunutzungsplan im Westteil der Stadt wollen wir schnellstmöglich mit besser auf die aktuellen Bedürfnisse und Entwicklungen der Stadt ausgerichteten Festsetzungen überplanen. In der Zwischenzeit sind Baugenehmigungen nach § 34 BauGB zu erteilen, sofern ihnen keine übergeordneten Planungserfordernisse entgegenstehen.
- Wir wollen auch Potenziale im Berliner Umland erschließen – dazu muss die gemeinsame Landesplanung im Rahmen eines Masterplans für die Metropolregion dringend weiterentwickelt werden.
- Die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) kann die so wichtigen Antworten auf die unterschiedlichen Herausforderungen der Bundesländer Berlin und

Brandenburg in der gemeinsamen Metropolregion geben und die beiden Länder durch länderübergreifende Ansätze und Konzepte enger miteinander verbinden.

- Kleingärten sind für uns als urbanes Grün erhaltenswert; insbesondere im S-Bahn-Ring und seinem Umfeld müssen sie jedoch auch einen Beitrag zur Schaffung von Wohnraum und sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen, Sportanlagen) leisten. Die Einführung eines Kleingartenflächensicherungsgesetzes lehnen wir daher ab. Wir wollen stattdessen ein berlinweites Kleingartenmanagement einrichten und Ersatzflächenangebote außerhalb der Stadt unterbreiten.
- Wir wollen auch im Bestand nachverdichten. Berlin darf nicht nur in die Fläche wachsen, sondern muss auch weiter in die Höhe ragen, nicht nur innerhalb des S-Bahn-Rings, sondern auch darüber hinaus.
- Wir fordern die Ermöglichung einer um 20 Prozent größeren Wohnfläche, u. a. durch Anhebung der Traufhöhe um mindestens ein weiteres Vollgeschoss.
- Wir wollen ein Sofortprogramm „10.000 Dächer für Berlin“, das einen unkomplizierten Dachausbau und die Sonder-AfA für Mietwohnungsbau auch für Dachausbauten ermöglicht.
- Wir wollen endlich den Durchbruch beim Hochhausbau. Dazu werden wir als vorrangiges Teilprojekt des Stadtentwicklungskonzepts 2030 ein Hochhausentwicklungskonzept erarbeiten. Für Hochhäuser wollen wir sofortige Genehmigungen in einem beschleunigten Prozess ermöglichen, sofern die Kriterien des Hochhausentwicklungsplans eingehalten werden. Bei der Realisierung wollen wir mindestens 20 Prozent des hier geschaffenen Wohnraums mit einer Mietpreisbindung unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete belegen.
- Wir brauchen planungsrechtliche Sicherheit für die Nachnutzung von Modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF), damit schnell klar ist, ob sie als Wohnungen weiter genutzt werden können.
- Werden baureife Grundstücke über Jahre hinweg nicht bebaut, ist § 85 BauGB (das „Baugebot“) als letztes Mittel in Erwägung zu ziehen.
- Der Denkmalschutz Berlin sollte schließlich von einem Blockierer vieler Bauprojekte zu einem kreativen Ermöglicher werden. Modernisierungen wie etwa automatische Türen und Fahrstühle, die auch zur Barrierefreiheit beitragen, dürfen grundsätzlich nicht mehr verhindert werden. Zudem sollen Eigentümerinnen und Eigentümer unter bestimmten Voraussetzungen ein Widerspruchsrecht erhalten, wenn etwas unter Denkmalschutz gestellt wird, beispielsweise wenn Bauten zwar architektonisch bestimmte Stile widerspiegeln, aber eher aus der Not heraus und ohne besondere stilistische Ansprüche gebaut wurden.
- Im Brandschutz wollen wir eine sinnvolle Relation von Aufwand und Nutzen erreichen. In den Höfen von Wohngebäuden sollen Notleitern als einfach zu erstellender und

sehr wirksamer zweiter Rettungsweg für die überwiegende Zahl der gefährdeten Personen erlaubt und als Regellösung in die BauO Bln aufgenommen werden. Gegenargumente der Feuerwehr sollen dabei systematisch und genau geprüft und strukturiert werden.

Randbebauung Tempelhofer Feld – baut auf diese Stadt!

Das derzeit ungenutzte Tempelhof-Areal ist eine der größten Potenzialflächen unserer Stadt. Aber es ist als Folge des Volksentscheids von 2014 für eine Weiterentwicklung gesperrt. In den sieben Jahren seit diesem Volksentscheid hat sich die Lage am Mietwohnungsmarkt allerdings drastisch verschärft. Doch der Linkskoalition ist das Thema Bauen fremd. Sie ergeht sich stattdessen in ideologiegetriebener Wohnungsbauverweigerung. Wir wollen diese Bremsen endlich lösen, denn es geht um viel mehr als nur die Entwicklung des Tempelhofer Rands. Berlin muss sich entscheiden, ob es weiter Versuchslabor für ideologische Experimente sein oder Probleme endlich lösen will.

- Wir wollen einen erneuten Volksentscheid für eine Randbebauung. Dabei wollen wir für das neue Viertel eine „Berliner Mischung“ vorsehen, die Haushalte mit unterschiedlichen Einkommen und ein Miteinander von Wohnen und Gewerbe zulässt.
- Für ein großes Angebot an Wohnraum soll ein Dreiklang etabliert werden: ein Drittel Genossenschaftsbau, ein Drittel öffentlicher Wohnungsbau, ein Drittel privater Wohnungsbau. Dabei wünschen wir uns keine eintönige, sondern eine zukunftsweisende Bebauung.

Wohnen und Mieten

Die Einzigartigkeit Berlins liegt insbesondere in der Vielfalt der unterschiedlichen Viertel, Nachbarschaften und Kieze, die sich ständig weiterentwickeln. Vor allem durch die Individualität der Nachbarinnen und Nachbarn und deren einzigartiges Lebensgefühl entsteht ein vielfältiges Miteinander. Das kann jedoch nur gewährleistet werden, wenn Bürokratie und Verordnungen nicht das Leben übernehmen oder steuern, sondern Wohnungen für alle Lebensentwürfe zur Verfügung stehen.

- Wir wollen ein Berlin für alle schaffen und städtebauliche Konzepte entwickeln, die eine lebendige, ausgewogene soziale und Nutzungsmischung ermöglichen.
- Wir wollen die „Mietpreispbremse“ in Berlin beenden und den „Mietendeckel“ abschaffen, denn dadurch wird keine zusätzliche Wohnung gebaut. Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Mietspiegel muss wieder aufgenommen werden, um eine Fortschreibung des Mietspiegels gewährleisten zu können.
- Milieuschutzgebiete und die damit verbundenen Einschränkungen werden wir abschaffen, sie haben sich in der Vergangenheit als komplett wirkungslos erwiesen.

Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen müssen weiterhin realisierbar sein, um möglichst vielen Menschen eine Eigentumsbildung zu ermöglichen.

- Wir werden die teure und ineffektive Ausübung des bezirklichen Vorkaufsrechts beenden. Das eigentliche Ziel, die Entspannung des Wohnungsmarktes, kann dieses Vorgehen nicht erreichen, denn durch den Kauf von Wohnungen entsteht nicht ein einziger Quadratmeter neuen Wohnraums. Die Bezirke tragen mit dieser Vorgehensweise auch nicht dazu bei, Spekulantinnen und Spekulanten den Markt zu entziehen, sondern verknappen das Angebot künstlich weiter und setzen eine Preisspirale nach oben in Gang. An der Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen ändert sich nichts.
- Wir wollen das Zweckentfremdungsverbot abschaffen und Homesharing wieder uneingeschränkt zulassen.
- Alle neuen und bestehenden Gesetze sollten einer sogenannten Wohnkostenfolgeschätzung, also einem Mieten-TÜV, unterzogen werden. Mit dem Mieten-TÜV wollen wir die Auswirkungen bestimmter Gesetze auf die Mieten unserer Stadt prüfen.
- Der eigenbestimmte Mensch steht bei uns im Vordergrund, daher werden wir das Wohngeld zu einer Unterstützungsleistung aus einem Guss machen. Wir streben eine Erweiterung des Wohngelds an, die neben Bundesmitteln auch eine regionale Komponente einbezieht. Für uns gilt Subjekt- statt Objektförderung.
- Das Wohnraumförderungsgesetz wollen wir zielorientiert auf den Prüfstand stellen, sodass die Unterstützung wirklich bei denen ankommt, die sie benötigen. Aus diesem Grund wollen wir den Fehlgebrauch beim Wohnberechtigungsschein (WBS) verhindern und geförderten Wohnraum möglichst zielgerichtet einsetzen.
- Auch der Erwerb von Belegungsrechten von Bestandshaltern auf Zeit ist ein sinnvoller Baustein zur Erhaltung der sozialen Durchmischung in Quartieren. Dabei erwirbt das Land Berlin das Recht auf Belegung von Wohnraum, welcher dann zu vergünstigten Konditionen vermietet wird. Die Mieteinnahmen des Vermieters oder der Vermieterin setzen sich also aus dem Mietzins und dem vom Land bezahlten Entgelt für die Belegung zusammen.
- Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen eine gute soziale Mischung in ihrem Wohnungsbestand sichern. Die Erhöhung von festen WBS-Quoten lehnen wir hierbei allerdings ab.

Mehr selbst genutztes Wohneigentum statt Volkseigentum

Die Wohneigentumsquote stagniert nun im achten Jahr in Folge. Die Chancen niedriger Zinsen haben die Haushalte entsprechend nicht genutzt bzw. sie konnten diese nicht nutzen. Besonders niedrig ist die Eigentumsquote in Berlin, wo sie weit unter dem

Bundesdurchschnitt liegt. Viele Menschen träumen jedoch von einer selbst genutzten Wohnung im Eigentum. Daher wollen wir die Eigentumsquote in Berlin deutlich erhöhen. Nur wenn die Menschen in ihren eigenen vier Wänden wohnen, sind sie wirklich vor Verdrängung geschützt. Neben positiven Effekten auf die Vermögensbildung und Altersvorsorge ist eine höhere Eigentumsquote auch stadtentwicklungspolitisch sinnvoll. Wo viele Menschen in ihrer eigenen Wohnung leben, steigt die Verantwortung für ihr eigenes Umfeld, die Verankerungen vor Ort werden weiter gestärkt, und die Kieze bleiben lebendig.

- Wir fordern daher die Ausweitung von Eigenkapitalersatzdarlehen, sodass mehr Menschen die Chance bekommen, ihre Mietwohnung selbst zu kaufen.
- Wir wollen ein Mietkaufmodell einführen. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden Wohnungen auf landeseigenen Grundstücken neu bauen. Ihre Ausstattung und Grundrisse genügen dabei einfachen, aber nachhaltigen Standards. Der Bau erfolgt in modularer Bauweise, um erschwingliche Kosten zu garantieren.
- Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Konzept zur Mieterprivatisierung in ihrem Bestand vorlegen, sodass möglichst viele Mieterinnen und Mieter ihre Wohnung erwerben können. In dieses Konzept wird der Mietkaufansatz für Bestandswohnungen ebenfalls aufgenommen.

Mobilität

Berlin wächst – und damit auch die Anzahl der Menschen und Güter, die sich täglich von A nach B bewegen. Daher ist es notwendig, unsere Infrastruktur zu modernisieren und Mobilität neu zu denken. Wir stehen hierbei für pragmatische, unideologische Lösungen, die die Daseinsberechtigung jedes Verkehrsmittels anerkennen und die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt rücken. Weder wollen wir den Autoverkehr aus der Innenstadt verdrängen noch ihn gezielt unattraktiv machen. Vielmehr wollen wir die Alternativen stärken: durch Investitionen in einen leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr, durch eine sichere und gut ausgebaute Fahrradinfrastruktur und durch moderne Mobilitätsangebote, in denen flexibel verschiedene Verkehrsmittel und -anbieter kombiniert werden können. Denn die meisten Berlinerinnen und Berliner sind nicht ausschließlich Fahrradfahrerinnen, ÖPNV-Nutzer oder Autofahrerinnen und Autofahrer, sondern entscheiden je nach Strecke, Situation, Wetter oder Laune, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Diese Wahl soll ihnen so einfach wie möglich gemacht werden. Und sie soll zukünftig noch vielfältiger werden: Berlin kann und soll beim Einsatz innovativer neuer Mobilitätslösungen Vorreiter werden. Die künftige smarte Mobilität in Berlin soll sich dabei auf eine Steigerung der Effektivität, Effizienz und Servicequalität der öffentlich und privat verfügbaren Verkehrsmittel ausrichten, die Nutzung und Akzeptanz neuer Mobilitätslösungen verbessern helfen und die individuelle Mobilität der Berlinerinnen und

Berliner durch effizientes Mobilitätsmanagement und gezielte Infrastrukturinvestitionen erhöhen.

- Wir wollen das Mobilitätsgesetz grundlegend überarbeiten, um einen fairen Ausgleich der Bedürfnisse aller Verkehrsarten zu erreichen.
- Für uns endet Berlin dabei nicht am S-Bahn-Ring. Innenstadt und Außenbereiche müssen ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Verkehrsangebot erhalten. Ein attraktives Mobilitätsangebot in die Außenbereiche und in die Metropolregion ist für die Entwicklung der Region unerlässlich. Regionalentwicklung und Verkehrsplanung müssen eng miteinander verbunden und mit Brandenburg abgestimmt sein. Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot für die Metropolregion Berlin kann auch einen entscheidenden Beitrag zur Entspannung der Lage auf dem Wohnungsmarkt im Innenstadtbereich leisten.
- Mobilität ist ein Bürgerrecht. Wir legen daher bei allen Mobilitätsangeboten besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit. Dass alle S- und U-Bahn-Stationen barrierefrei ausgebaut werden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.
- Wir setzen uns besonders für den Ausbau der U-Bahn ein. Wir wollen jedes Jahr im Umfang von ca. 1 bis 2 Kilometern neue U-Bahn-Strecken realisieren. Denn nur die U-Bahn kann den Anforderungen einer verdichteten Metropole an Fahrgastkapazität, Flächenverbrauch und Geschwindigkeit gerecht werden. Der Ausbau von U-Bahn-Strecken ist zwar vergleichsweise kostspielig, aber er ist es wert: Der Anschluss eines Stadtgebiets an das U-Bahn-Netz verbessert die Lebensqualität der Menschen, die dort wohnen oder arbeiten, spürbar. Die U-Bahn wird wie kein anderes Verkehrsmittel von den Fahrgästen akzeptiert und motiviert stark zum Umstieg auf den ÖPNV – denn anders als Bus und Straßenbahn steht sie nicht im Stau und legt Strecken im Vergleich erheblich zügiger zurück.
- Insbesondere wollen wir wichtige Lückenschlüsse im U-Bahn-Netz (U8 ins Märkische Viertel, U3 zum Mexikoplatz, U1 zum Ostkreuz, nach Halensee und perspektivisch nach Schmargendorf, U7 zum BER) schnell realisieren. Wir wollen die U5 vom Hauptbahnhof über Moabit und den Bahnhof Jungfernheide bis zur Urban Tech Republic Tegel verlängern. Auch wollen wir den Bau einer neuen U-Bahn-Express-Linie vom Alexanderplatz nach Marzahn-Mitte (bis Glambecker Ring) über Weißensee und Hohenschönhausen beginnen.
- Beim Ausbau des S-Bahn-Netzes haben für uns die bessere Anbindung der Außenbereiche Berlins und der zweigleisige Ausbau bisher eingleisiger Streckenabschnitte (etwa die Verbindung nach Teltow und die eingleisigen Abschnitte im früheren Verlauf der Mauer) Priorität.
- Wir wollen das mit Brandenburg vereinbarte i2030-Programm zum Ausbau der Schieneninfrastruktur in der Metropolregion zügig umsetzen. Dabei wollen wir die

Maßnahmen vorziehen, die besonders schnell umsetzbar sind, um schnell sichtbare Erfolge erzielen zu können.

- Die Struktur der Ausschreibung von S-Bahn-Leistungen soll so gestaltet werden, dass ein zentraler Fahrzeugpark für die gesamte S-Bahn vorzusehen ist, um langfristige Planungen zu ermöglichen, Flexibilität zu gewährleisten und die Monopolstellung einzelner Betreiber zu verhindern.
- Die Straßenbahn kann insbesondere zur Erschließung der Außenbezirke ein sinnvolles Verkehrsangebot darstellen. Hohe Passagierzahlen können jedoch nur durch U- und S-Bahn als leistungsfähigste und schnellste Schienenverkehrssysteme bewältigt werden. In jedem Falle wollen wir den Ausbau der Straßenbahn auf Strecken konzentrieren, auf denen sie weitgehend auf eigenen Trassen, wie z. B. Mittelstreifen, ggf. auch aufgeständert, geführt werden kann.
- Der ÖPNV muss attraktiver werden. Wir fordern einen durchgängigen Nachtverkehr, eine Takterhöhung hochfrequentierter Verbindungen, eine bessere Erschließung der Außenbereiche durch flexible Rufbussysteme, Bezahlung über zeitgemäße digitale Bezahlsysteme und die Möglichkeit zur Echtzeitverfolgung von Bussen und Bahnen und der Auslastung einzelner Wagen und Fahrzeuge. Wir setzen die Priorität klar auf eine höhere Qualität des ÖPNV (Schnelligkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit, Sicherheit, Komfort und Barrierefreiheit), denn dies ist die entscheidende Voraussetzung für einen attraktiven ÖPNV.
- Wir wollen, dass bei jeder Investition in die Schieneninfrastruktur die technischen und konstruktiven Voraussetzungen für eine Automatisierung bzw. für den fahrerlosen Betrieb mitgedacht werden.
- Ein Zwangsticket für den ÖPNV lehnen wir hingegen ab, denn es ist auch Ausdruck von Wahlfreiheit, sich gegen ein Verkehrsmittel entscheiden zu dürfen.
- Wir fordern, dass sich die BVG weiterhin über private Werbung an ihren Fahrzeugen finanzieren kann.
- Wir brauchen ein stadtübergreifendes, zusammenhängendes Wegekonzept für das Fahrrad mit neuen Fahrradschnellwegen. Fahrradwege sind, wo möglich, stets baulich von der übrigen Fahrbahn zu trennen, farblich zu markieren und so breit zu halten, dass ein gefahrloses Überholen möglich ist.
- Die Einrichtung von Pop-up-Radwegen aus purem Aktionismus lehnen wir ab. Während Radfahrer und Radfahrerinnen, beispielsweise auf der Kantstraße, mit einer Notlösung vorliebnehmen müssen, werden der Autoverkehr, Rettungsdienste und Busse ausgebremst. Wir setzen hingegen auf bauliche Lösungen, die zu einer Verbesserung des Verkehrsflusses für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer führen und nicht bloß mit ein bisschen bunter Farbe einseitig Fakten schaffen.

- Fahrradstraßen parallel zu Hauptstraßen nach dem Beispiel der Linienstraße wollen wir deutlich ausweiten und das Netz von Fahrradstraßen erheblich vergrößern. Im Gegenzug kann die Radinfrastruktur an den parallel liegenden Hauptstraßen klein gehalten werden.
- Auf Nebenstraßen soll Kopfsteinpflaster verstärkt durch glatte Fahrbahnbeläge ersetzt werden, sodass diese Straßen von Fahrradfahrern und -fahrerinnen als Routen abseits der Hauptstraßen genutzt werden können.
- An stark frequentierten Orten, insbesondere Bahnhöfen, sollen Fahrradparkhäuser – auch unterirdisch – entstehen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Fahrradparkhäuser so gestaltet werden, dass das morgens abgestellte Rad auch am Abend noch vorhanden ist.
- Die meisten Wege werden zu Fuß bewältigt. Gerade Kinder, ältere Menschen und solche mit Mobilitätseinschränkungen sind auf barrierefreie, sichere Gehwege angewiesen. Wir werden die Bedingungen für den Fußverkehr verbessern. An allen Kreuzungen sind dazu die Straßenquerungen barrierefrei zu gestalten.
- Unfallschwerpunkte, insbesondere für den Fuß- und Fahrradverkehr, müssen konsequent entschärft werden. Gefährliche Kreuzungen sind umzubauen. Ampeln für Fußgänger und Fußgängerinnen sowie Radfahrerinnen und Radfahrer sollen vor den Ampeln für abbiegende Fahrzeuge geschaltet werden, um Abbiegeunfälle zu reduzieren. An Kreuzungen sind Aufstellflächen für Radfahrende vor dem haltenden Autoverkehr einzurichten, um Unfälle zu reduzieren und den Verkehrsfluss zu verbessern. Es ist unser politisches Ziel, dass es in Berlin keine Verkehrstoten mehr gibt.
- Auch das Straßennetz ist weiter auszubauen. Kapazitätsstarke, gut erreichbare Schnellstraßen entlasten die Kieze von unnötigem Durchfahrverkehr und verbessern damit die Wohnqualität in der Stadt. Vor allem der Berliner Osten ist weiterhin unzureichend an das Hauptstraßennetz angeschlossen. Die zügige Fertigstellung der A100, einschließlich ihres 17. Bauabschnitts, und der Tangentialverbindung Ost (TVO) sowie neuer Straßenverbindungen, vor allem im Nordosten und Süden der Stadt, haben für uns daher weiterhin Priorität. Eine weitere Reduzierung der Kapazitäten bestehender Durchgangsstraßen und die vom Senat im Stadtentwicklungsplan Verkehr geplante Herabstufung fast aller wichtigen Verbindungsstraßen in der Innenstadt lehnen wir ab.
- Zur Reduzierung der Staus auf unseren Straßen fordern wir ein zentrales Baustellenmanagement, das die zahlreichen Baustellen abstimmt und beschleunigt.
- Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Hauptverkehrsstraßen auf 30 km/h lehnen wir als unverhältnismäßig ab: Der Sicherheitsgewinn auf durchschnittlich bis gut ausgebauten Straßen ist gering. Auch der Effekt auf die Luftqualität ist äußerst überschaubar, wie der gescheiterte Versuch auf der Leipziger Straße gezeigt hat.

- Dieselfahrverbote lehnen wir als „schleichende Enteignung“ der Fahrzeugbesitzerinnen und -besitzer grundsätzlich ab. Für Straßenabschnitte mit bereits bestehenden oder geplanten Fahrverboten müssen umgehend lokale Maßnahmen zur Senkung der Luftbelastung umgesetzt werden, um Fahrverbote wieder aufheben zu können. Vorrang haben für uns stets andere Maßnahmen zur Reduzierung der Luftbelastung: eine optimale Verkehrssteuerung, grüne Wellen und städtebauliche Maßnahmen zur Durchlüftung, großflächige Fassadenbegrünung oder die Errichtung von „City Trees“ (vertikal gepflanzten Moosflächen, die als Filter für die Berliner Luft dienen).
- Fließender Verkehr hat für uns Vorrang vor ruhendem Verkehr. Entscheidend ist, überall ein an der Nachfrage ausgerichtetes Parkplatzangebot bereitzustellen und Parkplätze nicht künstlich zu verknappen. Wir begrüßen deshalb den Bau von Tiefgaragen und wollen Genehmigungen erleichtern. Über Smart-City-Technologien ermöglichen wir intelligente, smartphonegestützte Parkleit- und Parkbuchungssysteme mit nachfrageabhängigen Parkgebühren.
- Wir wollen darauf hinwirken, dass Supermarktparkplätze oder Stellflächen der öffentlichen Verwaltung außerhalb der Öffnungszeiten für Anwohnerinnen und Anwohner geöffnet werden. Durch diese Möglichkeiten können auch parkende Autos von der Straße geholt werden, wodurch neuer Platz gewonnen wird.
- Den Pendlerverkehr wollen wir mittels attraktiver Tür-zu-Tür-Angebote mit flexiblen Rufbussystemen, Carsharing und P&R-Parkplätzen weit vor der Stadt verstärkt in den ÖPNV verlagern. Eine City-Maut lehnen wir hingegen ab, insbesondere aus sozialen Gründen.
- Die umwelt-, ressourcen- und zeitschonendste Form der Fortbewegung ist die von vornherein vermiedene. Teil eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes ist es daher, auch zukünftig Stadtquartiere nach der „Berliner Mischung“ zu planen, also Wohnflächen, Nahversorgung und Arbeitsplatzangebote örtlich zu konzentrieren. Die Erleichterung von Homeoffice und die Entzerrung von Arbeitszeiten reduzieren die tagtäglich gefahrenen Strecken weiter.
- Bike- und E-Roller-Sharing sind wertvolle Bereicherungen für den Verkehrsmix. Wir setzen uns aber für Lösungen zur geordneten Abstellung im Straßenraum mit entsprechenden Anreizen für Anbieter sowie Nutzerinnen und Nutzer ein.
- Auch wollen wir, dass das Land Berlin mit Carsharing- und Bikesharing-Anbietern in Gespräche eintritt, um ein kombiniertes Monatsticket für den ÖPNV mit einem Minutenkontingent für die Dienste der Sharing-Economy anbieten zu können.
- Im Interesse der Kundinnen und Kunden setzen wir auf eine Liberalisierung des Taximarkts und wollen zusätzlichen Anbietern ermöglichen, neue Geschäftsmodelle für die gewerbliche Personenbeförderung zu verwirklichen. Dabei muss ein Rahmen

von gleichen, fairen Regeln für alle Anbieter gesetzt werden. Das Personenbeförderungsgesetz muss reformiert und den heutigen technischen Möglichkeiten angepasst werden. Alle Berliner Taxis sollen das Recht haben, am BER Passagiere aufzunehmen.

- Mit Smart-City-Infrastruktur wollen wir in ein neues Zeitalter der intelligenten, datengestützten Verkehrsplanung eintreten. In der Stadt verteilte, stationäre Verkehrssensorik soll dabei helfen, Verkehrsströme und Transportwege zu optimieren und zu einer effektiven und effizienten, ganzheitlichen Verkehrsinfrastruktur- und Verkehrssystemplanung zu gelangen.
- Im autonomen Fahren steckt das Potenzial, Autofahren sicherer und umweltschonender zu machen und – durch Flotten autonomer Kleintaxis – attraktive Alternativen zum eigenen Auto zu schaffen. Infolge des frei werdenden Parkraums würde die Berliner Innenstadt lebenswerter. Wir wollen, dass Berlin eine führende Rolle bei der Einführung dieser Technologie übernimmt. Car2x-Infrastruktur sollte frühzeitig flächendeckend eingeführt werden. Der Betrieb autonomer Pkw und Busse im öffentlichen Verkehrsraum sollte vorangetrieben werden. Im Bund wollen wir uns dafür einsetzen, verbleibende Rechtsunsicherheiten im Kontext des autonomen Fahrens zügig zu beseitigen.
- Auch die Erprobung von neuen Antriebstechnologien bietet Chancen für Berlin. In Kooperation mit der Privatwirtschaft wollen wir die Ladeinfrastruktur und die Tankinfrastruktur für Wasserstoff im Stadtgebiet ausbauen und Berlin zum Testgelände für neue Technologien machen. Die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sollte im öffentlichen Straßenraum auf Schnellladesäulen setzen.
- Wir wollen neuen, innovativen Verkehrssystemen in Berlin eine Chance geben. Urbane Seilbahnen, People Mover, Monorails, Hyperloop-Verbindungen im überregionalen Personen- und Güterverkehr o.Ä. sollen bei künftigen Infrastrukturinvestitionen als Alternativen ernsthaft in Betracht gezogen werden. Auch den Personenverkehr auf dem Wasser wollen wir mit elektrisch betriebenen Fähren und neuen Shuttle-Angeboten ausweiten und in den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) integrieren.
- Wir wollen Angebote zur intelligenten Optimierung des Wirtschaftsverkehrs schaffen, die dazu beitragen, die Transportleistung wirtschaftlicher und umweltfreundlicher zu erbringen und die Belastung der Verkehrssysteme zu verringern. Es sollen Rahmenbedingungen definiert werden, um den Aufbau von Paketstationen, Micro-Hubs und vernetzten Logistiklösungen im innerstädtischen Wirtschaftsverkehr durch private Unternehmen – ebenso wie Logistikplattformen der Logistikkunden und -kundinnen – zu ermöglichen.

Ein Berlin, in dem die Politik rechnen kann

Für uns Liberale ist es von besonderer Bedeutung, mit dem Steuergeld der Berlinerinnen und Berliner ressourcenschonend und nachhaltig umzugehen, sodass auch nachfolgende Generationen finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten haben. Eine lebenswerte Stadt, pulsierend und international aufgestellt, braucht auch solide Einnahmen. Staatsausgaben müssen unter besonderer Beachtung der Sparsamkeit, von klaren Regeln, aber ebenso der Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Stadt funktioniert und einzelne Projekte nicht in ihrer Finanzierung ausufern. Denn wie beim Schutz der Umwelt, unserer natürlichen Lebensgrundlage, müssen wir auch mit dem Landeshaushalt, also dem Steuergeld der Berlinerinnen und Berliner, ressourcenschonend und nachhaltig umgehen. Bei den Finanzen unserer Stadt setzen wir auf eine Politik, die rechnen kann. Wir orientieren uns deshalb bei unserem Handeln an marktwirtschaftlichen Prinzipien und setzen auf den technischen Fortschritt, um wirksame Maßnahmen zu entwickeln und zielgerichtet umzusetzen.

Haushalt und Finanzen

Jeder eingenommene Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Gerade wegen der aktuellen Mehrausgaben und Mindereinnahmen aufgrund der Corona-Pandemie ist es notwendig, so schnell wie möglich wieder zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung zurückzukehren, um künftige Generationen nicht noch stärker zu belasten. Schattenhaushalte wird es mit uns nicht geben. Denn nur eine solide und seriöse Haushaltsführung ermöglicht dauerhaft den politischen Handlungsspielraum, um unsere Stadt weiterzuentwickeln.

- Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt: Die gesetzliche Schuldenbremse hat sich bewährt und lässt auch in Krisenzeiten ausreichend finanziellen Spielraum. Sie muss somit nach Überwindung der Pandemie wieder eingehalten werden. Anders als der Berliner Senat halten wir es in der aktuellen Krise nicht für vertretbar, mehr Schulden aufzunehmen, als aktuell benötigt werden, nur um dann eine Rücklage zu bilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass zusätzlich alle Extrahaushalte in die Schuldenbremse einbezogen werden, um Schattenhaushalte und eine Umgehung der Schuldenbremse zu verhindern.
- Darüber hinaus fordern wir einen weiteren Schuldenabbau zugunsten künftiger Generationen ein. Das Ziel sollte sein, die Pro-Kopf-Verschuldung zunächst auf den Schnitt der anderen Bundesländer zu senken.
- Wir wollen die Landeseinnahmen durch Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum steigern, nicht durch Steuererhöhungen. Um dies zu erreichen, werden wir wieder verstärkt auf die Soziale Marktwirtschaft als Instrument setzen.

- Der Landesrechnungshof ist eine der wichtigsten Einrichtungen des Landes. Dank unserer Initiative wurden die Prüfungskompetenzen des Rechnungshofes erweitert, und er ist nun in der Lage, die landeseigenen Wohnungsunternehmen zu überprüfen. Wir wollen den Rechnungshof weiter stärken, sowohl institutionell als auch personell. Der Rechnungshof ist eine vertrauenswürdige Kontrollinstanz, die die Haushaltspolitik kritisch begleitet und überprüft und deren Empfehlungen wir schätzen.
- Das Land Berlin besitzt eine Vielzahl an landeseigenen Grundstücken, die weder heute noch in Zukunft benötigt werden. Wir wollen diese Grundstücke zügig an private Akteurinnen und Akteure übertragen, um den Neubau von Wohnungen und Gewerbeflächen zu beschleunigen.
- Sparen und investieren sind kein Widerspruch: In Zukunft wollen wir Überschüsse zur Hälfte für Investitionen und zur Hälfte zum Schuldenabbau nutzen. Trotz Ausgabendisziplin wollen wir den Investitionsanteil am Landeshaushalt erhöhen. Wir dürfen unsere Schulen und Polizeigebäude, unsere Infrastruktur nicht weiter verfallen lassen.
- Wir fordern, dass die Mittel im „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds“ (SIWANA) wieder ihrem ursprünglichen Zweck dienen und ausschließlich in die Sanierung und den Ausbau von Infrastrukturen dieser Stadt investiert werden. Den Missbrauch dieser Mittel für sachfremde Ausgaben lehnen wir entschieden ab. Gleichzeitig gilt, dass die Sanierung, der Neubau und der Unterhalt der Berliner Infrastruktur dauerhaft ausreichend im regulären Haushalt abgebildet werden müssen.
- Wir werden die Finanzierung sogenannter runder Tische und Gesprächskreise aus Steuermitteln beenden und darauf drängen, dass Planungs- und Beteiligungsprozesse schneller und effizienter ablaufen.
- Wir werden alle ideologisch geförderten Kleinstprojekte auf ihre Kosten und ihren Nutzen hin überprüfen und ggf. auflösen, um die Staatsquote weiter zurückzufahren.
- Wir wollen neue Gebäudeanmietungen und den Flächenverbrauch der Landesverwaltung nur noch im Verhältnis zum Personalaufwuchs zulassen. Dabei sollen neue Verwaltungsstandorte auch außerhalb des S-Bahn-Rings angesiedelt werden. Dies wird zum einen der dezentralen Struktur Berlins gerecht, zum anderen wird dadurch vermieden, dass das Land mit zukünftigen Gebäudeanmietungen den Druck auf Gewerbemieten in zentralen Lagen verstärkt.
- Wir fordern, die Einstellungsverfahren zu beschleunigen. Vor der Schaffung neuer Stellen muss die Besetzung jetzt schon vorhandener Vakanzen stehen. Wir sind überzeugt, dass mehr Personal allein die Probleme der Berliner Verwaltung nicht löst.

- Berlin als Arbeitgeber muss attraktiver und die Verwaltung vor allem effizienter werden, indem ihre Arbeitsplätze modern ausgestattet und Abläufe digitalisiert werden.
- Die Servicequalität für Bewerberinnen und Bewerber für öffentliche Stellen soll sich nicht länger an der Vergabepaxis von Terminen beim Bürgeramt orientieren. Für den Bewerbungsprozess muss ein bewerberfreundliches, digitales und einfaches Portal geschaffen werden. Darüber hinaus muss es möglich sein, dass Bewerberinnen und Bewerber ihren Bewerbungsstand einsehen können.

Privat vor Staat

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Private Unternehmen können Aufgaben kostengünstiger erledigen, wo Wettbewerb und Konkurrenz sie zur Effizienz zwingen. Daher setzen wir uns für privates Unternehmertum statt Staatswirtschaft ein. Wir möchten die unzähligen in den letzten Jahren gegründeten Beteiligungen zurückführen. Dort, wo mehrere Private als Problemlöserinnen und Problemlöser zur Verfügung stehen, sollte sich der Staat weitestgehend zurückziehen. Daseinsvorsorge bedeutet nicht zwingend, dass staatliche Unternehmen Leistungen erbringen müssen. Vielmehr hat der Staat hier eine besondere Verantwortung, die Erbringung der jeweiligen Dienstleistung zu angemessenen Konditionen sicherzustellen.

- Die Flughafengesellschaft Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) ist strukturell überschuldet. Dies ist vor allem ein Ergebnis des Missmanagements bei der Errichtung des BER. Ein Neustart muss zwingend mit einer Änderung der Eigentümerstruktur einhergehen. Dadurch wird die FBB nicht nur die notwendige Kapitalspritze, sondern auch zusätzliche Expertise erhalten. Diese benötigt sie nicht allein bei der finanziellen Sanierung, sondern gleichfalls für den weiteren Ausbau. Zudem fordern wir die transparente Aufarbeitung der gemachten Verluste, um herauszufinden, welche Verluste auf die FBB und welche auf die Pandemie zurückzuführen sind.
- Wir wollen die Berliner Stadtwerke GmbH abschaffen, da sie keinen Mehrwert gegenüber anderen privaten Energieversorgern bietet und erhebliche finanzielle Risiken für das Land bedeutet. Das Stadtwerk wird keinen signifikanten Beitrag zur Energiewende leisten können, denn moderne, fortschrittliche und nachhaltige Energieprojekte entstehen nicht durch politisch gesteuerte Landesunternehmen, sondern durch eine Vielzahl an Betrieben, die im Wettbewerb um die besten Lösungen konkurrieren.
- Eine weitere Rekommunalisierung von Energienetzen lehnen wir strikt ab. Sie verbessert weder die Versorgung, noch sorgt sie für ein günstigeres Angebot an die Verbraucherinnen und Verbraucher, noch bringt sie den notwendigen Umbau der Energiewirtschaft voran. Außerdem steht schon jetzt fest, dass die

Rekommunalisierung horrende Summen verschlingen wird, die im Landeshaushalt anders genutzt werden sollten und dann fehlen würden. Zudem existiert durch bestehende und weitere geplante Regulierungen ein nicht unerhebliches wirtschaftliches Risiko im Betrieb der Energienetze, das für das Land Berlin nicht tragbar ist.

- Wir wollen die Wohnraumversorgung Berlin AÖR abwickeln und die Fachaufsicht wieder durch die Senatsverwaltung wahrnehmen lassen. Mieterbeiratswahlen können von den Wohnungsbaugesellschaften bzw. deren Mieterinnen und Mietern eigenständig durchgeführt werden. Statt Wohnungen staatlich und durch Bürokratinnen und Bürokraten zuzuteilen, wollen wir Voraussetzungen schaffen, die allen die Chance geben, eine passende Wohnung zu finden.
- Die Enteignungsfantasien einiger politischer Akteurinnen und Akteure sind nicht nur ein Verstoß gegen das Grundgesetz, ein unannehmbarer Eingriff in die soziale Marktwirtschaft und vor allem keine Lösung für das Berliner Wohnungsproblem, sondern auch eine enorme Belastung für den Landeshaushalt. Mit horrenden Kostenprognosen würde sich Berlin in eine Rekordneuverschuldung stürzen, was zu massiven Kürzungen in allen anderen Bereichen führen und den Landeshaushalt zugunsten einiger weniger lahmlegen würde. Sie sind daher zurückzuweisen und strikt abzulehnen.
- Wir wollen die Berliner Bodenfonds GmbH (BBF) zur Verstaatlichung von Grund und Boden rückabwickeln. Statt immer mehr Grundstücke anzukaufen, müssen zunächst bestehende bebaut oder veräußert werden.
- Wir wollen die GB infraVelo GmbH auflösen, da sie gegenüber privaten Planern keinen Mehrwert bietet. Die Aufgaben sollen wieder in die dafür zuständige Senatsverwaltung eingegliedert werden. Mit der Gründung der GmbH entstand neben bereits bestehenden Verwaltungsstrukturen zwischen Senat und Bezirken eine weitere Planungsebene, welche die Umsetzung eher lähmt als verbessert.
- Dass das Land mit seiner immer noch zum größten Teil analogen Verwaltung ein privatwirtschaftliches Unternehmen gründet, um kleine und mittelständische Berliner Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse zu beraten, ist ein schlechter Scherz. Wir wollen deshalb die Digitalagentur Berlin GmbH (DAB) abschaffen, da die geplanten Aufgaben von privaten Unternehmen weitaus besser angeboten werden können und das Land weder die Expertise noch die personellen Kompetenzen dafür besitzt.
- Die Berlin Recycling GmbH ist von der Berliner Stadtreinigung (BSR) zu trennen, zu privatisieren und in den Wettbewerb zu entlassen. Während wir weiterhin bei der gesetzlich als hoheitlich definierten Abfallentsorgung auf die BSR als kommunales Unternehmen setzen, kann das Tochterunternehmen im wettbewerblichen Bereich

auf eigenen Füßen stehen. In Letztgenanntem existieren in Berlin diverse Entsorgungsunternehmen, die im Geschäftsfeld der Berlin Recycling tätig sind und mit ihr im Wettbewerb stehen.

- Die Tempelhof Projekt GmbH ist aufzulösen. Die Entwicklung des Flughafengebäudes dauert bereits jetzt zu lange, und die Kosten sind nicht mehr überschaubar. Die GmbH ist mit der Sanierung und Entwicklung des Gebäudes überfordert. Das Gebäude des Tempelhofer Flughafens können private, erfahrene Projektentwicklerinnen und Projektentwickler schneller und zielführender gestalten.
- Die Gründung von Unternehmen durch den Staat darf nicht zu einem Transparenzdefizit im Parlament führen, indem Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vorgeschoben werden, um Informationen zurückzuhalten. Informationen müssen dem demokratischen Entscheidungsprozess vollumfänglich zur Verfügung stehen.

Faire Steuern

Es bedarf endlich eines Updates für die Steuerpolitik mit einer Reformagenda zur Entlastung privater Haushalte, von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und wirtschaftlich Selbstständigen. Selbstverständlich haben alle nach ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit Steuern zu zahlen. Ein gerechtes und leistungsorientiertes Steuersystem bildet die Grundlage eines verantwortungsvollen Staates. Ein Steuersystem muss für jeden Einzelnen und jede Einzelne nachvollziehbar sein, um als fair akzeptiert zu werden. Gleichzeitig darf es Leistung nicht bestrafen. Wir stehen zum Gebot der Steuerfairness und stellen fest: Die Berliner FDP wird sich konsequent gegen jede Form von Steuer- und Abgabenerhöhungen einsetzen.

- Wir wollen einen einmaligen Grunderwerbsteuerfreibetrag auf den Kaufpreis einer selbst genutzten Wohnimmobilie von 750.000 € schaffen.
- Wir wollen sicherstellen, dass es durch die Neuberechnung der Grundsteuer ab 2025 nicht zu zusätzlichen Belastungen für Mieterinnen und Mieter bzw. Eigentümerinnen und Eigentümer kommt. Hierzu werden wir den Hebesatz für Berlin entsprechend anpassen.
- Wir wollen kommunale Bagatellsteuern wie die Hundesteuer abschaffen. Die Hundesteuer weist einen hohen Erhebungsaufwand auf, der in keinem Verhältnis zum Ertrag steht.
- Wir wollen künstliche Intelligenz einsetzen, um den Umsatzsteuerbetrug einzudämmen. Der Einsatz von intelligenter Software und Big Data kann auf der Steuerverwaltungsebene dazu beitragen, die Steuererhebung und -festsetzung effizienter zu gestalten. Die Anwendung künstlicher Intelligenz auch in der Steuerverwaltung mithilfe bereits marktgängiger Produkte und Softwarelösungen, beispielsweise zum Erkennen von Umsatzsteuerbetrug, soll vorangetrieben werden.

Energie und Umwelt

Umwelt- und Klimapolitik

Der Erhalt einer lebenswerten Umwelt, die Bewahrung von Natur und Artenvielfalt sowie das wirksame Reagieren auf die Herausforderungen des Klimawandels sind gerade auch in der Großstadt Berlin wichtige Ziele für uns. Die beste Umweltpolitik ist dabei für uns nicht eine, die die meisten Einschränkungen und Verbote verordnet, sondern eine, die die Ziele technologieoffen am effizientesten und wirksamsten erreicht. Unsere Klimaziele für Berlin richten sich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens aus.

- Neben dem Klimaschutz legen wir Freien Demokraten einen besonderen Fokus auf Klimaanpassungsmaßnahmen, denn das Klima in unserer Region verändert sich. Wir wollen die Klimaresilienz unserer Stadt stärken durch Maßnahmen zur Stadtdurchlüftung und zur Verschattung, zum Wassermanagement, zur Vorbereitung auf Extremwetterereignisse, zur Gesundheitsvorsorge und zum regelmäßigen Monitoring von Klimaveränderungen.
- Zur Vorsorge vor Katastrophenfällen muss der Austausch der Bezirke, des Landes, der Hilfsorganisationen, der Feuerwehr, des THW und des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) intensiviert werden.
- Stadtgrün und Biotop machen unsere Stadt lebenswerter und leisten einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz und zur Biodiversität. Die bemerkenswert große Artenvielfalt in Berlin wollen wir erhalten. Wir wollen in einer übergreifenden gesamtstädtischen Planung ausreichend Grünflächen in Berlin absichern und diese miteinander vernetzen, um ihren ökologischen Wert zu erhöhen. Deshalb wollen wir Instrumente entwickeln, um den Biotopverbund endlich dauerhaft zu schützen. Wir wollen hochwertige Flächen für die Natur wie Uferstreifen, Friedhofsflächen und Moore in ihrer Qualität erhalten.
- Parks, Grünflächen und Straßenbäume müssen in einem guten Zustand erhalten und sorgfältig gepflegt werden. Wir wollen die Qualität der Grünflächen erhöhen, unsere Straßenbäume regelmäßig nachpflanzen und deren kontinuierliche Pflege und Bewässerung sicherstellen.
- Saubere Gewässer sind ein wichtiger Bestandteil der Berliner Stadtlandschaft. Wir wollen deshalb die europäische Wasserrahmenrichtlinie zügig umsetzen. Dazu wollen wir u. a. in allen Klärwerken eine zusätzliche Klärstufe für Verunreinigungen durch Medikamentenrückstände und Mikroplastik aufbauen.
- Die immer noch viel zu großen Mengen an Schmutzwassereinleitungen in die Berliner Gewässer wollen wir künftig weitgehend verhindern. Dazu werden wir flächendeckend Maßnahmen zum Regenwassermanagement anstoßen und fördern. Neben Maßnahmen zur Schaffung von Stauraum in der Kanalisation setzen wir vor

allem auf dezentrale Ansätze zum Auffangen und Versickern von Regenwasser an Gebäuden und im Straßenraum. Dazu gehören Dach- und Fassadenbegrünungen, die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten in Höfen und an Straßen und Plätzen sowie die verstärkte Nutzung von Regenwasser zur Bewässerung von Bäumen und Grünanlagen. Wir wollen Pilotgebiete festlegen, in denen Maßnahmen zum Regenwassermanagement beispielhaft umgesetzt und gefördert werden.

- Wir wollen in der Abfallpolitik weitere Projekte zur Abfallvermeidung und -verwertung anstoßen und mit der Berliner Industrie auch „Cradle to Cradle“-Ansätze, also eine vollständige Kreislaufwirtschaft, entwickeln.
- Die verstärkte Sammlung der Bioabfälle ist nur sinnvoll, wenn auch neue Behandlungsanlagen nach neuestem technischem Standard gebaut werden.
- Im Bereich der Bau- und Sonderabfallentsorgung sind zusammen mit Brandenburg zügig neue Anlagenkapazitäten zu schaffen, um die gefährdete Entsorgungssicherheit wiederherzustellen.
- Wir wollen ein besseres Müllmanagement im Straßenraum und in unseren Grünflächen, um Vermüllung vor allem durch Sperrmüll zu verhindern. Dazu wollen wir die kostenlose Sperrmüllabholung einführen und verstärkt Kontrollen gegen illegale Abfallablagerungen in den Straßen durchführen.
- Die Luftqualität in Berlin wollen wir weiter verbessern. Dazu setzen wir u. a. auf eine optimale digitale Verkehrssteuerung, eine bessere städtebauliche Durchlüftung und geeignete Bepflanzungen, die Schadstoffe binden können.
- Wir wollen, dass die Betriebshöfe von Land, Bezirken und Eigenbetrieben ihren Beitrag zum klimafreundlichen Verkehr leisten. Auf den städtischen Grundstücken sollte dazu eine entsprechende Tank- und Ladeinfrastruktur für Wasserstoff, Elektromobilität usw. geschaffen werden.

Energiepolitik

Wir Freien Demokraten wollen in der Energiepolitik die Ziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen realisieren. Nur durch Offenheit für den technischen Fortschritt, Innovationen, Wettbewerb und Effizienzsteigerung können wir die Energiepolitik von morgen zukunftssicher gestalten. Ein wichtiger Grundsatz neben Technologieoffenheit und Wirtschaftlichkeit ist dabei die Freiwilligkeit; weitere Eingriffe durch das Ordnungsrecht lehnen wir ab. Die Berliner Energiepolitik kann zudem nur in enger Abstimmung mit Brandenburg sinnvoll umgesetzt werden.

- Klimaschutz und Ressourceneinsparung müssen dort stattfinden, wo sie am wirtschaftlichsten durchführbar sind, und für Mieterinnen und Mieter sowie für Vermieterinnen und Vermieter bezahlbar bleiben. Im Gebäudebereich setzen wir

deshalb insbesondere auf den Einsatz erneuerbarer Energien beim Heizen. Weitere Verschärfungen der energetischen Anforderungen an Gebäude lehnen wir im Neubau und Bestand ab. Die öffentliche Hand hat bei allen Maßnahmen im Gebäudebereich eine Vorbildfunktion einzunehmen.

- Wir wollen die CO₂-Emissionen der Fernwärme weitgehend reduzieren und die Fernwärmenetze im Stadtgebiet ausweiten. Eine Integration Wärme erzeugender Dritter (z. B. Rechenzentren, Industrie) in die Fernwärmenetze ist zu ermöglichen.
- Wir wollen die Möglichkeiten zur Sektorkopplung wie z. B. die Nutzung von Windstromüberschüssen für die Fernwärme oder zur Erzeugung von Wasserstoff weiter ausbauen.
- Einen Zwang zur Errichtung von Solaranlagen im Neubau und auf Bestandsgebäuden lehnen wir ab. Bürokratische Auflagen, die den Ausbau von Solaranlagen verhindern, wollen wir reduzieren. Wir begrüßen den generellen Ausbau von Solaranlagen.
- Wir wollen eine umfassende Wasserstoffstrategie im großen Maßstab für Berlin und Brandenburg umsetzen. Dabei sollen die Erzeugungskapazitäten für Wasserstoff vor allem in Brandenburg deutlich erhöht werden und Investitionen in Transportnetze und Speicher für Wasserstoff angestoßen werden. Große Verbraucher von Wasserstoff, z. B. die Stahl- und Chemieindustrie in Brandenburg, müssen gezielt in die Strategie einbezogen werden.
- Wir wollen zudem Pilotprojekte für die Installation von Brennstoffzellen zur gekoppelten Wärme- und Stromerzeugung in Gebäuden initiieren.
- Im Bereich der Wasserstoffmobilität wollen wir Berlin zu einer Vorzeigeregion in Europa entwickeln, Pilotprojekte in allen Mobilitätsbereichen wie Lkw, Zügen, Schiffen und Pkw vorantreiben und die nötige Tankinfrastruktur aufbauen. Wir möchten dazu die Anzahl der Wasserstofftankstellen (aktuell acht) in Berlin bis 2023 verdreifachen und bis 2025 verfünffachen.

Ein Berlin, das weltoffen und tolerant ist

Berlin ist eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können, unabhängig davon, woher sie kommen und welche Religion, Kultur, Weltanschauung oder geschlechtliche Identität sie haben. Das ist jedoch leider keine Selbstverständlichkeit. Es ist daher wichtig, dass die Menschen frei von jeglichen staatlichen Diskriminierungen nach ihren Glaubensüberzeugungen oder nichtreligiösen Weltanschauungen leben können. Die Religionsfreiheit ist untrennbar verbunden mit einer klaren Trennung von Staat und Religion. Nur ein Staat, der Kirche und Glauben konsequent dem nichtstaatlichen Bereich zuordnet, tritt allen Religionen und Weltanschauungen gleich gegenüber. Wir halten daher an unserem Ziel eines weltanschaulich neutralen Staats im Land Berlin fest und treten für eine Gleichberechtigung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes im Einklang stehen.

Einwanderung und Integration

In einer offenen Gesellschaft darf die Herkunft der Menschen nicht über deren Chancen auf Teilhabe und Erfolg bestimmen. Es ist wichtig, wohin die Menschen mit uns zusammen gehen möchten. Auch die Hauptstadtregion steht vor allem durch den demografischen Wandel vor Herausforderungen und muss dem Fachkräftemangel auch mithilfe von Einwanderung begegnen. Hierfür braucht es gute Rahmenbedingungen und klare Regelungen.

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Deutschland endlich ein modernes Einwanderungsgesetz erhält, damit wir uns wie jedes andere Einwanderungsland dauerhaft Einwandernde selbst aussuchen können. Dabei bleibt das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge soll es bei einem Status bleiben, der einen vorübergehenden, auf die Dauer des Konflikts begrenzten humanitären Schutz bietet. Nach unseren Vorstellungen soll es möglich sein, zwischen den einzelnen Verfahren (Einwanderung, Asyl, Kriegsflüchtlinge) zu wechseln und sich insbesondere in das Einwanderungsverfahren zu begeben, sofern die Qualifizierungsvoraussetzungen vorliegen. Unabhängig von ihrem Status sollen geflüchtete Menschen eine Arbeitserlaubnis erhalten. Um das Vertrauen in den Rechtsstaat, die Akzeptanz für ein liberales Einwanderungsrecht und den gebotenen humanitären Schutz nachhaltig zu sichern, wollen wir dafür Sorge tragen, dass Menschen ohne Anspruch auf Aufenthalt und ohne Bleibeperspektive das Land zeitnah verlassen müssen.
- Wir möchten, dass die Einwanderungsverfahren insbesondere für Fachkräfte vereinfacht und beschleunigt werden. Bewerbende mit einem Arbeitsvertrag sollen vom Termingesuch bei der deutschen Auslandsvertretung bis zur Erteilung der

Arbeitserlaubnis innerhalb von maximal sechs Wochen nach Berlin umziehen und ihre Arbeit aufnehmen können.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Fachkräften mit besonders hohen Punktzahlen im Rahmen des Einwanderungsverfahrens ein beschleunigtes Verfahren zur Erlangung der unbegrenzten Aufenthaltsgenehmigung (Blue Card) und der Staatsbürgerschaft angeboten wird. Dabei soll bei Erreichen dieser hohen Punktzahl die Wartezeit um die Hälfte reduziert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass schulische und berufliche Abschlüsse von Einwanderinnen und Einwanderern bei vorliegender gleichwertiger Qualifikation schneller, unbürokratischer und bundesweit vergleichbar anerkannt werden. Genauso möchten wir dafür sorgen, dass Teile einer Ausbildung besser anerkannt werden, die dann z. B. mithilfe zusätzlicher Credit Points bzw. Zertifikate ergänzt werden können. Die Wartezeiten auf die Anerkennung medizinischer Berufe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales sind inakzeptabel.
- Menschen, die bei uns ihre Ausbildung oder ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben, sollen anderthalb Jahre Zeit bekommen, einen Arbeitsplatz zu finden. Hierfür sind Beratungs- und Unterstützungsangebote aufzubauen. Aufgrund der Abschlüsse in Deutschland hat diese Personengruppe besonders gute Chancen, einen ihrer Ausbildung angemessenen Job zu finden und zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes beizutragen. Die Menschen müssen nach dieser Zeit in der Lage sein, ihren Unterhalt selbst zu bestreiten.
- Für uns ist es selbstverständlich, dass Integration immer zwei Komponenten benötigt, zum einen eine Gesellschaft, die offen und bereit ist, Menschen aufzunehmen, und zum anderen Menschen, die bereit sind, sich in die Gesellschaft, die sie aufnehmen will, auch einzubringen. Dazu gehören für uns die Anerkennung des Grundgesetzes und die Akzeptanz unseres demokratischen Zusammenlebens.

Geflüchteten Menschen Schutz bieten

Es ist für uns eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor individueller Verfolgung, Terror oder Krieg flüchten, Schutz zu bieten. Wer schutz- oder asylsuchend zu uns kommt, muss schnell Rechtssicherheit im Hinblick auf den eigenen Aufenthaltsstatus erhalten.

- Wir setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen zügig menschenwürdig untergebracht werden. Sammelunterkünfte müssen klaren Standards unterliegen und nur als Not- und Erstaufnahmeeinrichtung dienen. Angesichts der in Berlin bestehenden Wohnungsknappheit sind Containerdörfer eine akzeptable Zwischenlösung, die jedoch schnellstmöglich der Vergangenheit angehören muss.

- Wir möchten, dass vulnerable Personen wie z. B. Schwangere und unbegleitete Kinder nicht in gemischten Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, wenn dort kein geeigneter, geschützter Bereich zur Verfügung steht. Alternativ sind Unterbringungen in Einrichtungen der Jugendhilfe bzw. in speziellen Unterkünften für Frauen mit Kindern anzustreben. Auch diese Unterkünfte müssen von ausreichendem und fachlich qualifiziertem Personal betreut werden. Bei guter Bleibeproggnose durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist mittelfristig eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen anzustreben („Leverkusener Modell“).
- Wir möchten, dass geflüchtete Menschen, sofern sie dazu selbst in der Lage sind, schnell eine Arbeit aufnehmen können. Deshalb setzen wir uns für die sofortige Abschaffung des Arbeitsverbotes für Asylbewerberinnen und -bewerber ein.
- Wir möchten geflüchteten Kindern gute Bildungs-, aber auch Integrationschancen bieten. Unsere Schulen und Kindertagesstätten spielen die Hauptrolle bei der Aufgabe, junge Geflüchtete von Anfang an zu integrieren. Dafür brauchen sie zusätzliche Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher. Gleichzeitig muss die Sprachstanderhebung in den Kitas besser funktionieren und nachgehalten werden (siehe hierzu „Bildung als Schlüssel für Integration“). Eine gezielte Förderung ihrer Sprachkompetenz vor der Einschulung ist für geflüchtete Kinder besonders wichtig.
- Wir setzen uns für eine Schulpflicht für junge, geflüchtete Menschen unter 25 Jahren ohne Berufsausbildung ein, um ihre dauerhafte Integration in unseren Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Fehlt die für eine Berufsausbildung notwendige Schulbildung, muss sie nachgeholt werden.
- Die Integration von Geflüchteten muss auch mit einer pragmatischen Haltung zu Bildungsabschlüssen einhergehen. Anstelle von Ausbildungswiederholungen sind Wissensstandüberprüfungen nach dem Vorbild der Externenprüfung bei der IHK erforderlich.
- Ein Hauptaugenmerk wollen wir auf die Integration von Frauen in die Arbeit legen, um deren gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft langfristig zu gewährleisten, tradierte Rollenbilder zu überwinden und die Gefahr einer Abhängigkeit von Partnern oder des sozialen Abstiegs zu verringern.

Bildung als Schlüssel für Integration

Grundvoraussetzung für eine Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt sind deutsche Sprachkenntnisse. Hier wurde in der Vergangenheit viel versäumt. Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum Aufstieg und muss daher endlich zur Priorität werden. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist auch für diejenigen wichtig, die schon lange in Deutschland leben. Wir werden es nicht hinnehmen,

dass Kinder, die in Berlin geboren wurden, beim Schuleintritt aus Sprachgründen nicht in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen.

- Wir setzen uns dafür ein, jedes Kind zwischen dem dritten und vierten Lebensjahr verpflichtend einem standardisierten Sprachstandfeststellungsverfahren zu unterziehen, damit darauf aufbauend eine gezielte Sprachförderung mit Erfolgskontrollen stattfinden kann.
- Wir brauchen eine bessere und frühzeitige Deutschförderung für Fachkräfte bei geeigneten Bildungsträgern. Es muss einfacher werden, im Rahmen einer (dualen) Ausbildung die deutsche Sprache durch gezielte Förderung zu erlernen. Hierfür benötigen wir mehr Deutschkurse an den Berufsschulen.
- Sprachkurse müssen sich an den Lebensalltag der Berufstätigen anpassen. Es müssen mehr Abend- und Onlinekurse angeboten werden, um Eltern, Vielarbeitenden und Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeitern den Zugang zu erleichtern. Zudem soll es über ein Bildungs-Credit-Point-System auch verstärkt den im Vergleich zu Gruppenkursen effektiveren Einzel- oder Paarunterricht geben.

Integration in Beruf und Gesellschaft

- In der öffentlichen Verwaltung, bei der Polizei, der Feuerwehr und in den Schulen wollen wir die interkulturelle Kompetenz staatlicher Stellen erhöhen. Dazu wollen wir mit gezielten Anwerbungskampagnen verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit interkultureller und Sprachkompetenz gewinnen und durch das bewusste Einsetzen von „Role Models“ in dieser Bevölkerungsgruppe Tätigkeiten im öffentlichen Dienst stärker in das Bewusstsein rücken. Wir werden Trainingsangebote schaffen, die die interkulturelle Kompetenz der öffentlichen Verwaltung stärken. Eine Quote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst lehnen wir ab.
- Wer mit uns zusammenlebt, soll auch Mitbürgerin bzw. Mitbürger mit allen Rechten und Pflichten werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung aktiv auf diejenigen Menschen zugeht, die die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen, um sie über das Einbürgerungsverfahren zu informieren. Einbürgerungsfeiern sollen in einem festlichen Rahmen stattfinden, wie z. B. die Einbürgerungsfeiern im Berliner Abgeordnetenhaus. Wir setzen uns für die Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit und die Beschleunigung der Einbürgerung ein. Wir Freien Demokraten erkennen die vielfältigen Identitäten der Bürgerinnen und Bürger an und setzen uns dafür ein, dass diese auch in mehreren Staatsbürgerschaften Ausdruck finden.
- Die langen Wartezeiten auf die Einbürgerung bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen wollen wir durch mehr Personal in den Bezirksämtern und eine verbesserte Digitalisierung verkürzen.

- Wir begrüßen eine noch stärkere Vernetzung der Berliner Wirtschaft mit Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund.

Freiheit durch Emanzipation – Chancengleichheit für Frauen

In den letzten Jahrzehnten wurde in Bezug auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern formal schon viel erreicht. Doch wir sehen immer noch einen Unterschied zwischen formalen Rechten und gelebter Wirklichkeit.

- Wir möchten, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Geschlecht passende Rahmenbedingungen vorfindet, um das eigene Potenzial voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Eine frühe Sensibilisierung der Eltern, um tradierte Rollenbilder von Kindern bereits in den frühen Lebensjahren aufzubrechen, wollen wir mit Informationsangeboten begleiten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen und Frauen in den sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) die gleichen Chancen haben wie Jungen und Männer. Wir setzen vor allem auf Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter, die im Rahmen der Berufsorientierung flächendeckend Schulen besuchen, um ein positives Bild der MINT-Berufe zu vermitteln, sowie auf mehr Praktika insbesondere in den MINT-Fächern. Wir fordern Fortbildungen für Dozentinnen und Dozenten sowie Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Thema.
- Unser Wunsch ist gleiche Bezahlung für gleiche bzw. gleichwertige Leistung. Landeseigene Unternehmen und Behörden sollen ihren eigenen Gender Pay Gap in ihrem jährlichen Gleichstellungsbericht offenlegen.
- Wir erwarten vom öffentlichen Dienst als Arbeitgeber eine besondere Anstrengung, um gleichberechtigtes Arbeiten von Frauen und Männern zu ermöglichen, insbesondere auch in Führungspositionen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, mobiles Arbeiten, Jobsharing und ganzheitliches Diversity-Management auf allen Ebenen muss daher in der Verwaltung Anspruch und Ziel sein. Eine ausgeglichene Repräsentation von Frauen und Männern in Führungspositionen ist unser Leitbild.

Häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung

Mit der Ratifizierung und dem Inkrafttreten der Istanbul-Konvention hat sich Deutschland zu einer Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt verpflichtet, was uns auch in Berlin in die Pflicht nimmt. Kinder und Frauen, aber ebenso Männer müssen, wenn sie Gewalt erlitten haben, schnell und unkompliziert Schutz erhalten.

Die gesellschaftliche Debatte um sexuelle Belästigung hilft, Aufmerksamkeit und Sensibilität für das Problem zu schaffen. Die Bekämpfung sexueller Belästigung aller Geschlechter ist eine Daueraufgabe der gesamten Gesellschaft und des Staates.

- Alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, müssen als Fördervoraussetzung ein einrichtungsspezifisches Konzept zum Schutz vor Gewalt und sexueller Belästigung vorlegen.
- Gewalt gegen und sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen, die öffentliche Mittel beziehen, können zur kompletten Streichung der jeweiligen Mittel führen. Themen wie körperliche Selbstbestimmung, Konsens und gegenseitiger Respekt sollen in Kindergärten und Schulen altersgerecht behandelt und die Kinder und Jugendlichen entsprechend sensibilisiert werden.
- Wir setzen uns für regelfinanzierte Zentren der Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt ein. Dort sollen alle Angebote für Opfer sowie für Täterinnen und Täter unter einem Dach gebündelt werden. Die ganze Familie bekommt psychologische und sozialpädagogische Betreuung. Die Präventionsarbeit ist dabei ein wichtiger Bestandteil.
- Die Zahl der Frauenhausplätze muss ausgeweitet und die Zahl der Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen erhöht werden. Barrierefreiheit und Mutter-Kind-Plätze auch für ältere Söhne sind dabei zu berücksichtigen. Die Gewaltschutzambulanz muss langfristig finanziell abgesichert werden.
- Wir setzen uns für eine Bekämpfung der weiblichen Genitalverstümmelung ein. Dies soll durch eine bessere Aufklärung über ihre Anzeichen bei Frauen, ihre Folgen und entsprechende Hilfsangebote (z. B. für Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Jugendämter etc.) gewährleistet werden. Zudem müssen betroffene Eltern Beratung erhalten können und darüber informiert werden, welche Konsequenzen die Verstümmelung bei ihren Töchtern haben kann. Wir wollen die Arbeit der neu eingerichteten Koordinierungsstelle für Genitalverstümmelung finanziell verstetigen. Für Fachkräfte wie Erzieher, Lehrerinnen, Ärzte, Hebammen und Sozialarbeiter soll das Thema Teil des Ausbildungsinhalts werden.

Buntes Berlin

In unserem Berlin hat Diskriminierung keinen Platz. Die Freien Demokraten lehnen jegliche Gewalt gegen Homosexuelle, Transsexuelle und andere Mitglieder der LGBTQ*-Community ab. Wir setzen uns auf der Bundesebene dafür ein, dass das Adoptionsrecht liberalisiert wird. Homosexuelle Paare sollen unbürokratisch gemeinsam, Alleinstehende auch allein adoptieren können. Familie ist für uns jede auf Dauer angelegte

Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen insbesondere für Kinder Verantwortung übernehmen – die sexuelle Identität der Eltern darf dabei keine Rolle spielen.

- Die zusätzliche Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen durch das Land Berlin darf homosexuelle Partnerschaften und Alleinstehende nicht schlechter stellen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Öffnung der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen seitens der Krankenversicherung auch für Unverheiratete, homosexuelle Paare und Alleinstehende ein.
- Wir fordern, Abfragen zur sexuellen Orientierung im Zusammenhang mit Organ- und Blutspenden abzuschaffen und durch neutrale Abfragen mit unmittelbarer Relevanz für die Empfängersicherheit zu ersetzen.
- Wir möchten, dass die Schulen und die Jugendarbeit eine stärkere Rolle beim Umgang mit Vielfalt und ihrer Vermittlung spielen. Vielfalt soll in Lehrmitteln (Schulbüchern, Medien und Arbeitspapieren) dargestellt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Gewaltpräventionsarbeit und gesundheitliche Aufklärung in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereinen und anderen Institutionen als diskriminierungsfreie Aufklärungsarbeit gestaltet wird.
- Wir setzen uns für die Gleichstellung von LGBTQ*-Menschen in allen Bereichen des Staates und der Verwaltung in Berlin ein. So werden wir die Gleichstellung von LGBTQ*-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern und die Prävention ihrer Diskriminierung in der Verwaltung stärken. Dazu fördern wir Netzwerke, Informationsveranstaltungen, Schulungen und Material zur Sensibilisierung von Vorgesetzten oder Kolleginnen und Kollegen.
- Wir wollen Städtepartnerschaften zum Austausch über die besten Praktiken des Diversity-Managements nutzen und nach weiteren neuen Partnerinnen und Partnern suchen, die hier eine Leuchtturmfunktion einnehmen.

Staat und Religion

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Menschen verschiedener Religionen und Weltanschauungen gleichberechtigt miteinander leben. Für uns ist es selbstverständlich, dass jeder und jede ein Anrecht auf positive und negative Religionsfreiheit hat und dies von allen Teilen der Gesellschaft respektiert wird. Wir wollen einen Staat, der Religionen und Religionsgemeinschaften weder privilegiert noch benachteiligt. Unser Ziel ist der weltanschaulich neutrale Staat.

- Wir begrüßen das im Neutralitätsgesetz verankerte Neutralitätsgebot im Bereich der Rechtspflege, des Justizvollzugs, der Polizei und an öffentlichen Schulen. Wir sind gegen eine Aufweichung des Gesetzes und halten an dem Neutralitätsgebot fest. In

den wenigen Fällen, in denen die Religionsfreiheit Ausnahmen vom Neutralitätsgebot erfordert, streben wir Einzelfalllösungen an.

- Wir Freien Demokraten widersprechen jeder Form von Gewalt gegen Gruppen oder Einzelpersonen, die ihrer Identität in der Öffentlichkeit Ausdruck verleihen. Wir sind schockiert über Angriffe auf Jüdinnen und Juden und verurteilen sie scharf. Wir sind uns unserer besonderen Verantwortung gegenüber Jüdinnen und Juden bewusst. Es darf nicht sein, dass sich Jüdinnen und Juden hier wieder unsicher fühlen oder sich gar mit dem Gedanken tragen, ihre Heimatstadt Berlin aus Sorge um ihre Sicherheit zu verlassen. In Berlin muss es jederzeit und überall möglich sein, ohne Gefahr für Leib und Leben offen als Jüdin oder Jude im öffentlichen Raum unterwegs zu sein. Entschieden treten wir allen Formen des Antisemitismus entgegen. Der wachsende Antisemitismus muss durch Präventions- und Aufklärungsprogramme ebenso bekämpft werden wie durch eine konsequente Strafverfolgung; es gibt keine Toleranz gegenüber Antisemitismus. Unsere Freundschaft zu Israel und sein Bestandsrecht sind für uns Staatsräson, wir dulden es nicht, wenn dieses angezweifelt wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass bei entsprechender Nachfrage flächendeckend islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache unter deutscher Schulaufsicht und von an deutschen Hochschulen ausgebildeten Religionslehrerinnen und Religionslehrern angeboten wird. Denn so werden wir einerseits der religiösen Vielfalt an Berlins Schulen gerecht; andererseits ermöglicht ein Religionsunterricht an den Schulen eine Absprache und Kontrolle des Lehrplans über die Schulaufsicht und verhindert so die Möglichkeit der Radikalisierung im staatsfernen Raum.

Berlin als weltoffene und europäische Metropole

Berlin lebt seit jeher von seiner Offenheit, die das Leben der Menschen vor Ort besser macht. Wir setzen uns für eine neue Politik der Offenheit und Modernisierung ein.

- Wir wollen eine weltoffene Metropole Berlin. Zugezogene, Touristinnen und Touristen, Kulturschaffende, Unternehmen und neue Start-ups, Forscherinnen, Forscher und Studierende bereichern unsere Stadt und bringen sie voran. Daher stellen wir uns anderen politischen Strömungen und Parteien entgegen, die die Offenheit dieser Stadt durch eine feindselige Haltung gegenüber Migrantinnen und Migranten, geflüchteten Menschen, Touristinnen und Touristen oder Zugezogenen infrage stellen.
- In Koordination mit anderen europäischen Großstädten möchten wir in der EU Politikfelder vorantreiben, die sichtbar das Leben der Berlinerinnen und Berliner und anderer Großstädter und Großstädterinnen verbessern. Wir wollen die Zuständigkeit

für Europa wieder mit einem dafür verantwortlichen Staatssekretärsposten in der Senatskanzlei verankern.

- Wir wollen die Partnerschaften der Stadt und der Bezirke besser koordinieren und finanzieren und die Verbindung zu unseren Partnern mit Schwerpunktjahren stärken. Dabei wollen wir auch ehrenamtliche Initiativen mehr einbinden und unterstützen. Richtig genutzt können Städtepartnerschaften unsere Stadt mit Austausch und neuen Ideen bereichern und der Stärkung von Menschenrechten und Marktwirtschaft dienen.

Ein Berlin, das Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ermöglicht

Das Ziel unserer Politik ist die Freiheit. Am spürbarsten wird Freiheit durch die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das gilt auch und gerade für unser Berlin, in dem sich nicht nur, aber auch infolge der Corona-Pandemie viele Lebenssituationen dramatisch verändern – durch moderne Technik, den demografischen Wandel oder ganz persönliche Schicksalsschläge. Wir bieten eine Politik an, die nicht erziehen, bevormunden und verbieten will, sondern einen verlässlichen Rahmen für selbstbestimmte Entscheidungen mündiger Bürgerinnen und Bürger bereitstellt. Sicherheitspolitik ist für uns daher immer evidenzbasiert und weniger auf das Gefühl, sondern vor allem auf den Nutzen ausgerichtet. Dieser Rahmen schafft und lässt Raum für eigenes Denken, eigene Entscheidungen, eigene Fehler und eigenen Erfolg. Wir stehen für einen Staat, der mit verhältnismäßigen Maßnahmen Sicherheit für alle bietet, aber gleichzeitig auch die Bürgerrechte und die Privatsphäre schützt. Dieser Staat bietet zielgerichtete Hilfe, damit Anstrengungen sich lohnen und Träume wahr werden können. Dieser Staat gestaltet Teilhabe, damit für alle Berlinerinnen und Berliner Selbstbestimmung in allen Lebenslagen möglich wird.

Sicherheit

Unser Ziel ist eine freie Gesellschaft, die allen in Berlin lebenden Menschen größtmögliche Freiheit zur persönlichen Entfaltung bietet. Um diese Freiheit zu gewährleisten, brauchen wir eine klare staatliche Ordnung und ein Vertrauen darauf, dass diese Regeln unseres Gemeinwesens für alle gleichermaßen gelten und vom Berliner Senat – unabhängig von seiner politischen Präferenz – verlässlich und gerecht gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern rechtsstaatlich, wirksam und schnell durchgesetzt werden. Unsere Politik steht für die Stärkung des Zusammenhalts der Stadtgesellschaft und fördert ein gesellschaftliches Klima, in dem sich die Menschen, die in unserer Stadt leben, die Institutionen unseres Gemeinwesens und deren Vertreterinnen und Vertreter gegenseitig mit Verantwortung, Fairness und Respekt begegnen.

- Wir wollen eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft. Die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre pluralistischen Werte dürfen nicht infrage gestellt werden. Politischen und weltanschaulichen Extremismus jeglicher Art bekämpfen wir entschieden. Wir fordern eine ursachenorientierte Kriminalprävention durch verstärkte Aufklärung, Aussteigerprogramme und die Vernetzung staatlicher Stellen mit bürgerschaftlichen Initiativen.
- Gutes Personal braucht auch eine gute Infrastruktur. Die Polizei- und Feuerwehrrachen müssen endlich saniert und in einen guten Zustand versetzt

werden; dafür werden wir ein Sanierungsprogramm mit einem verbindlichen Plan aufstellen.

- Wir setzen uns für die Legalisierung des Besitzes, privaten sowie kommerziellen Anbaus und kommerziellen Verkaufs von Cannabis als Genussmittel für volljährige Personen ein. Die Freigabe soll dabei konsequent reguliert werden, insbesondere um Jugend- und Verbraucherschutz erst zu ermöglichen. Dabei wollen wir ein Modellprojekt für Berlin entwickeln, um als Bundesland bei diesem Thema voranzugehen, sobald dies bundesrechtlich möglich ist. Bis dahin werden wir die nicht verfolgbare, geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf anheben.
- Wir setzen uns für eine liberale Drogenpolitik ein, bei der in Anlehnung an das „portugiesische Modell“ der Fokus auf die Prävention statt auf eine Bestrafung gerichtet ist. Deshalb wollen wir Beratungs- und Hilfsangebote zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum weiter verstärken und ihre Erreichbarkeit verbessern. Eine strafrechtliche Verfolgung von Konsumentinnen und Konsumenten soll nicht mehr stattfinden, stattdessen soll bei wiederholtem und regelmäßigem Konsum eine verpflichtende Beratung hinsichtlich der psychologischen, medizinischen und sozialen Risiken des Betäubungsmittelkonsums stattfinden. Abhängigen kann vor allem dann geholfen werden, wenn ihre Sucht frühzeitig erkannt und therapiert wird. Jugendschutz kann nur durchgesetzt werden, wenn die kriminellen Organisationen ihr Monopol auf den Drogenhandel verlieren. Konsumentenschutz kann nur gelingen, wenn die Drogenabgabe über staatlich kontrollierte Präventionseinrichtungen erfolgt. Drogendealerinnen und -dealer, die Drogen außerhalb dieser staatlich lizenzierten Abgabestellen illegal vertreiben, sollen hingegen härter als bisher durch steuer-, sozial-, aufenthalts- und gewerberechtliche Maßnahmen bestraft werden.
- Wir werden das Pilotprojekt zum Drugchecking weiter ausbauen und flächenmäßig in Berlin verfügbar machen, damit Menschen vor dem Konsum gefährlicher, gepanschter Drogen geschützt werden. Dazu wollen wir insbesondere Rechtssicherheit für Drugchecking-Angebote schaffen. Außerdem werden wir weitere Drogenkonsumräume in Berlin einrichten.
- Um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu steigern und den niedrigschwelligen Austausch zwischen Polizei und Bevölkerung zu verbessern, fordern wir, die Kontaktbereichsbeamten und -beamtinnen intensiver einzusetzen und dafür von zusätzlichen Tätigkeiten zu entlasten.
- Wir begrüßen die längst überfällige Gesetzesnovelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes des Landes Berlin (ASOG Bln). Viele der bisherigen Probleme des ASOG wurden dabei aber nicht beseitigt. Sogenannte

kriminalitätsbelastete Orte nach dem ASOG, an denen Identitätsfeststellungen und Durchsuchungen ohne Verdachtsmomente durchgeführt werden können, lehnen wir ab. Solche anlasslos stattfindenden Kontrollen laden besonders zur Diskriminierung und zum Racial Profiling ein und sind daher nicht mit liberalen Werten vereinbar. Darüber hinaus bietet der Speicherungszeitraum der Kennzeichnungspflicht von lediglich drei Monaten keinen hinreichenden Opferschutz. Außerdem fehlt noch immer eine gesetzliche Klarstellung des finalen Rettungsschusses sowie eine grundsätzliche Freigabe für das Tragen eines Identitätsschutzes bei Einsätzen wegen organisierter Kriminalität oder Terror.

- Das vom bisherigen Senat eingeführte „Berliner Antidiskriminierungsgesetz“, dessen Beweislastumkehr die Polizeiarbeit bürokratisch erschwert, wollen wir abschaffen. Wir wollen einen Polizeibeauftragten bzw. eine Polizeibeauftragte als unabhängige Stelle beim Abgeordnetenhaus von Berlin ansiedeln, der bzw. die gleichermaßen für Bürgerinnen und Bürger wie für Polizeikräfte als Anlaufstelle außerhalb des normalen Dienstweges zur Verfügung steht. Diese Stelle soll auch Mediationsverfahren durchführen und die Durchsetzung bestehender Entschädigungsansprüche der Bürgerinnen und Bürger wegen polizeilichen Fehlverhaltens erleichtern. Um das Bewusstsein für den Datenschutz bei der Polizei zu erhöhen, ohne sie unter Generalverdacht zu stellen, sollen nach dem Zufallsprinzip stichprobenartig Zugriffe auf personenbezogene Daten dahingehend überprüft werden, ob sie für die Bearbeitung aktueller Fälle nötig sind („Vier-Augen-Prinzip“).
- Wir setzen auf künstliche Intelligenz, um die Ressourcenverteilung bei der Kriminalitätsbekämpfung laufend zu optimieren („Predictive Policing“). Die verwendeten Datengrundlagen, Algorithmen und Ergebnisse sind dabei ständig zu evaluieren, um prognose- und wirkungsbedingte Fehlschlüsse und Diskriminierungen zu vermeiden. Predictive Policing soll nur auf Basis von aggregierten und anonymisierten Daten angewendet werden, um präventiv Straftaten zu verhindern, nicht aber bezogen auf persönliche Daten von Täterinnen bzw. Tätern oder Opfern. Dabei können etwa Risikogebiete oder -zeiten identifiziert, nicht aber Ermittlungen gegen Einzelpersonen eingeleitet werden. Predictive Policing darf nicht dazu führen, dass sich bei Menschen nur durch den Aufenthalt an einem bestimmten Ort ein diffuses Gefühl der Beobachtung einstellt („Chilling Effects“).
- Damit unsere Polizei auf dem Fundament unserer demokratisch-freiheitlichen Gesellschaft steht, ist es von besonderer Bedeutung, die demokratische, pluralistische und liberale Kultur zu einem festen und ausgeprägten Teil der Ausbildung und Fortbildung zu machen. Extremistische Umtriebe, gleich welchen

Ursprungs, haben in unseren Behörden und insbesondere im Sicherheitsapparat keinen Platz und sind konsequent auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zu unterbinden.

- Wir wollen die Nachwuchsarbeit der Berliner Polizei verstärken, um Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen Hintergründen und politischen Perspektiven zu gewinnen.
- Präventive Angebote, wie beispielsweise die von der Polizei im Rahmen des Schulunterrichts angebotenen Anti-Gewalt-Trainings und Informationsveranstaltungen, müssen verstärkt werden. Gleichzeitig ist eine bessere Verzahnung von Polizei, Schulen und Jugendhilfe erforderlich. Darüber hinaus ist ein verstärkter Einsatz von Jugend- und Sozialarbeitern und -arbeiterinnen sowie Streetworkern und Streetworkerinnen notwendig, um eine verlässliche Anlaufstelle zu schaffen. „Kriminelle Karrieren“, besonders von noch strafunmündigen Kindern, müssen frühzeitig erkannt werden.
- Wir unterstützen den Einsatz von Bodycams bei der Polizei zur Beweiserhebung, Einsatzdokumentation und zu ihrer Kontrolle. Die Daten sind datenschutzgerecht und manipulationssicher außerhalb des Zugriffsbereichs der betroffenen Einsatzkräfte zu speichern. Die Kameras müssen während laufender Einsätze dauerhaft in Betrieb sein.
- Wir wollen eine klare gesetzliche Regelung für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern) durch die Berliner Polizei schaffen. Damit soll ihr Einsatz als Waffe in Notwehr- und Nothilfesituationen ermöglicht werden, die andernfalls nur durch einen Schusswaffengebrauch beherrschbar wären.
- Eine ausufernde anlasslose Erfassung und Speicherung von Daten, etwa im Rahmen automatisierter Scans von Fahrzeugkennzeichen, von Funkzellenabfragen oder sonstigen Quellen-Telekommunikationsüberwachungen (Quellen-TKÜs), lehnen wir ab, da sie völlig unverdächtige Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellen. Als Alternative betrachten wir das „Quick Freeze“-Verfahren, das erst nach richterlichem Beschluss und unter strengen Speicherungsbedingungen und Löschfristen beginnen darf. Dadurch werden massive Eingriffe in die Metadaten aller Bürgerinnen und Bürger verhindert, und der Generalverdacht wird aufgehoben. Stattdessen werden nur Informationen über tatsächliche Verdächtige gespeichert.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für datenschutzkonforme, datengetriebene Geschäftsmodelle verbessern. Um eine wirksame Durchsetzung der Regulierungen zu erreichen, wollen wir eine länderübergreifende Aufsicht etablieren und organisatorisch stärken. Der Verfassungsschutz ist wichtig, um

extremistische Bedrohungen unserer Demokratie frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Sein Handeln muss zu allen Zeiten einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

- Ein funktionierendes Verfahren zum regelmäßigen proaktiven Informationsaustausch zwischen allen Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes muss dringend etabliert werden.
- Die Landesämter für Verfassungsschutz von Berlin und Brandenburg wollen wir fusionieren, um ihre Schlagkraft in der Metropolregion zu erhöhen.
- Straftaten, die über das Internet verübt werden, insbesondere digitale Gewalt (Gewalt, die sich technischer Hilfsmittel und digitaler Medien bedient und im digitalen Raum, etwa den sozialen Medien, ausgeübt wird) und Hasskriminalität, wollen wir konsequent mit darauf spezialisierten Kräften in Polizei und Justiz ahnden. Diese Bediensteten sind personell gut auszustatten und laufend fortzubilden.
- Die Aufklärung über Formen und Folgen von digitaler Gewalt wollen wir stärken. Deshalb fordern wir analog zur Landeszentrale für politische Bildung eine Landeszentrale für digitale Bildung, Aufklärung über Cybermobbing und Onlinemissbräuche an Schulen, in Sportvereinen und an anderen Bildungseinrichtungen sowie eine verstärkte Forschung zu dem Thema an den Hochschulen.
- Wir wollen die Gewaltschutzambulanzen stärken und ausbauen. Zu ihren Aufgaben gehört es, Spuren zu sichern, auch wenn nicht sofort Strafanzeige gestellt wird, etwa bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.
- Gewalt gegen Rettungs- und Vollzugskräfte werden wir auf Basis des bestehenden Strafgesetzes konsequent verfolgen. Diese Gewalt richtet sich gegen Menschen, die jeden Tag für unsere Stadt und unser Gemeinwohl eintreten. Wer sie angreift, greift uns alle an.
- Die Berliner Feuerwehr muss in die Lage versetzt werden, die Sicherheit in Berlin weiter zu gewährleisten. Seit Jahren arbeitet sie am Limit. Wir brauchen mehr Fachkräfte bei der Feuerwehr und werden uns für einen deutlichen Stellenzuwachs im technischen Feuerwehrdienst einsetzen. Die Eintreffzeiten der Rettungsfahrzeuge müssen wieder ein Niveau von deutlich unter zehn Minuten pro Einsatz erreichen. Dies geht nur mit mehr Personal und mehr Fahrzeugen. Wir brauchen einen modernen Fuhrpark und eine zeitgemäße Ausstattung für die Berufsfeuerwehr und die vielen ehrenamtlichen Freiwilligen Feuerwehren in Berlin, um weiterhin die Ausweitung von Bränden zu verhindern, die

Notfallversorgung der Berlinerinnen und Berliner sicherzustellen und die Feuerwehr auf den Stand der Zeit zu bringen.

- Wir wollen den Unterbindungsgewahrsam abschaffen. Mit Meldeauflagen, Gefährderansprachen und Aufenthaltsverboten stehen mehrere wirksame Alternativen zur Verfügung.
- Dass beispielsweise im fünften Jahr nach dem verheerenden Attentat auf dem Breitscheidplatz lediglich Provisorien das Sicherheitskonzept des Berliner Senats bestimmen, ist auf Dauer auch stadtgestalterisch nicht hinzunehmen. Zum Schutz stark frequentierter Plätze setzen wir auf bauliche und gestalterische Maßnahmen, die sich ins Stadtbild integrieren.

Justiz

Für die Durchsetzung unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung braucht Berlin gut ausgestattete Gerichte und Justizbehörden, die schnellen und effektiven Rechtsschutz gewährleisten sowie eine effektive Strafverfolgung und Vollstreckung sicherstellen.

- Wir fordern, dass jeder Berliner Bürger und jede Berliner Bürgerin in Zukunft Rechtsverordnungen des Landes (z. B. Gefahrenabwehrverordnungen) abstrakt auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen lassen kann (prinzipales Normenkontrollverfahren), wie dies bereits in den meisten anderen Bundesländern möglich ist.
- Damit Polizei, Justizbehörden und Gerichtsbarkeit in Berlin effektiv arbeiten können, benötigen sie adäquate Ausstattung, Ausrüstung und Ressourcen auf dem Stand der Technik, um die Regeln des Zusammenlebens durchzusetzen und Verletzungen schnell, verlässlich und angemessen zu sanktionieren.
- Wir wollen schnellstmöglich die elektronische Akte bei Staats-/Amtsanwaltschaften und an Gerichten einführen. Auch im Rechtsverkehr mit Bürgerinnen und Bürgern muss die elektronische Kommunikation ermöglicht werden.
- Wir wollen die Personalsituation in den Gerichten, bei der Staatsanwaltschaft, dem Justizvollzug, der Feuerwehr und der Polizei verbessern. Dazu gehören eine angemessene Bezahlung, eine attraktive Ausgestaltung der Arbeitsplätze und eine Verbesserung der baulichen Situation. Wir wollen ein Programm zur Nachwuchsgewinnung auflegen.
- Wir fordern den Aufbau einer Hundestaffel, die dauerhaft eingesetzt werden kann, um Drogenhandel und -missbrauch sowie Mobiltelefone und andere illegale Gegenstände in den Justizvollzugsanstalten aufzuspüren.

- Wir werden die Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug weiter ausbauen. Die Möglichkeit der Substitution und die Bereitstellung von sauberen Spritzen, eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sind geeignete Maßnahmen, um die Resozialisierung zu verbessern.
- Wir wollen ausreichende Kapazitäten für die Unterbringung von Strafgefangenen erreichen, damit jede Haftstrafe unmittelbar nach Verurteilung vollstreckt werden kann. Das ist auch die Grundlage für das Erreichen des Vollzugsziels, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.
- Der Staat muss der Bedrohung der freiheitlichen Ordnung durch organisierte Kriminalität konsequent entgegentreten. Kriminelle Clanstrukturen wollen wir wirksam bekämpfen und geeignete Präventivmaßnahmen etablieren, die Jugendlichen Alternativen zu einem Einstieg eröffnen. Die Abschöpfung von Vermögen, das aus kriminellen Aktivitäten stammt, wollen wir verstärkt zur Anwendung bringen.
- Wir wollen, dass bei straffällig gewordenen Jugendlichen das Verfahren möglichst unmittelbar nach der Tat erfolgen kann, um jugendliche Straftäter und Straftäterinnen von einer „kriminellen Karriere“ abzubringen („Neuköllner Modell“). Dazu werden wir Schulen, die Jugendhilfe und das soziale Umfeld positiv aktivieren, um „kriminelle Karrieren“ von u. U. noch strafunmündigen Kindern frühzeitig zu erkennen und gegensteuern zu können.
- Wir wollen eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Hasskriminalität im Internet einrichten.
- Wir wollen den Opferschutz ausbauen. Opfern von Gewalt, auch politisch motivierter Gewalt, muss sofortiger Zugang zu psychologischer Betreuung ermöglicht werden. Der Schutz vor Stalking und Hasskriminalität muss durch eine höhere Strafandrohung im Gewaltschutzgesetz und eine bessere Durchsetzung desselben ausgebaut werden.
- Wir wollen, dass die Staatsanwaltschaft auch ungehindert gegen Politiker und Politikerinnen ermitteln kann. In der auslaufenden Legislaturperiode wurde z. B. kaum wegen Haushaltsuntreue und Baugefährdung gegen einen Bezirksstadtrat ermittelt, der derselben Partei angehörte wie der Justizsenator. In Zukunft muss gewährleistet sein, dass die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft dort ihre Grenzen hat, wo sie Ermittlungen gegen politische Akteurinnen und Akteure einleitet – nur so ist eine objektive Rechtsverfolgung ohne Angst vor dem Karriereende zu gewährleisten.

Bürgerrechte

Berlin braucht eine Regierung, die im Sinne aller Berlinerinnen und Berliner die Verfassung achtet, die Regeln des Zusammenlebens und die Bürgerrechte respektiert, gesetzes- und rechtskonform handelt und vor allem – anders als der bisherige Senat – nicht sehenden Auges gegen Verfassungsgrundsätze verstößt.

- Berlin braucht eine Regierung ohne Affinität zu extremistischem Gedankengut. Eine Kooperation von Regierungskreisen mit Beraterinnen und Beratern mit Stasi-Vergangenheit, völkisch-nationalen Hintergründen oder Neigungen zu religiösen oder sonstigen Extremismen lehnen wir ab.
- Das Grundrecht auf Eigentum braucht in Berlin besonderen Schutz vor Enteignung und Vergesellschaftung. Wir fördern die Bildung von Eigentum bei möglichst vielen Menschen und schützen bereits erworbene Eigentumspositionen.
- Wir wollen den Verfassungsauftrag zur Förderung der Bildung von Wohnungseigentum (Art. 28 Abs. 1 S. 2 VvB) umsetzen und lehnen Umwandlungsverbote ab.
- Wir streben einen offenen Staat an, dessen Entscheidungen möglichst transparent und nachvollziehbar sind. Wir fordern für Berlin ein Transparenzgesetz, das staatliche Informationen unter Wahrung des Schutzes personenbezogener Daten umfassend im Rahmen eines leicht zu durchsuchenden Transparenzportals verfügbar macht. Die Erfahrungen der Länder Rheinland-Pfalz und Hamburg sollen berücksichtigt werden.
- Wir wollen einen konsequenten Schutz des Eigentums gewährleisten. Die „Berliner Linie“ bei Hausbesetzungen, besetzte Häuser binnen 24 Stunden zu räumen, darf nicht aufgeweicht werden.
- Das Recht muss auch in und in der Nähe von „Szeneobjekten“ (Rigaer Straße etc.) konsequent durchgesetzt werden. „No-go-Areas“ für die Polizei und Baubehörden darf es nicht geben.
- Wir lehnen die in ihren Methoden und Zielen antiisraelische und größtenteils klar antisemitische Kampagne „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina“ (BDS) ab. Organisationen, die die BDS-Kampagne unterstützen, werden wir von Zuwendungen und Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln ausschließen. Wir werden diesen Organisationen keine landeseigenen Räumlichkeiten vermieten oder zur Verfügung stellen.
- Wir setzen uns für umfangreiche Schulungen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten zur Sensibilisierung im Hinblick auf antisemitische Aussagen und Straftaten ein.

- Die Stelle der Ansprechperson „Antisemitismus“ muss personell/finanziell besser ausgestattet werden.
- Verdachts- und anlassunabhängige Überwachungsmaßnahmen im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Deshalb soll Kameraüberwachung ausschließlich an kriminalitätsbelasteten Schwerpunkten eingesetzt werden, um einen Vorteil bei der Aufklärung von Straftaten zu erlangen. Bei der Videoüberwachung im öffentlichen Personennahverkehr wollen wir die Speicherdauer der Aufnahmen verringern und den Zugriff auf Audiomaterial stärker beschränken, um die Intensität von Eingriffen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu verringern. Die Installation neuer Kameras soll nur für einen begrenzten Zeitraum genehmigt und ein Verlängerungsantrag erst nach einer Evaluation der Wirksamkeit bzw. der Notwendigkeit dieser Maßnahme gestellt werden können.
- Aufgrund des mangelnden Nutzens sowie der nach wie vor fehlenden Transparenz wollen wir die polizeiliche Datei „Szenekunde Sport“ ersatzlos löschen sowie die Kosten und den Nutzen der anlasslosen Videoüberwachung evaluieren und ggf. entsprechend zurückbauen.
- Der Richtervorbehalt bei Überwachungsmaßnahmen darf nicht aufgeweicht werden, damit schon im Vorfeld eine rechtsstaatliche Kontrolle durch Gerichte gewährleistet ist. Die Gerichte müssen personell so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind, einen Bereitschaftsdienst einzurichten.
- Das Versammlungsrecht darf als elementares Grundrecht keiner vorweggenommenen Gesinnungsprüfung unterworfen werden; Versammlungen dürfen nur im Fall konkreter Rechtsverstöße unterbunden und mit möglichst wenigen Auflagen belegt werden. Deswegen begrüßen wir grundsätzlich, dass Berlin seit Kurzem ein längst überfälliges, landeseigenes Versammlungsgesetz erhalten hat. Gleichzeitig erkennen wir einige Probleme im neuen Gesetz. Die Pflicht zur Veröffentlichung aller angemeldeten Versammlungen seitens der Polizei halten wir für kritikwürdig, da dies die Entstehung von Gegenversammlungen und insbesondere die Störung von Versammlungen und Konflikte fördert. Darüber hinaus erachten wir die Festlegung eines abschließenden Positivkataloges für gefährliche Gegenstände bei Versammlungen durch Gesetzgeber oder Polizei als praxisuntauglich und lehnen sie daher ab. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Versammlungsfreiheitsgesetz nachhaltig zu einem liberalen und praxistauglichen Versammlungsgesetz umzugestalten.
- Wir lehnen ein pauschales Vermummungsverbot ab, da es im Einzelfall unverhältnismäßig in die Versammlungsfreiheit Einzelner eingreift. Gleichzeitig

erkennen wir das staatliche Anliegen an, nicht durch Vermummung die Strafverfolgung zu behindern. Die Polizei soll daher im Einzelfall, wenn nach der Gefahrenprognose keine Anhaltspunkte für erwartete Straftaten vorliegen, eine Erlaubnis erteilen müssen. In anderen Fällen wollen wir einen Verstoß weiterhin als Straftat verfolgen.

- Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die gelebte Akzeptanz anderer Meinungen im gesellschaftlichen und parlamentarischen Diskurs ist uns Freien Demokraten ein besonderes Anliegen. Demokratie lebt von einem lebendigen Austausch der Meinungen.
- In öffentlichen Stellen müssen Zugriffsrechte auf gespeicherte Daten auf die für die jeweilige Aufgabe notwendige Datenmenge beschränkt werden. Um das zu gewährleisten, ist die bzw. der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit frühzeitiger in Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen.
- Die Instrumente der Onlinedurchsuchung und der Quellen-Telekommunikationsüberwachung mittels Schadprogrammen („Staatstrojaner“) oder Hintertüren in Hard- und Software („Back Doors“) lehnen wir als unverhältnismäßig ab. Unabhängig davon bedrohen die Sicherheitslecks, die eine Nutzung dieser Maßnahmen erforderlich machen, die IT-Sicherheit. Außerdem lehnen wir die Nutzung von „stillen SMS“, IMSI-Catchern o. Ä. als nicht hinnehmbare Eingriffe ab.

Familie

Familie ist für uns Freie Demokraten eine generationsübergreifende Verantwortungsgemeinschaft. Wir bekennen uns zu einem Berlin, das weiterwächst und noch attraktiver wird. Berlin soll ein Leuchtturm für Generationenvielfalt, Diversität und unterschiedliche Lebensmodelle sein. Es soll für Neues stehen und neugierig machen. Berlin soll eine offene, eltern- und kindgerechte Stadt für alle Lebenslagen sein. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, sich beruflich zu verwirklichen, wenn sie das wollen. Dazu braucht Berlin eine leistungsfähige Infrastruktur für Angebote zur Kinderbetreuung.

- Familien müssen vom „Anmeldungsstress“ entlastet werden. Wir werden eine digitale Plattform schaffen, die Anmeldungen für Kitas und Schulen in Echtzeit ermöglicht und Mehrfachanmeldungen berücksichtigt.
- Um Alleinerziehende und ihre Kinder besser zu unterstützen, fordern wir, dass Unterhaltsvorschüsse schneller durch die Bezirksämter ausgezahlt und vom säumigen Zahler oder der säumigen Zahlerin konsequent eingezogen werden.

- Familien sollen staatliche Leistungen wie Kindergeld, Elterngeld und Kitagutscheine schnell und unbürokratisch erhalten. Über Leistungsanträge ist innerhalb von vier Wochen nach vollständiger Antragstellung zu entscheiden, und das Geld auszuzahlen.
- Auch jungen Familien müssen bürokratische Lasten nach Möglichkeit abgenommen werden. Binnen einer Woche nach der Geburt sollen Eltern über ein Onlineportal Zugriff auf eine Kopie der Geburtsurkunde und des Kitagutscheins erhalten und möglichst vorausgefüllte Anträge für staatliche Unterstützungsleistungen (Kindergeld, Elterngeld usw.) vorfinden, die automatisiert bearbeitet und besonders beschleunigt ausgezahlt werden sollen.
- Wir wollen mehr Kitaplätze bzw. Plätze bei Tagesmüttern und -vätern mit flexibleren Öffnungszeiten schaffen. Dazu gehören Notfallangebote über Nacht oder am Wochenende ebenso wie Angebote für Menschen, die Schichtarbeit leisten, also „24-Stunden-Kitas“. Für Menschen, die im Schichtdienst arbeiten, soll zudem die Kinderbetreuung zu Hause staatlich unterstützt werden. Hier wollen wir das Angebot „Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten“ (MOKIS) deutlich ausbauen.

Gesundheit

Berlin braucht eine leistungsfähige und zukunftsorientierte Gesundheitsversorgung, die sich an den individuellen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten und deren Selbstbestimmung ausrichtet. Davon profitieren auch die Pflegenden, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken und Patientenangehörige. Wir wollen Berlin in Europa als Fortschrittsmotor nicht nur in der Gesundheitsversorgung, sondern auch in der medizinischen Forschung etablieren.

- Wer eine Behandlung im Krankenhaus benötigt, muss rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche und 365 Tagen im Jahr die beste medizinische Versorgung erhalten können. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung der maximalversorgenden Krankenhäuser und die Spezialisierung der stationären Versorgung ein. Wir wollen den Rettungsdienst modernisieren und die Notfallversorgungsstrukturen bedarfsgerechter und vernetzter gestalten. Wir lassen uns dabei weiterhin von dem Prinzip „ambulant vor stationär“ leiten. Wir wollen die Rettungsdienste und die Notaufnahmen der Berliner Krankenhäuser mittels telefonischer Vorberatung durch ärztliche Bereitschaftsdienste von ambulanter Betreuung entlasten. Damit die Berliner Krankenhäuser weiterhin auch in einer vernetzten Welt auf höchstem Niveau medizinische Versorgung bieten können, setzen wir uns für eine dauerhafte, DSGVO-konforme Auftragsdatenverarbeitung durch Dritte ein.

- Eine hochwertige Versorgung muss zum Wohle der Patientinnen und Patienten und der im Gesundheitswesen Tätigen gut, solide und verlässlich finanziert werden. Wir werden uns daher für eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung einsetzen, die sich am tatsächlichen medizinischen Patientenbedarf orientiert und geeignet ist, die überkommene Trennung zwischen ambulanten und stationären Versorgungsbereichen zu beseitigen. Im Rahmen der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung wollen wir eine deutliche Aufstockung des Pflegepersonals ermöglichen. Wir wollen dabei auch Erfahrung, Effizienz, Qualität und Patientenzufriedenheit belohnen. Eine Ungleichbehandlung von privaten gegenüber öffentlichen und konfessionellen Trägern lehnen wir genauso entschieden ab wie eine Planungshoheit der Krankenkassen für die Versorgungsstrukturen.
- Wir wollen eine leistungsfähige, flächendeckende ambulante Versorgung in Berlin sicherstellen, die versorgungsbereichsübergreifend gut vernetzt ist und ausgerichtet auf die einzelnen Patientenbedürfnisse zusammenwirkt. Wir setzen uns insbesondere auf Bundesebene dafür ein, Niederlassungshemmnisse in der haus- und fachärztlichen Versorgung zu beseitigen, die zeitlich überkommene und längst nicht mehr sachgerechte Trennung der Versorgungsbereiche mit dem Ziel einer patientenzentrierten Versorgung zu überwinden, Bürokratie in der Patientenversorgung abzubauen und Innovationen schneller in die Patientenversorgung zu bringen.
- Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die die Innovationsfähigkeit der Forschung und Gesundheitswirtschaft in unserem Land auch in Zukunft sicherstellen und Innovationen zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Berlin soll Modellregion für digitale und innovative Gesundheitslösungen werden (Telemedizin, Gesundheits-Apps, Forschung und Entwicklung, Start-up-Förderung). Wir wollen Gesundheitsversorgung, Forschung und Gesundheitswirtschaft besser miteinander vernetzen. Die Flexibilisierungsmöglichkeiten der europäischen Datenschutz-Grundverordnung werden wir nutzen, um Forschung zu beschleunigen, neue Forschungsansätze zu ermöglichen, Versorgungsinnovationen zu befördern und Bürokratie im Datenschutz abzubauen. Zentrale Datensammelstellen in staatlicher Hand, die große Datenmengen zusammenführen, lehnen wir ab und setzen insbesondere auf treuhänderische Datenverwaltung durch unabhängige Institutionen. Die Landesdatenschutzbehörde soll künftig nicht nur effektive Aufsicht führen, sondern den Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft und Verwaltung auch beratend beim Umgang mit der Datenverarbeitung zur Seite stehen. Hackerangriffe auf Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen gefährden Gesundheitsdaten, die Gesundheitsversorgung und damit letztlich jede Einzelne und jeden Einzelnen. Wir werden dafür sorgen, dass Cybersicherheit in den

Gesundheitseinrichtungen stets auf dem höchsten technischen Niveau gewährleistet werden kann.

- Gute und andauernde Gesundheit für jede Einzelne und jeden Einzelnen beginnt mit bester Prävention und Gesundheitsförderung. Bei der Vorbeugung von Krankheiten wollen wir über den Gesundheitsbereich hinaus alle Informationen, Fachkenntnisse, Perspektiven und Erfahrungen einbeziehen und vernetzen, die für die Verbesserung der Gesundheit erforderlich sind. Statt Verbote auszusprechen, wollen wir die gesundheitliche Bildung bereits in den Kitas und den Schulen weiter verbessern und fördern. Integre, wissenschaftlich fundierte Informationen zu Gesundheit, Ernährung und Bewegung sollen für alle Bürgerinnen und Bürger schnell und einfach zugänglich sein. Regionale Netzwerke und Vereine, die Sport- und Freizeitangebote liefern und so insbesondere Kindern Impulse zu mehr Sport und Bewegung bieten, wollen wir besser fördern. Impfen als große gesellschaftliche Errungenschaft leistet einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Prävention teils tödlicher Krankheiten. Wir wollen die Impfstoffforschung besser fördern und ermöglichen, dass Impfungen noch niedrigschwelliger angeboten werden.
- Der Klimawandel ist eine der zentralen Gesundheitsfragen des 21. Jahrhunderts. Wir wollen die Lehre, die Forschung und die Versorgung bei der Ausrichtung auf diese Herausforderung unterstützen, um die Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels zu stärken.
- Wir wollen Berlin für medizinische Fachkräfte attraktiver machen. Dazu wollen wir das Ausbildungsangebot für Gesundheitsfachberufe ausbauen und die Schulgeldfreiheit sicherstellen. Die Kosten für Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sollen vom Land übernommen werden. Die dazu verfügbare Zeit soll, in Form einer Fortbildungspflicht orientiert am Punktesystem der Ärztinnen und Ärzte, individuelle Perspektiven und weitere Entwicklungschancen im Gesundheitswesen bieten. Die im Gesundheitswesen oft notwendige Schichtarbeit wollen wir auch finanziell attraktiver gestalten. Schichtdienste sollen für die im Gesundheitswesen Tätigen planbarer werden. Ebenso muss der flexible Einsatz der Fachkräfte besser vergütet werden.
- Digitalisierung im Gesundheitssektor soll Kostentransparenz sowie die zielgerichtete, individuelle Betreuung und Behandlung aller Patientinnen und Patienten ermöglichen und damit zugleich neue Impulse für eine Gesundheitsforschung setzen, die jeder und jedem Einzelnen zugutekommen.
- Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst (Public Health) und Infektionsschutz in Berlin auf stabilere Füße stellen und effektiver ausgestalten. Hierzu wollen wir eine Landesoberbehörde für öffentliche Gesundheit und Infektionsschutz einrichten, die

spezialisierte Gesundheits- und Infektionsschutzaufgaben der Bezirke übernimmt und allgemeine Gesundheitsaufgaben der Bezirke koordiniert.

- Digitalisierung und andere technische Innovationen wie Pflegeroboter sowie die Entbürokratisierung der Pfl egetätigkeit sollen dabei helfen, die Pflege zu entlasten und den Pflegekräften mehr Zeit für die Pflegebedürftigen zu geben. Wir wollen durch Stärkung der ambulanten Pflegeversorgung sicherstellen, dass Pflegebedürftige in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben können, und so ihre Selbstbestimmung gewährleisten. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen wollen wir durch einen digitalen Marktplatz für Pflege- und Betreuungsangebote besser unterstützen und Betroffenen den Zugang zu diesen Angeboten erleichtern.
- Eine Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft macht den Pflegeberuf weder besser noch attraktiver. Wir lehnen die Schaffung einer Pflegekammer ab.
- In der Geburtshilfe wollen wir den stationären und ambulanten Mangel an Hebammen angehen, u. a. mit besseren Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und einem festgelegten Betreuungsschlüssel. Hierbei übernimmt das Land z. B. auch die Versicherung der Hebammen, die geburtshilflich tätig sind, denn viele Hebammen mussten diesen Teil ihrer Tätigkeit einstellen, weil die notwendige Versicherung nicht mehr finanzierbar war. Dabei orientieren wir uns an dem Eins-zu-eins-Standard der Weltgesundheitsorganisation.

Gesellschaftliche Teilhabe

Fortschritt und Veränderung bringen unsere Stadt voran. Wir blicken optimistisch in die Zukunft und gestalten den gesellschaftlichen Wandel positiv für Berlin. Auch der wirtschaftliche Erfolg unserer Stadt und der Menschen, die in ihr leben, ist etwas Positives. Das Schaffen gesellschaftlicher Teilhabe für möglichst viele Menschen ist die Voraussetzung dafür, die in unserer Stadtgesellschaft vorhandenen Kräfte freizusetzen. Wir wollen gewährleisten, dass mehr Menschen an den positiven Folgen von Wachstum und Erfolg teilhaben können und sowohl vom eigenen Erfolg als auch von dem anderer in unserer Stadt profitieren.

- Volks- und Bürgerentscheide sollen auf maximal drei im Voraus definierte Abstimmungstermine pro Jahr konzentriert und in Wahljahren mit den Wahlterminen verbunden werden. Wir werden ein Initiativrecht des Abgeordnetenhauses zur Durchführung von Volksentscheiden, deren Beschlussgegenstand schon einmal Gegenstand eines erfolgreichen Volksentscheids war, nach einer Sperrfrist schaffen. Die Abwägungsentscheidung bei Zulässigkeitsprüfungen von Volksbegehren und -entscheiden seitens der Innenverwaltung ist transparent zu machen.
- Das aktive Wahlalter soll auch auf Landesebene auf 16 Jahre abgesenkt werden.

- Wir wollen in allen Bezirken Kinder- und Jugendparlamente mit Rechten und Befugnissen zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Bezirksverordnetenversammlungen einrichten.
- Das solidarische „Grundeinkommen“ als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme lehnen wir ab. Das „Liberale Bürgergeld“-Modell der Freien Demokraten bietet eine Lösung zur Beseitigung von Ineffizienzen im Sozialsystem und eine Chance für den Aufbau von Vermögen durch nicht mehr zur Grundsicherung benötigtes Einkommen. Mit diesem Modell werden die vielen unterschiedlichen staatlichen Unterstützungsleistungen zu einem Bürgergeld zusammengefasst. Damit entbürokratisieren wir das Sozialsystem und erleichtern so den Zugang zu staatlichen Leistungen. Dies schließt die Pauschalierung von Leistungen, die Aufhebung der Bedarfsgemeinschaft, weniger Abzüge bei Hinzuverdiensten (Anpassung der Transferenzugsraten), eine Ausweitung des Schonvermögens, eine einheitliche Ansprechperson für Sozialleistungen und optional eine zentralisierte Bedarfsüberprüfung beim Finanzamt ein. Wir wollen das Liberale Bürgergeld in einem Modellprojekt in Berlin erproben.
- Mehrgenerationenprojekte, bei denen sich Menschen verschiedener Generationen im Familienverbund oder unabhängig davon gegenseitig unterstützen, wollen wir fördern.
- Die Bildung von Eigentum, insbesondere Wohnungseigentum, wollen wir fördern.
- Wir wollen für Menschen mit Behinderung mehr Mobilität ermöglichen und Barrieren im öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) schnell und konsequent abbauen:
 - Alle U- und S-Bahnhöfe müssen stufenlos erreichbar sein. Die Verzögerung dieses Ziels von 2022 auf 2028/29 durch den aktuellen Senat nehmen wir nicht hin.
 - Der barrierefreie Zugang zum ÖPNV muss in S- und U-Bahn-Stationen gesichert werden. Aufzüge und Rolltreppen müssen verlässlich funktionieren. Plötzlich auftretende Zugangsbarrieren wie defekte Aufzüge sollen sofort über die Apps des ÖPNV an- und Alternativen aufgezeigt werden. Bei Ausfällen sollen mit der Bahn und der BVG Sanktionen vereinbart werden, die denen bei Zugausfällen und -verspätungen entsprechen.
 - Wir wollen alle Ampeln bereits im Jahr 2030 statt wie geplant im Jahr 2050 mit akustischen Signalen ausstatten.
 - Staatlicher Neubau soll umfassende Barrierefreiheit gewährleisten, also rollstuhlgerecht und mit Blindenleitsystemen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip ausgestattet sein.

- Damit mobilitätseingeschränkte Menschen spontan und individuell Mobilitätsangebote nutzen können, wollen wir einen verlässlichen Sonderfahrdienst, einschließlich Inklusionstaxis und flexibler Rufbussysteme (wie z. B. „BerlKönig“).
- Behörden müssen so kommunizieren, dass Menschen sie verstehen.
 - Alle amtlichen Verlautbarungen sollen im Zwei-Sinne-Prinzip erfolgen, um auch Blinde und Gehörlose zu erreichen.
 - Die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen ist, soweit sinnvoll, barrierefrei umzusetzen.
 - In der amtlichen Kommunikation, insbesondere in Leitfäden, soll Leichte Sprache eingesetzt werden.
 - Wir wollen die Unabhängigkeit der bezirklichen Behindertenbeauftragten stärken, indem sie auch weiterhin gewählt werden.
- Wir wollen Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen. Hierfür sollen arbeitsrechtliche Hürden wie die Ungleichbehandlung gegenüber Menschen ohne Behinderung (erhöhter Kündigungsschutz) abgebaut werden.
 - Menschen mit Behinderung sollen ein „Budget für Arbeit“ erhalten, das sie eigenverantwortlich zu ihrer Arbeitsmarktintegration in Betrieben nutzen können.
 - Werkstätten sollen nicht länger eine Sackgasse sein. Die bisherige Vermittlungsquote von nur einem Prozent auf den ersten Arbeitsmarkt wollen wir deutlich erhöhen, z. B. durch eine Stärkung der Integrationsfachdienste.
 - Das von Menschen mit Behinderung ausgeübte Ehrenamt wollen wir besonders fördern.
- Wir wollen obdachlose Menschen dabei unterstützen, ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu wollen wir eine zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle schaffen, Präventionsangebote stärken und eine schnelle Unterbringung mit einer „Housing First“-Strategie bei Angebot einer psychosozialen Begleitung gewährleisten. Einen Schwerpunkt werden wir auf die Unterstützung von wohnungs- und obdachlosen Frauen in Not legen.
- Ehrenamtliche Aktivitäten und bürgerschaftliches Engagement sind ein zentrales Zeugnis zivilgesellschaftlicher Verantwortung in liberalen Gesellschaften. Ehrenamtlich Engagierte tragen entscheidend zum gesellschaftlichen Gemeinwohl bei. Daher wollen wir die Berliner Engagementstrategie gezielt anwenden und weiterentwickeln, indem wir auch digitales Engagement fördern. Wir wollen damit

neue Zielgruppen für das Ehrenamt erschließen und den Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement erleichtern und verbessern.

Demografischer Wandel und Potenziale des Alters

Gesellschaftliche Teilhabe ist nicht nur bedeutsam für alle Generationen, sondern auch wesentlich für die gesamte Gesellschaft. Dabei ist auch und vor allem das Engagement älterer Menschen besonders wichtig, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung immer größer wird. Insofern ist es dringend an der Zeit, das Lebensumfeld Älterer neu zu denken und überkommene Altersbilder realistisch zu aktualisieren. Niemand darf wegen seines Alters diskriminiert werden.

- Wir stehen für die Abschaffung von diskriminierenden Altersgrenzen. Starre Altershöchstgrenzen in Gesetzen und Satzungen sind für uns eine Form der Altersdiskriminierung. Daher setzen wir uns für eine Überprüfung nach sach- und leistungsgerechten Kriterien ein, um eine Aufhebung bzw. Anpassung an die demografischen Entwicklungen zu erreichen.
- Wir wollen, dass sich jeder Mensch unabhängig von seinem (auch fortgeschrittenen) Alter entwickeln und unsere Gesellschaft von der Lebenserfahrung älterer Menschen profitieren kann. Dazu vertiefen wir den generationsübergreifenden Dialog.
- Wir setzen uns für die Förderung der Teilhabe und Teilnahme im Land Berlin durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen ein. Dafür sichern wir die Mobilität älterer Menschen mit dem weiteren Abbau von Barrieren, erleichtern ihnen den Zugang zur digitalen Welt und schaffen zusätzlich altersgerechte Bildungsangebote für lebenslanges Lernen.
- Um auch über 60-Jährigen die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, entwerfen wir flexible Verrentungsmodelle für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand.
- Organisatorisch wollen wir Seniorinnen und Senioren eine direktere Stimme geben und dazu die Seniorenvertretungen rechtlich und finanziell stärken sowie im Gegenzug den Landessenorenbeirat abschaffen.

Kultur

Kunst, Kultur und Kreativität sind Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Freiheit der Kunst ist nicht verhandelbar. Kunst und Kultur sind als „geistige Grundnahrungsmittel“ für die Lebensqualität in unserer Stadt unverzichtbar. Die Berliner Kulturszene ist weltweit einzigartig.

Ihre Qualität und Vielfalt macht sie zu einem der wertvollsten Standortfaktoren unserer Stadt. Davon profitieren wir alle. Die Corona-Krise hat gerade die Berliner Kulturschaffenden

besonders hart getroffen. Deshalb bedarf es einer besonderen Kraftanstrengung, das kulturelle Leben wieder zum Blühen zu bringen.

- Privates Engagement, künstlerische Eigeninitiativen und Mäzenatentum müssen wichtige Elemente der Berliner Kulturlandschaft bleiben. Sie können durch digitale Formate und direkte Onlinekulturfinanzierung über Mitgliedschaftsmodelle und Plattformen (z. B. Patreon) noch massiv an Bedeutung gewinnen. Die Unterstützung privater Engagements und die Ermöglichung gesellschaftlicher Projekte durch Subventionen sind kein Gegensatz, sondern komplementäre Bestandteile der Kulturförderung.
- Die Stärkung der Berliner Kreativwirtschaft wollen wir auf der Grundlage der Erkenntnisse eines Kultur- und Kreativwirtschaftsberichts zu einer strategischen Priorität der Stadtentwicklung machen. Die oft miteinander verwobenen Wirtschaftsaktivitäten und -betriebe des Architektur-, Buch- und Pressemarktes, der bildenden und darstellenden Künste, der Designwirtschaft, Filmwirtschaft (inklusive Visueller Effekte, VFX), des Kunst- und Werbemarkts, der Musikwirtschaft, der Rundfunkwirtschaft, der Software- und Games-Industrie sichern, vermitteln, verbreiten und vermarkten die künstlerische Produktion, die Berlin als Metropole zum Magneten für Kunstkonsumenten, -konsumentinnen und -schaffende macht. Stadtplanung und Stadtentwicklung können hier die Bildung von Kreativclustern (z. B. eines Design- oder Fashion-Village) unterstützen, die Attraktivität für die Stadtquartiere und für Gäste aus dem In- und Ausland ausstrahlen.
- Wir stellen leider fest, dass Street-Art nach wie vor nahezu vollständig in der Illegalität stattfindet, daher werden wir in Kooperationen mit den Eigentümerinnen und Eigentümern Flächen für Graffitis bereitstellen.
- Die für unsere Stadt essenzielle Clubkultur und Eventbranche wollen wir dabei unterstützen, nach der Pandemie wieder tragfähige und nachhaltige Angebote aufzubauen. Insbesondere die vielen Institutionen elektronischer Tanzmusik sind ein qualitatives Standortmerkmal unserer Stadt, auf das wir stolz sind. Wir wollen ein Büro für Angelegenheiten des Nachtlebens nach dem Vorbild des New Yorker „Office of Nightlife“ bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa ansiedeln, das als Ansprechpartner und Mediator für die Clubszene sowie Anwohnerinnen und Anwohner, als Vermittler zwischen verschiedenen Senatsverwaltungen und als beratender Stab für den Senat fungiert.
- Wir wollen, dass Berlin die Stadt der Freiheit bleibt, daher werden wir uns gegen jede Bestrebung stellen, Sperrstunden wieder einzuführen, sowie das überholte Tanzverbot an stillen Feiertagen endlich abschaffen.

- Die traditionsreichen Ensembles und Einrichtungen der „Hochkultur“, Berlins Orchester und Opernhäuser, Theater und Tanzkompanien, stehen für den internationalen Ruf der Stadt als Kulturmetropole, den wir erhalten und pflegen wollen. Berlins kulturelles Renommee ist auch Humus für innovative Ideen und Initiativen der freien Szene und Off-Kultur, die Berlins Kulturlandschaft weiterentwickeln, bereichern und vielfältig machen.
- Die Kunst ist frei und soll es bleiben. Die Politik ist nicht der Programmdirektor des Kulturbetriebs. Wir wollen keine Staatskunst, die nur den jeweils Regierenden gefallen will. Maßstäbe der Förderung können nur die öffentlich anerkannte kulturelle Qualität und der künstlerische Wert der Kulturleistung, deren Einzigartigkeit und Zukunftsorientierung als innovative Kraft, nicht aber politisches Gutdünken sein. Um dies zu gewährleisten, soll ein externes, nichtpolitisches Fachgremium an der Vergabe der Fördermittel beteiligt werden.
- Die Bestände der Berliner Bibliotheken wollen wir allen Nutzerinnen und Nutzern ohne Hindernisse – auch digital – zugänglich machen. Die Berliner Bibliotheken, einschließlich der vom Bund geförderten, müssen zeitgemäß auf- und ausgerüstet werden, insbesondere auch mit digitalen Arbeitsplätzen, um ihre Qualität und ihr Potenzial als „dritte Orte“ zwischen privatem und kommerziellem Raum noch stärker entfalten zu können. Dabei sollen die Nutzungszeiten bis zu einer 24/7-Öffnung ausgeweitet werden. Der Ausbau der Zentral- und Landesbibliothek am Blücherplatz in Kreuzberg ist umgehend zu realisieren.
- Wir wollen den Berlinerinnen und Berlinern einen günstigen Zugang zu einer möglichst großen Zahl von Museen ermöglichen. Dazu gehört neben den bereits bestehenden Ermäßigungen für bestimmte Besuchergruppen und zusätzlich zu vorhandenen Angeboten für Touristinnen und Touristen eine Jahreskarte für möglichst viele Berliner Museen. Mittelfristig ist hier eine Kooperation mit den Museen im Land Brandenburg, insbesondere in Potsdam, zu etablieren.
- Für die kulturelle Bildung von klein auf sind die Angebote der Kinder- und Jugendtheater, aber auch des Kunst- und Musikunterrichts, von besonderer Bedeutung. Wir wollen ihre Qualität durch positive Begleitung unterstützen, Berlin als Ausbildungsstandort für künstlerische Lehrkräfte stärken und die Kulturvermittlung auf Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft ausdehnen.
- Wir wollen die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), die keine hinreichende Außenwirkung entfaltet, weiterentwickeln. Ihre Reform soll die einzelnen Einrichtungen der SPK in die Lage versetzen, eigenverantwortlich, publikumsorientiert und als jeweils sichtbare Marke zu agieren. Wir wollen prüfen

lassen, ob das bei der SPK angesiedelte Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz als unabhängiges Institut dem Bundesarchiv, das Ibero-Amerikanische Institut der Staatsbibliothek oder dem Max-Planck-Institut und das Staatliche Institut für Musikforschung nach der Fusion mit dem Musikinstrumentenmuseum den Staatlichen Museen, der Akademie der Wissenschaften oder der Berliner Philharmonie angegliedert werden kann.

- Wir fordern, die Bemühungen zur Aufarbeitung der NS-Raubkunst zu intensivieren und analog zu den bereits bestehenden und steigenden Mitteln des Bundes auch Landesmittel für die Erforschung der landeseigenen Sammlungen bereitzustellen.
- Zur Erfassung der Kunstobjekte in den Depots der landeseigenen Museen muss insbesondere die Digitalisierung der Sammlungsgegenstände vorangetrieben werden, um die Information, wo sich welche Kunstobjekte befinden, weltweit zugänglich zu machen und es Anspruchsberechtigten ggf. zu ermöglichen, ihre Ansprüche auf geraubte Kunstobjekte geltend zu machen.
- Wir wollen Kunstobjekte aus kolonialer Raubkunst auf rechtsstaatlicher Basis und aufgrund historisch begründeter Einschätzungen zurückgeben, sofern dies von den Herkunftsländern gewünscht wird und dort eine sichere Verwahrung und Präsentation möglich ist.
- Wir fordern eine Überprüfung der derzeit verfügbaren Depotkapazitäten der Staatlichen Museen. Der bauliche und sicherheitstechnische Zustand der Berliner Museen muss ständig überprüft und an Bedrohungen angepasst werden.
- Die Aufarbeitung der SED-Diktatur bleibt gerade in Berlin ein wichtiges Anliegen. Wir unterstützen die Entwicklung eines Campus der Demokratie und wollen die ehemalige Stasi-Zentrale in Lichtenberg künftig als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand entwickeln. Das frühere Polizeigefängnis in der Keibelstraße ist zu einer Dauerausstellung zu entwickeln und als authentisches Zeitzeugnis zu sichern. Die Aufklärung über die SED-Diktatur ist im Rahmenlehrplan zu verankern.
- Wir setzen uns für ein Verbot von nichtmenschlichen Primaten, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörnern und Flusspferden in Zirkussen ein, die diese Tiere an wechselnden Orten zur Schau stellen.

Medien

Der Mediensektor ist ein bedeutsamer Eckpfeiler für Berlin. Neben den klassischen Zeitungen und den Radio- und Fernsehveranstaltern hat sich gerade im Onlinebereich eine vielfältige und kreative Szene etabliert, deren Ansiedlung wir weiterhin unterstützen werden. Die Film- und Kinobranche ist ein wichtiges Standbein in unserer Stadt. Wir wollen das Umfeld für

Medienschaffende einschließlich der Förderprogramme so gestalten, dass sie konkurrenzfähig zu anderen innerdeutschen Städten, europäischen Metropolen oder anderen Ländern auf der Welt sind.

- Wir wollen die Rundfunkgebühren senken. Wir setzen uns für eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) ein und fordern einen deutlich stärkeren Fokus auf den Informations-, Bildungs- und Kulturauftrag. Der ÖRR muss schlanker und effizienter werden. Die Menge an Spartenprogrammen muss verringert werden, Doppelstrukturen sind weiter abzubauen.
- Wir unterstützen Tageszeitungen, Radio- und Fernsehsender auf ihrem Weg ins digitale Zeitalter. Dabei ist eines unserer Ziele, die Wettbewerbsfähigkeit privater Angebote gegenüber dem ÖRR zu erhalten und zu stärken.
- Wir wollen Kinobetreiberinnen und -betreiber auf dem Weg in die digitale Zukunft der Filmbranche unterstützen, insbesondere durch eine europäische Vernetzung der Filmfestivals und eine aktive Unterstützung des Filmstandorts Berlin.
- Die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB) wollen wir im ehemaligen Flughafen Tempelhof ansiedeln.

Sport

Sport leistet einen großen Beitrag zur Gesundheit, Integration, Inklusion und Vermittlung sozialer Kompetenzen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Breiten- und Leistungssport besonders für Kinder und Jugendliche verbessern. Für uns Freie Demokraten ist der Sport ein wichtiges Instrument, um bei Kindern und Jugendlichen Leidenschaft für Leistung zu wecken, sie im Wettbewerb zu üben und ihnen damit eine körperliche und geistige Fitness zu vermitteln, die ihnen hilft, sich Chancen im Leben zu erschließen. Nicht nur Kindern und Jugendlichen muss Platz eingeräumt werden, sondern allen Menschen für Aktivitäten bis ins hohe Alter. Sportliche Aktivitäten sind für uns von zentraler Bedeutung für das öffentliche Zusammenleben.

- Berlin braucht Sportveranstaltungen von internationalem Rang im Spitzen- und Breitensport. Sportereignisse wie der Berlin-Marathon, das ISTAF, das DFB-Pokalfinale der Herren und weitere sind ein fester Bestandteil der Stadt und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, den wir weiterhin unterstützen.
- Wir werden Hertha BSC, so der Verein daran festhält, dabei unterstützen, ein neues, eigenfinanziertes Fußballstadion in Berlin zu errichten. Außerdem werden wir in Köpenick ein Verkehrskonzept auf den Weg bringen, um dem 1. FC Union den geplanten eigenfinanzierten Stadionausbau zu ermöglichen. Die Pläne, aus dem

Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark Deutschlands ersten Inklusionssportpark zu machen, wollen wir vorantreiben.

- Wir wollen Berlin langfristig als Austragungsort der Formel E im Rennkalender etablieren.
- Wir wollen die Standorte des Berliner Olympiastützpunkts dauerhaft sichern. Wir streben um das Sportforum Berlin die Gründung einer „Sportstadt Berlin-Hohenschönhausen“ an, die als internationaler Leuchtturm für integrative Stadtentwicklung bestehend aus Forschung, Entwicklung und aktivem Sport fungieren soll.
- Die vorhandenen Sportanlagen müssen besser für den Sport genutzt werden. Dazu werden wir ein Onlineportal für die Nutzung von Sportanlagen einrichten und Schulhöfe und Sportanlagen auch außerhalb der Schulzeiten für sportliche Aktivitäten zur Verfügung stellen. Wir wollen ebenso die Voraussetzungen verbessern, um das Maifeld häufiger zu nutzen.
- Die Instandhaltung von Sportstätten wollen wir auf eine neue Grundlage stellen, die es den Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht, Baumaßnahmen möglichst eigenverantwortlich und mit finanzieller Planungssicherheit umzusetzen. Bei der Sanierung muss ein besonderer Fokus auf der Herstellung der Barrierefreiheit liegen.
- Die Kapazitäten der Sportanlagen wollen wir an das Wachstum der Bevölkerung anpassen. Sport- und Bewegungsflächen wollen wir beispielsweise in Form von Open-Work-out-Einrichtungen in Parks und Landschaften integrieren.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die sportlichen Aspekte des E-Sports anerkannt werden und er als Sportart klassifiziert wird. Dafür muss E-Sport unter den Sportbegriff der Abgabenordnung fallen und die steuerliche Gemeinnützigkeit zuerkannt bekommen.
- Wir unterstützen die Ertüchtigung und Entwicklung des Olympiaparks im Rahmen seiner Möglichkeiten.
- Wir unterstützen den Landessportbund Berlin dabei, die Vielfalt des Berliner Sports in allen Facetten erlebbar und sichtbar zu halten, indem wir eine verlässliche und langfristige Finanzierung garantieren.
- Die Berliner Sportvereine leiden aufgrund der Pandemie unter akutem Mitgliederschwund und werden zur Aufrechterhaltung ihrer Angebote auf Hilfsprogramme angewiesen sein. Diese müssen nicht nur monetärer Art sein, sondern können auch in Sondergenehmigungen für die Nutzung von Außenflächen wie Parks oder Schulhöfen bestehen, um die Sportangebote der Vereine an die frische Luft zu verlegen. Gerade vor dem Hintergrund des Lockdowns mit Homeoffice und

weniger Bewegung sollte für die Prävention die Rolle des Vereinssports stärker gewürdigt werden.

- Um Sicherheit bei Sportveranstaltungen zu gewährleisten, setzen wir auf den Dialog zwischen Fans, Vereinen und Behörden auf Augenhöhe. Wir sehen in diesem Dialog den Schlüssel, um Vorurteile und Probleme abzubauen und gemeinsam friedliche Lösungen für den Fußball zu finden. Im Zuge dessen müssen die Gespräche über die mögliche Nutzung von Pyrotechnik wieder aufgenommen werden. Wir sprechen uns für ein erneutes Pilotprojekt nach dem sogenannten „Chemnitzer Weg/Modell“ aus. Dies beinhaltet das friedliche Abbrennen von Pyrotechnik durch geschultes Personal in einem abgegrenzten und zuvor angemeldeten Bereich.

Ein Berlin, das unkompliziert und vernetzt ist

Wir lieben Berlin dafür, dass es all seinen Bürgerinnen und Bürgern so vielfältige Chancen bietet. Chancen, sich zu verwirklichen, sich weiterzuentwickeln, eigene Ideen zu realisieren, sein eigenes Leben in die Hand zu nehmen – kurzum, sein eigenes Ding Wirklichkeit werden zu lassen. Doch oft werden wir in diesen Bemühungen gebremst: von der Bürokratie, von überforderten Behörden, von unzeitgemäßer Technik. Diese Probleme gehören in die Vergangenheit. Wir wollen ein unkompliziertes Berlin, das einfach funktioniert. Dies beginnt bei unserer Verwaltung, die wir zu einer modernen, leistungsfähigen und serviceorientierten Anlaufstelle für alle Berlinerinnen und Berliner umbauen werden. Für diese Herausforderungen müssen unsere Behörden aber auch entlastet werden: durch einen ambitionierten Rückbau der Bürokratie – und indem wir Doppelstrukturen und Doppelzuständigkeiten beseitigen und damit Berlin endlich regierbar machen.

Die digitale Infrastruktur ist nicht nur die Lebensader der erfolgreichen Digital- und Kreativökonomie Berlins, sie ermöglicht auch gesellschaftliche, kulturelle und demokratische Teilhabe. Digitale Vernetzung ist daher ein selbstverständlicher Teil der Grundversorgung. Wir wollen den Anspruch unserer Stadt auf ihre Stellung an der vordersten Front der digitalen Transformation unterstreichen – nicht nur mit einer flächendeckenden, modernen Internetversorgung auf Weltklasseniveau, sondern auch mit Smart-City-Technologien, die eine neue Ära der datengetriebenen Verkehrs- und Stadtplanung für Berlin einläuten werden.

Bürokratieabbau

Wir wollen einen Staat, der es seinen Bürgerinnen und Bürgern einfach macht, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und der das eigenverantwortliche Leben der Bürgerinnen und Bürger unterstützt, ohne sie zu bevormunden. Mit nachvollziehbaren Regeln, die bürokratische Lasten auf ein Minimum reduzieren – und vom Gesetzgeber immer wieder darauf überprüft werden, ob sie wirklich noch angemessen, erforderlich und verhältnismäßig sind. Denn Bürokratie kostet Zeit und Nerven und bremst damit alle aus, die sich in unserer Chancenmetropole etwas aufbauen wollen – sei es ein Unternehmen, eine Familie oder einfach nur Menschen mit dem Wunsch nach einem entspannten, selbstbestimmten Leben.

- Wir wollen das Gesetzes- und Vorschriftendickicht lichten und innerhalb der nächsten Legislaturperiode um 20 Prozent reduzieren.
- Neue Gesetze und Verordnungen sollen mit einem von vornherein festgelegten Verfallsdatum versehen und nur dann verlängert werden, wenn sie nach Ablauf dieses Zeitraums noch immer erforderlich und verhältnismäßig sind.
- Wir brauchen eine Bürokratiebremse auch in Berlin: Für jede neue bürokratische Last muss mindestens eine bestehende abgeschafft werden („one in, one out“).

Dazu wollen wir perspektivisch ein digitales Regelungs- und Vorschriftenmanagement etablieren, das zentrale Standards für das Erstellen und Bereitstellen von Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften schafft, Redundanzen abbaut und einen umfassenden Überblick über die zu jedem Zeitpunkt geltende Rechtslage erlaubt.

- Wir wollen den Verwaltungs- und Erfüllungsaufwand für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, der infolge neuer Regelungen entstehen würde, von einem neu einzurichtenden Normenkontrollrat überprüfen lassen. Der Normenkontrollrat soll im Rahmen einer „digitalen Folgenabschätzung“ auch bewerten, ob neue Regelungen hinreichende Verfahrenserleichterungen durch digitale Kommunikationsmittel enthalten.
- Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten sollen reduziert werden.
- Wir wollen Genehmigungsverfahren verstärkt in Anzeigeverfahren umwandeln. Für die verbleibenden Genehmigungsverfahren sollen grundsätzlich straffe Fristen mit Genehmigungsfiktion gelten.
- Durch Experimentierklauseln sollen bestehende Regelungen zeit- und gebietsweise ausgesetzt werden, um neue Technologien und Geschäftsmodelle in Berlin erproben zu können.
- Wir werden allgemeine Regelungen für Bürohund*innen in den Senatsverwaltungen entwickeln, um die Attraktivität der Verwaltung als Arbeitgeber zu steigern und eine deutliche Verbesserung des Arbeitsklimas zu fördern.

Verwaltungsmodernisierung

Die Berliner Verwaltung erfüllt nicht ihre grundlegende Aufgabe, die Berlinerinnen und Berliner serviceorientiert mit Verwaltungsleistungen zu versorgen. Sogar bei einfachsten Behördengängen ist es ein Glücksfall, binnen weniger Wochen einen Termin zu bekommen. Gesetzlich vorgeschriebene Fristen, etwa zur Wohnungsanmeldung, können so von den Bürgerinnen und Bürgern schuldlos nicht eingehalten werden. Selbst Banalitäten wie eine Kfz-Anmeldung verkommen allzu oft zu einer Behördenodyssee. Die Verfahrensdauern sind untragbar geworden und bremsen die Dynamik unserer Stadt. Durch eine Verringerung der Aufgaben, eine angemessene Ausstattung mit Personal und Sachmitteln und die konsequente Digitalisierung von Prozessen soll die Berliner Verwaltung zur bürgerfreundlichen, effizienten Serviceverwaltung werden.

- Wir werden das E-Government-Gesetz des Landes Berlin reformieren und es besser auf die Vereinbarungen von Bund, Ländern und Kommunen beim Onlinezugangsgesetz (OZG) ausrichten. Ziel muss es sein, bis Ende 2022 die medienbruchfreie und interoperable Digitalisierung aller Dienstleistungen einzuleiten. Die schleppende Umsetzung der letzten Jahre muss durch klare

Prioritätensetzung, straffere Führung und Bereitstellung der nötigen Mittel dramatisch beschleunigt werden. Wir fordern außerdem ein E-Government-Gesetz 2.0, das die Schwachstellen aus dem Gesetz von 2016 behebt. Meilensteine und Verantwortlichkeiten müssen klar definiert sein, und eine einheitliche IT-Strategie ist zu entwickeln.

- Alle Behördengänge sollen rund um die Uhr digital von zu Hause aus über ein einheitliches „digitales Rathaus“ erledigt werden können, in dem auch sämtliche Informationsangebote suchmaschinenoptimiert gebündelt werden. Unser Ziel ist, dass Benutzerinnen und Benutzer möglichst innerhalb von drei Klicks Antworten auf ihr Anliegen finden.
- Dieses „digitale Rathaus“ soll als alternatives Angebot zu den zwölf Bezirksverwaltungen realisiert werden – praktisch als 13., rein virtueller Bezirk. Dabei soll das digitale Rathaus ein echter digitaler Neubau sein, der ein langsames „Ausphasen“ der Bestandssysteme vermeidet. Geschäfts- und Verwaltungsprozesse können gänzlich neu gedacht und realisiert werden. Ein weiterer Vorteil des digitalen Rathauses besteht darin, dass die Verwaltungsverfahren nur einmal digitalisiert und neu aufgesetzt werden müssen.
- Die Digitalisierung des öffentlichen Sektors ist ein anspruchsvolles Unterfangen, das eine Strategie aus einem Guss erfordert. Wir wollen daher den IT-Staatssekretär bzw. die IT-Staatssekretärin (CIO) in den eigenen Kompetenzen stärken; der Aufgaben- und Funktionsbereich soll ausgebaut werden, und die Funktion soll von zentraler Stelle in alle Hauptverwaltungen hineinwirken. Der oder die CIO verantwortet die Digitalisierungs- und Datenstrategie und forciert das E-Government, die E-Justice und die Digitalisierung der Berliner Schulen. Er oder sie treibt die Entwicklung Berlins zu einer „Smart City“ voran, stützt sich auf vorhandene Strukturen und entscheidet in übergeordneten Fragen der Verfahrens- und IT-Organisation.
- Unverzichtbar für eine effektive Verwaltungsdigitalisierung sind genauso sichere wie intuitive Identifikationswege, auch abseits der herkömmlichen eID-Funktion, um Transaktionen zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen zu ermöglichen. Berlin kann hier ein Vorreiter sein, wenn es die grenzübergreifende Zusammenarbeit – auch auf europäischer Ebene – sucht, die qualifizierte elektronische Signatur flächendeckend ermöglicht und moderne Verschlüsselungstechnologien anwendet, die leicht verständlich umgesetzt und einfach gehandhabt werden können. Das Land Berlin muss deshalb die Defizite bei der Umsetzung der europäischen eIDAS-Verordnung, die solche Standards schafft, schnellstmöglich aufarbeiten. Der Zugang zu einer sicheren Online-ID soll

durch einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger flankiert werden – ähnlich wie das Recht auf einen Reisepass.

- Wir wollen auch der Informationssicherheit der IT-Systeme der öffentlichen Hand besonderes Augenmerk schenken. Zusätzlich zum Einsatz hochmoderner, automatisierter IT-Sicherheitstechnologien muss der Personalpool für entsprechende, hochqualifizierte Fachkräfte für IT-Sicherheit nachhaltig aufgestockt werden. Hierfür wird eine eigene Besoldung für das informationstechnische Personal eingeführt, wodurch Gehälter im Wettbewerb zur freien Wirtschaft bestehen können. In den Behörden muss eine zeitgemäße Sicherheitskultur aufgebaut und gepflegt werden.
- Die IT-Systeme der öffentlichen Hand sollten dabei stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen bauen, um die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern proprietärer Software zu verringern.
- Wir wollen die Zusammenarbeit und den Wettbewerb zwischen den öffentlichen IT-Dienstleistern der Länder und des Bundes stärken und die Monopolstellung des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ Berlin) reduzieren. Es soll somit der Berliner Verwaltung möglich sein, die bundesweit bestmöglichen Lösungen zu beschaffen – auf Basis berlin- und bundesweit festgelegter Anforderungen und Standards.
- Auch außerhalb des „digitalen Rathauses“ muss es zur Selbstverständlichkeit werden, dass jeder Verwaltungskontakt über eine einheitliche, zentrale Verwaltungsstelle abgewickelt werden kann. Die Servicenummer 115 und der Einheitliche Ansprechpartner für Unternehmen sind hierfür zu ertüchtigen. Auch soll die zentrale Servicestelle über verbreitete Instant-Messenger erreicht werden können.
- Für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen mit häufigen Verwaltungskontakten soll die Möglichkeit bestehen, eine gleichbleibende Ansprechperson für alle Verwaltungsanliegen zu erhalten, die Geschäftsvorgänge intern weiterleitet.
- Alle Verwaltungsangebote und offiziellen Dokumente sollen auf Deutsch und auf Englisch verfügbar sein. Mit einer automatisierten Spracherkennung und -übersetzung stärken wir die Mehrsprachigkeit der Berliner Verwaltung.
- Wir setzen uns für die barrierefreie Gestaltung aller Verwaltungsleistungen ein. Berlin soll über die Umsetzung der „Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung 2.0“ (BITV 2.0) hinaus Vorreiter bei der teilhabeorientierten Verwaltung sein.
- Anträge sollen zunehmend automatisiert bearbeitet und – wo möglich – unter Vorbehalt bewilligt und nachträglich geprüft werden, in Bagatellfällen ggf. auch nur stichprobenartig.

- Die Berliner Verwaltung verfügt über einen reichhaltigen, aus Steuermitteln finanzierten Datenschatz, der Start-ups und anderen Anbieterinnen und Anbietern von Mehrwertdiensten in Berlin für neue, innovative Geschäftsmodelle dienen könnte – etwa Geodaten, Wetterdaten, Daten über das Verkehrsaufkommen, über die Straßenbeschaffenheit und mehr. In offenen Programmierschnittstellen (APIs) sollen diese Daten in Echtzeit in maschinenlesbarer Form und über nichtproprietäre Dateiformate zur öffentlichen, kostenfreien Nutzung bereitgestellt werden – auch für kommerzielle Mehrwertdienste –, soweit der Schutz von Geschäftsgeheimnissen und personenbezogenen Daten dem nicht entgegensteht. Ggf. sind personenbezogene Daten zu anonymisieren, um die Entwicklung von Produkten aus akkumulierten Daten zu ermöglichen (etwa Verkehrsdaten).
- Neben dem Bekenntnis zu Open Data ist auch die Berliner Verwaltung selbst zum Nutznießer eines intelligenten Datenmanagements zu machen. Dazu leistet ein Transparenzgesetz wertvolle Hilfen. Begleitend zur flächendeckenden Digitalisierung aller Service- und Verwaltungsdienstleistungen für die Berliner Menschen und Unternehmen gilt es, die politische Planung und Steuerung im Land Berlin – insbesondere in der Berliner Verwaltung – datengetrieben weiterzuentwickeln. Das Berichts-, Informations- und Meldewesen bedarf massiver digitaler und technischer Aufrüstung. Digitale Lagebilder haben das herkömmliche Berichts- und Meldewesen gänzlich abzulösen.
- Durch die Einführung eines oder einer nebenamtlichen Datennutzungsbeauftragten, der oder die ergänzend zu – aber organisatorisch getrennt von – den Datenschutzbeauftragten agiert, soll das Bekenntnis zur proaktiven Bereitstellung von Daten und Informationen strukturell gestärkt werden.
- In Berlin ist eine Vielzahl aufstrebender GovTech-Unternehmen ansässig. Wir setzen uns für verstärkte Kooperationen mit diesen Unternehmen ein. Dadurch könnte das Land innovative technologische Lösungen für seine Verwaltung erhalten – und die Unternehmen ein Schaufenster für ihre Produkte.
- Der Umbau der Berliner Verwaltung zu einer leistungsstarken, agilen, bürgerorientierten Organisation setzt eine angemessene Personalausstattung voraus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen für ihre Arbeit und ihren Einsatz Anerkennung, Wertschätzung und eine leistungsgerechte Vergütung. Berlin muss aber auch als Arbeitgeber attraktiver werden – vor allem angesichts der anstehenden Pensionierungswelle.
- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss eine ehrliche Analyse erfolgen, in welchen Bereichen ein Mitarbeitermangel im öffentlichen Dienst

absehbar ist. Daran muss sich eine koordinierte Werbekampagne anschließen, damit die Lücke frühzeitig geschlossen werden kann. Hochqualifizierten Fachkräften, beispielsweise im Bereich IT, sollen außertarifliche Optionen für kurzzeitige projektbezogene Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden können.

- Wir wollen das öffentliche Tarifrecht modernisieren, um eine wettbewerbsfähige Bezahlung zu ermöglichen, die das Land Berlin auch für Fachkräfte aus gut zahlenden Branchen der Privatwirtschaft konkurrenzfähig macht. So kann Berlin endlich dringend benötigte IT-Kompetenz anwerben. Bei dieser längst überfälligen Modernisierung des Tarifrechts schrecken wir auch nicht davor zurück, Berlin eine Vorreiterrolle zuzuweisen und Lösungen außerhalb der Tarifgemeinschaft der Länder umzusetzen.
- Wir wollen in stärkerem Ausmaß eine leistungsabhängige Vergütung, eine leistungsabhängige Beamtenbesoldung und leistungsabhängige Beförderungen ungeachtet der Diensterfahrung – inklusive Sprungbeförderungen – ermöglichen.
- Wir wollen erreichen, dass in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung die Option auf regelmäßiges Arbeiten im Homeoffice besteht. Die technische Ausstattung von Arbeitsplätzen ist hierauf auszurichten. Die Bilanz der Berliner Verwaltung während der Corona-Pandemie war an dieser Stelle desolat.
- In die Berliner Verwaltung müssen missionsorientierte Taskforces Einzug finden, die die bestehende Behördenstruktur ergänzen und – wo möglich – ersetzen.
- Der Staat als Arbeitgeber darf in Sachen Digitalisierung nicht der Privatwirtschaft hinterherhinken. Die Schaffung von Homeoffice-Alternativen für klassische Bürotätigkeiten muss dringend vorangetrieben werden. Wir fordern einen Homeoffice-Check für jede neu geschaffene Stelle in Ämtern.
- Die Ausstattung der Berliner Behörden erinnert zuweilen noch an das Kaiserreich. Nicht jede Amtsstube muss so aussehen wie ein Kreuzberger Co-Working-Space. Allerdings sollte der Staat sich bemühen, für ein gutes Raumklima bei seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sorgen. Darüber hinaus müssen Anschaffungen in Höhe von Bagatellbeträgen (beispielsweise Bürostühle) deutlich vereinfacht werden.

Klare Zuständigkeiten für Berlin

Die Berliner Verwaltung wird viel zu oft durch Doppelzuständigkeiten gelähmt, die ineffizient und für die Berlinerinnen und Berliner schwer durchschaubar sind und zudem zu Widersprüchen zwischen Bezirk und Land in strategischen Fragen und einem Verantwortungsvakuum bei politischem Versagen führen. Berlin braucht dringend klare

Verantwortlichkeiten zwischen Bezirken und Land, die anhand nachvollziehbarer, objektiver Kriterien ermittelt werden und das Zuständigkeitspingpong endgültig beenden.

- Wir wollen eine klare Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Bezirken und Land. Für eine Dienstleistung soll nur noch eine Ebene zuständig sein – entweder die Landes- oder die Bezirksebene. Wir stehen dabei für den Grundsatz der Subsidiarität: Erfordert es eine Entscheidung in besonderem Maße, lokale Eigenheiten in den Blick zu nehmen oder in den Bürgerdialog einzutreten, ist sie auf bezirklicher Ebene besser aufgehoben. Betrifft eine Entscheidung die Gesamtstadt oder bestehen bei einer Aufgabe kaum örtliche Besonderheiten (etwa beim Erbringen alltäglicher Bürgerdienste), sind sie auf Landesebene zu konzentrieren.
- Den Bezirken könnten demnach etwa das Sozialraummanagement und die Jugend-, Kinder- und Seniorenangelegenheiten obliegen. Die Bezirke motivieren zur zivilgesellschaftlichen Mitverantwortung. Sie gewährleisten Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im kommunalen Raum. Sie kümmern sich um die Planung, den Bau, den Unterhalt und die Pflege von Straßen, Fuß- und Radwegen. Sie verantworten die Pflege und den Erhalt von Sportstätten, Parks und Grünanlagen. Zu den bezirklichen Aufgaben zählen zudem die lokale Wirtschaftsförderung und die Gewerbeangelegenheiten sowie die Befähigung zur dezentralen Kulturförderung.
- Umgekehrt bedeutet für uns eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auch, dass Aufgaben, die bislang von den Bezirksverwaltungen wahrgenommen wurden, obwohl keine ausgeprägten lokalen Besonderheiten bestehen, auf Landesebene konzentriert werden können. Insofern sind die schulischen Angelegenheiten der Bezirke als Schulträger in einem zentralen Schulamt zu bündeln. Das Personalmanagement ist bezirksübergreifend zu straffen. Durch „Shared Services“ werden wir Aufgaben und Dienste wie das Beschaffungswesen und das Forderungsmanagement weiter professionalisieren. Die Aufgabe „Bauen“ ist voll auf die Landesebene zu verlagern. Nur damit kann die politische Planung in diesem wichtigen Segment am stadtweiten Interesse ausgerichtet und einheitlich aus einer Hand vollzogen werden.
- Die Zuordnung der Aufgaben muss anhand transparenter, vorhersehbarer Kriterien erfolgen. Der Rechtsbegriff der „Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung“ muss gesetzlich definiert werden. Aufgaben müssen entweder gegenständlich klar zugewiesen sein, oder eine Zuweisung muss anhand objektiver Werte bestimmt werden, etwa des Ausgabenvolumens eines Projekts oder der Betroffenheit einer bestimmten Anzahl an Bezirken. Pingpong-Effekte der Zuständigkeitsverschiebungen werden durch eine eigens einzurichtende Organisations(leit)stelle eingedämmt.
- Die Bezirksämter sind landesweit geschäftsmäßig in Struktur und Organisation auf einheitliche Weise auszurichten.

- Wir fordern die Direktwahl der Bezirksbürgermeister und -bürgermeisterinnen und das politische Bezirksamt, also die Wahl der Bezirksstadträte und -stadträtinnen durch die Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Nur so erreichen wir eine klare Verantwortungszuordnung zwischen der Verwaltung und Regierungsmehrheit einerseits und der Opposition andererseits und eine effektive demokratische Kontrolle.

Digitale Infrastruktur

Damit Berlin seine Stellung als Trendmetropole an der vordersten Front der digitalen Transformation ausbauen kann, muss unsere Infrastruktur nicht nur zeitgemäßer werden, sondern den Sprung an die Weltspitze schaffen. Dadurch kann unsere Stadt auch effizienter, ökologischer und lebenswerter werden.

- Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgung mit 5G-Mobilfunk ein. Dafür erleichtern wir flächenmäßig den Antennenbau und werden vor allem öffentliche Gebäude als Standorte zur Aufstellung verwenden. Die allgegenwärtige Verfügbarkeit schneller Internetverbindungen sollte in einer modernen Metropole wie Berlin eine Selbstverständlichkeit sein. Bestehende Lücken in der Versorgung müssen daher schnellstmöglich geschlossen werden. Besonders zügig ist auch die Mobilfunkversorgung entlang der U-Bahn-, S-Bahn- und Zugstrecken zu verbessern, insbesondere in den Tunneln.
- Wir wollen Berlin flächenmäßig mit Glasfasernetz ausstatten. Daher setzen wir uns auf Bundesebene gegen Vectoring ein und wollen Fiber to the Home zum Standard in Berlin machen.
- Eine hinreichend schnelle Internetversorgung ist kein Luxus mehr, sondern Teil der Grundversorgung. Wir wollen uns daher im Bund für die Einführung eines günstigen Universaldiensts mit mindestens 25 MBit/s Bandbreite einsetzen, zu dem jede Bürgerin und jeder Bürger diskriminierungsfreien Zugang erhält. Ähnlich wie bei der Stromversorgung könnte als Grundversorger jeweils derjenige Internetanbieter (ISP) verantwortlich für den Universaldienst sein, der auf dem Stadtgebiet die meisten Anschlüsse versorgt. Ein solcher Universaldienst stellt auch den Zugang zu digitalem Lernen für Schüler und Schülerinnen sowie Studierende aus einkommensschwachen Familien sicher. Die hierfür notwendigen Mittel müssen bei Bezieherinnen und Beziehern von Transferleistungen mindestens im Sozialgeld berücksichtigt werden.
- Berlin soll die smarteste Stadt Europas werden. Sensorik und Datenmanagement sollen zu höherer Lebensqualität beitragen, etwa in Bezug auf die Müllentsorgung, den Lärmschutz, den Energieverbrauch, die Verkehrsleitsysteme und die CO₂-Emissionen. Hierzu soll der Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur für vernetzte Sensoren im öffentlichen Raum mittels Long Range Wide Area Network

(LoRaWAN) und Antennen („Gateways“) betrieben werden, wobei das Netz öffentlich und frei nutzbar sein soll. LoRaWAN und Gateways sind die technologische Grundlage dafür, Millionen von intelligenten Sensoren zu betreiben, etwa an Ampeln, Mülleimern, auf Stellplätzen oder an Beleuchtungsanlagen. Gepaart mit einer Open-Data-Strategie ermöglicht die Sensorik die Entwicklung sinnvoller digitaler Dienste, von der Verkehrslenkung und Parkplatzsuche über die Live-Standortverfolgung von Bussen bis zur bedarfsgerechten Instandhaltung öffentlicher Anlagen. Dabei sollen nur Lösungen zum Einsatz kommen, die die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger weitestmöglich respektieren.

- Berlin soll Vorreiter bei der flächendeckenden Installation von Car2x-Infrastrukturen werden. Eine leistungsfähige Infrastruktur für autonomes Fahren stärkt den Technologiestandort Berlin und entlastet den Innenstadtverkehr.